



Parlamentssitzung vom 19.08.2019

Protokoll

Schloss Köniz, Rosstall
19:00 – 22:10 Uhr

Vorsitz

Mathias Rickli (Grüne), Parlamentspräsident

Parlamentsbüro

Cathrine Liechti (SP), 1. Vizepräsidentin
Katharina Gilgen-Studer (SVP), Stimmzählerin
Lucas Brönnimann (GLP), Stimmzähler

Mitglieder des Parlaments

Franziska Adam (SP)
Christina Aebischer (Grüne)
Roland Akeret (GLP)
Dominic Amacher (FDP)
Tanja Bauer (SP)
Beat Biedermann (BDP)
Dominique Bühler (Grüne)
Adrian Burkhalter (SVP)
Adrian Burren (SVP)
David Burren (SVP)
Vanda Descombes (SP)
Heidi Eberhard (FDP)
Toni Eder (CVP)
Lydia Feller (SP)
Beat Haari (FDP)
Fritz Hänni (SVP)
Erica Kobel-Ippen (FDP)
Andreas Lanz (BDP)

Michael Lauper (SVP)
Ruedi Lüthi (SP)
David Müller (Junge Grüne)
Matthias Müller (EVP)
Heinz Nacht (SVP)
Astrid Nusch Zanger (SP)
Christian Roth (SP)
Tatjana Rothenbühler (FDP)
Sandra Röthlisberger (GLP)
Ronald Sonderegger (FDP)
Simon Stocker (Junge Grüne)
Casimir von Arx (GLP)
Iris Widmer (Grüne)
Markus Willi (SP)
Bernhard Zaugg (EVP)
Reto Zbinden (SVP)

Gemeinderat

Annemarie Berlinger-Staub (SP), Gemeindepräsidentin
Thomas Brönnimann (GLP), Vizegemeindepräsident
Christian Burren (SVP), Gemeinderat
Hans-Peter Kohler (FDP), Gemeinderat
Hansueli Pestalozzi (Grüne), Gemeinderat

Fachstelle Parlament

Verena Remund-von Känel

Protokoll

Ursula Wüst

Gemeindeschreiber

Pascal Arnold

Entschuldigt

Arlette Münger-Stauffer (SP)
Katja Niederhauser-Streiff (EVP), 2. Vizepräsidentin

PAR 2019/70

Traktandenliste und Mitteilungen

Diskussion

Parlamentspräsident Mathias Rickli: Ihr habt sicherlich auch schon mal darüber nachgedacht, dass Regierungsmitglied zu sein, nicht immer einfach ist. Anders als im Parlament muss man hier manchmal Aufgaben wahrnehmen, welche man vielleicht lieber nicht machen möchte. Ich denke, so geht es sicherlich auch hin und wieder unserem Gemeinderat. Stellt euch vor, unsere Gemeinderäte würden nur gerade das machen, was ihnen Spass macht. Wie würde sich unsere Gemeinde wohl entwickeln? Liebe Parlamentarierinnen, liebe Parlamentarier, geschätzter Gemeinderat, wertige Gäste, ich begrüsse euch mit diesen einleitenden Worten zur heutigen Parlamentssitzung. Ganz besonders begrüsse ich heute Tatjana Rothenbühler und Simon Stocker, welche Mathias Robellaz, FDP, und Elena Ackermann, Junge Grüne, ersetzen. Ich wünsche diesen beiden Parlamentsmitgliedern eine erfüllende Aufgabe hier im Parlament und eine interessante und gewinnbringende Arbeit.

Eine kleine Süßigkeit auf dem Tisch haben Andreas Lanz, Lydia Feller, Heinz Nacht, Fritz Hänni, Roland Akeret, Hansueli Pestalozzi und Thomas Brönnimann vorgefunden. All diesen Jubilaren gratuliere ich im Namen des Parlaments ganz herzlich zum Geburtstag. Ich wünsche euch beste Gesundheit und ein gutes neues Lebensjahr.

Entschuldigt für den heutigen Abend haben sich Katja Niederhauser und Arlette Mürger. Dies bedeutet, es sind 38 Parlamentsmitglieder anwesend. Das Parlament ist somit beschlussfähig.

Der Aktenversand erfolgte am 25. Juli 2019, das Protokoll vom 27. Mai 2019, wurde am 17. Juli elektronisch aufgeschaltet.

Somit kommen wir zur Traktandenliste. Gibt es Voten oder Änderungen zur Traktandenliste?

Casimir von Arx, glp: Wir haben im August zwei Sitzungen, weshalb ich euch beantrage, dass das Traktandum „Eine Wohnbaustrategie für die Gemeinde Köniz“ bereits heute behandelt werden soll. Dies aufgrund eines wichtigen Terminkonfliktes des Erstunterzeichnenden, welcher euch, wie auch die Mitte-Fraktion, sehr dankbar wäre, wenn dies möglich gemacht würde.

Parlamentspräsident Mathias Rickli: Nachdem keine weiteren Wortmeldungen zur Traktandenliste mehr vorliegen, möchte ich kurz den Sitzungsverlauf erläutern: Aufgrund der Erfahrungen der bisherigen Sitzungen, gehe ich nicht davon aus, dass alle Traktanden an der heutigen Sitzung abgearbeitet werden können. Dies habe ich euch auch schon an der letzten Sitzung angekündigt. Ich fasse eine zweite Sitzung ins Auge, möchte dies aber noch nicht abschliessend festlegen. Mir ist aber wichtig, dass keine Traktanden in den September mitgenommen werden. Ich möchte sämtliche August-Traktanden im August abarbeiten und aus diesem Grund möchte ich heute mindestens bis und mit Traktandum 6, dem Antrag aus dem Jugendparlament für eine zeitgemässe Abfallentsorgung abhandeln. Nun kommt der Antrag der glp, dass das Traktandum 9 heute ebenfalls bearbeitet werden soll. Somit würden wir diesen auch noch hinzunehmen und dann schauen wir, welche Zeit wir haben.

Beschluss

1. Traktandum 9 „V1907 Motion (CVP, EVP, glp, SP, Junge Grüne, Grüne) „Eine Wohnbaustrategie für die Gemeinde Köniz“ wird an der heutigen Sitzung behandelt.
(Abstimmungsergebnis: Mehrheit offensichtlich)
2. Die Traktandenliste wird mit der beschlossenen Änderung genehmigt.
(Abstimmungsergebnis: Mehrheit offensichtlich)

PAR 2019/71

**Protokoll der Parlamentssitzung vom 24. Juni 2019, Genehmigung
Beschluss**

Diskussion

Das Wort zum Protokoll wird nicht verlangt.

Beschluss

Das Protokoll der Parlamentssitzung vom 24. Juni 2019 wird stillschweigend genehmigt.

PAR 2019/72

**Zone mit Planungspflicht (ZPP) Nr. 1/4 "Grünau", Änderung der baurechtlichen Grundordnung
Beschluss und Botschaft; Direktion Planung und Verkehr**

Bericht und Antrag des Gemeinderates an das Parlament

1. Ausgangslage

1.1 Lage und Situation

Das Areal der Grünau AG liegt in Wabern an der Weyerstrasse und wurde 1867 ursprünglich als Knabeninstitut errichtet. Heute werden grosse Teile des Areals für das Wohn- und Pflegeheim Grünau AG genutzt. Die bauliche Situation der Grünau ist das Abbild einer historischen Entwicklung. Im Süden des Areals befinden sich die Bauten des ehemaligen Landgutes, im Norden steht das ehemalige Schulgebäude. Das Inventar der kantonalen Denkmalpflege stuft einzelne Gebäude als schützens- und erhaltenswert ein, die in einer Baugruppe liegen. Das Areal ist als Ortsbildschutzgebiet gemäss Art. 86 BauG und Art. 7 BauR Fassung 2018 (resp. Art. 16 BauR Fassung 1993 mit Änderung 2012) der Gemeinde Köniz bezeichnet. Ziel der Planungsänderung ist eine dichte, qualitätsvolle Erweiterung des Wohn- und Pflegeheims mit Neubauten unter Berücksichtigung des denkmalpflegerischen Wertes der bestehenden Baugruppe und des historischen Parks.

> Weitere Ausführungen s. Botschaftsentwurf

1.2 Rechtsgültige Planung

Das Areal der Grünau AG liegt gemäss dem rechtskräftigen Nutzungsplan (Teilgebiet Wabern) in der Wohnzone (Bauklassen IIb/IIIa). In der Ortsplanungsrevision wurde das Gebiet ausgeklammert und wird nun in diesem separaten Planerlassverfahren behandelt.

Im rechtskräftigen Schutzplan Naturobjekte sind im Perimeter diverse Obst- und Einzelbäume vermerkt. In der Ortsplanungsrevision wurde das Gebiet ebenfalls als ausgeklammert markiert, aber gleichzeitig zwei geschützte Bäume festgelegt und andere Objekte aufgehoben. Um die Unklarheit auszuräumen und rechtliche Sicherheit zu erlangen, wurde in einem parallel laufenden geringfügigen Planerlassverfahren die Änderungen am Schutzplan durchgeführt.

1.3 Grundeigentümerin

Die Wohn- und Pflegeheim Grünau AG betreibt in der Grünau (Seftigenstrasse 301 – 307) ein Wohn- und Pflegeheim mit 66 vom Kanton Bern bewilligten Heimplätzen und beschäftigt rund 90 Mitarbeitende.

2. Inhalt

Die Grünau AG beabsichtigt, ihren Betrieb für die aktuellen und zukünftigen Ansprüche zu rüsten. Für eine orts- und betriebsverträgliche Weiterentwicklung ist die bestehende Regelbauzone ungeeignet. Deswegen wurde für das Areal der Grünau AG eine Machbarkeitsstudie durchgeführt. Die Bau- und Planungskommission Köniz und die kantonale Denkmalpflege begleiteten den Entwicklungsprozess. Ziele der Machbarkeitsstudie waren das Aufzeigen des langfristigen Entwicklungspotenzials des Areals, insbesondere die Realisierung einer Demenzabteilung sowie kurzfristige Lösungsmöglichkeiten für die Realisierung einer neuen Gastronomieküche. Das Konzept aus der Machbarkeitsstudie wurde im Vorprojekt überarbeitet und der Bau- und Planungskommission vorgelegt.

> Weitere Ausführungen s. Botschaftsentwurf

2.1 Änderung der baurechtlichen Grundordnung

Planungsgegenstand ist die teilweise Änderung der Wohnzone IIb und IIIa in eine Zone mit Planungspflicht ZPP mit den dazugehörigen Vorschriften. Die Änderungen betreffen den rechtskräftigen Nutzungsplan und das Baureglement und gelten nach Inkraftsetzung der OPR.

2.2 Änderung Nutzungsplan

Neu wird das Areal von der Nutzungszone "Wohnzone W" in die Zone mit Planungspflicht ZPP Nr. 1/4 "Grünau" umgezont.

2.3 Ergänzung Baureglement (besondere Vorschriften zum Nutzungsplan)

Das Baureglement der Gemeinde Köniz regelt die Nutzungsordnung in allgemeiner Weise. Im Teil 'Besondere Vorschriften zum Nutzungsplan' des Baureglements werden in speziellen Zonen (u.a. in Zonen mit Planungspflicht) die besonderen Verhältnisse näher ausformuliert und spezifische Vorschriften erlassen. Die aus dem Vorprojekt gewonnenen Erkenntnisse bilden die Grundlage für die neuen ZPP-Vorschriften und schreiben Planungszweck, Art und Mass der Nutzung, Gestaltungsgrundsätze sowie weitere Bestimmungen vor.

> Wortlaut der besonderen Bestimmungen zur ZPP s. Botschaftsentwurf

3. Verfahren und weiteres Vorgehen

Der Erlass einer neuen ZPP stellt eine Änderung der baurechtlichen Grundordnung im ordentlichen Verfahren nach Art. 66 Abs. 2 des kantonalen Baugesetzes BauG dar. Über die Vorlage sollen die Stimmberechtigten am 17. November 2019 entscheiden. Mit dem Erlass der Zone mit Planungspflicht ZPP Nr. 1/4 "Grünau" beabsichtigt die Grundeigentümerin gemäss Art. 93 Abs. 1 lit. c BauG ein Gesamtvorhaben zu realisieren. Mit diesem Vorgehen können die verlangten Qualitätsansprüche der Grundeigentümerin, der kantonalen Denkmalpflege und der Gemeinde Köniz zweckdienlich und mit grosser Bearbeitungstiefe umgesetzt werden.

3.1 Mitwirkung

Im Auftakt zur öffentlichen Mitwirkung im Mai 2018 informierte die Grünau AG die direkten Nachbarn, Bewohnende, Angehörige sowie den Wabern-Leist über das Projekt. Am 29. Mai wurde das Planungsgeschäft an der DPV-Informationsveranstaltung im Gemeindehaus Köniz vorgestellt. Zudem berichtete der Wabern-Spiegel Nr. 7/8 ausführlich über das Projekt und die öffentliche Mitwirkung. Die Planungsinstrumente und die weiteren Unterlagen lagen zwischen dem 13. Juni und 13. Juli 2018 zur öffentlichen Mitwirkung auf und sind auf der Webseite aufgeschaltet. Es gab keine einzige Eingabe.

3.2 Vorprüfung

Mit dem Vorprüfungsbericht vom 6. Februar 2019 hat das Amt für Gemeinde und Raumordnung AGR zum vorliegenden Planungsgeschäft Stellung genommen und die Genehmigung nach der Bereinigung einzelner Vorbehalte in Aussicht gestellt. Alle offenen Punkte des Vorprüfungsberichts wurden in den besonderen Vorschriften zur Zone mit Planungspflicht Nr. 1/4 "Grünau" berücksichtigt.

3.3 Öffentliche Auflage

Die öffentliche Auflage der Vorlage fand vom 10. April 2019 bis 10. Mai 2019 im Gemeindehaus Bläuacker statt. Zur Änderung der baurechtlichen Grundordnung ZPP Nr. 1/4 "Grünau" wurde keine Einsprache eingereicht.

Die Änderung des Schutzplanes Naturobjekte erfolgt im geringfügigen Verfahren und wurde zeitgleich mit der Änderung der baurechtlichen Grundordnung öffentlich aufgelegt. Hierzu wurde zwar ein Schreiben eingereicht und ein klärendes Gespräch gewünscht, aber explizit nicht als Einsprache deklariert.

3.4 Weiteres Vorgehen und Termine

Nach Annahme der Vorlage durch die Stimmberechtigten kann die Änderung der baurechtlichen Grundordnung dem Amt für Gemeinden und Raumordnung AGR zur Genehmigung eingereicht werden.

Nach Eintritt der Rechtskraft der Genehmigungsverfügung der Zone für Planungspflicht ZPP Nr. 1/4 "Grünau" beabsichtigt die Grundeigentümerin, das Baugesuch als Gesamtvorhaben einzureichen.

4. Zuständigkeit

Die Änderung von Nutzungsplan und Baureglement der Zone mit Planungspflicht ZPP Nr. 1/4 "Grünau" liegen in der Kompetenz der Stimmberechtigten.

5. Mehrwertausgleich

Infolge der erhöhten Nutzungsmöglichkeiten wurde gemäss Reglement über den Ausgleich von Planungsvorteilen ein unabhängiges Fachgutachten zur Mehrwertermittlung erstellt. Das Gutachten schätzt den Mehrwert auf 2.27 Mio. Franken, womit die maximale Mehrwertabgabe zu Gunsten der Gemeinde gemäss Verfügungsentwurf rund 850'000 Franken beträgt. Der effektive Mehrwertausgleich wird mit Inkraftsetzung der vorliegenden Änderung der baurechtlichen Grundordnung durch die Gemeinde definitiv verfügt und bei Baustart fällig.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Parlament, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Mit x zu y Stimmen und z Enthaltungen beantragt das Parlament den Stimmberechtigten, folgende Beschlüsse zu fassen:
 - Der Änderung der baurechtlichen Grundordnung mit der neuen Zone für Planungspflicht ZPP Nr. 1/4 «Grünau» wird gemäss vorgelegtem Entwurf zugestimmt.
 - Der Gemeinderat bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Änderung.
2. Das Parlament genehmigt die Botschaft an die Stimmberechtigten und den Wortlaut der Abstimmungsfrage.

Köniz, 19. Juni 2019

Der Gemeinderat

Beilagen

- 1) Botschaft des Parlaments an die Stimmberechtigten

Diskussion

Parlamentspräsident Mathias Rickli: Dies ist ein Geschäft aus der Direktion Planung und Verkehr. Ihr habt die Sitzungsakten vor euch, welche aus dem Bericht und dem Antrag des Gemeinderats sowie der Botschaft bestehen.

Wir gehen hier wie folgt vor: Zuerst hat der GPK-Referent das Wort, danach kommen die Voten aus den Fraktionen, dann die Einzelvoten aus dem Parlament und zum Schluss hat der Gemeinderat das Wort. Ich weise noch darauf hin, dass die Redaktionskommission in der entsprechenden Botschaftsseite die Pro- und Kontra-Argumente verfassen wird. Wir bitten euch, diese Pro- und Kontra-Argumente elektronisch der Fachstelle Parlament zuzustellen. Dies erleichtert das Verfassen des Entwurfs. Selbstverständlich gilt jedoch das gesprochene Wort. Ich habe auch im Mail an das Parlament vom 12. August darauf hingewiesen, dass Anträge zur Botschaft schriftlich vorliegen müssen.

GPK-Referent Beat Haari, FDP: Die Grünau AG will ihr Wohn- und Pflegeheim in Wabern erweitern und die Gemeinde Köniz bzw. der Gemeinderat will Hand bieten und Voraussetzungen schaffen, um das Vorhaben zu ermöglichen. Darum geht es zusammengefasst im vorliegenden Geschäft.

Voraussetzungen schaffen bedeutet, dass das Grünau Areal aus der für das Vorhaben schlechten oder ungeeigneten Wohnzone entlassen werden muss und in die Zone mit Planungspflicht (ZPP) Nr. 1/4 umgezogen werden soll. Diese berücksichtigt die Interessen aller Beteiligten und erfolgt mittels einer Änderung der baurechtlichen Grundordnung. Die Legitimierung dieser Umzonung liegt letztendlich bekanntlich beim Volk.

Die GPK hat dieses Geschäft aufgrund der vorliegenden Unterlagen, namentlich dem Bericht an das Parlament und der Abstimmungsbotschaft geprüft. Sie dankt an dieser Stelle der zuständigen Direktion für diese wirklich guten Unterlagen zu diesem Geschäft, aber auch für die umsichtige Definition der ZPP Nr. 1/4. Dieses Geschäft ist in der vorliegenden Form sicherlich entscheidungsreif.

Die GPK empfiehlt dem Parlament einstimmig, dem Antrag des Gemeinderats zuzustimmen und das aus drei Hauptgründen:

1. Das Anliegen resp. das Vorhaben der Grünau AG ist nachvollziehbar. Die Grünau AG kann bei einem Volks-Ja, den heutigen und künftigen Bedürfnissen der Bewohnerinnen und Bewohnern entsprechen. Sie kann so die Zielgrössen des Richtungsprogramms der Gesundheits- und Fürsorgedirektion (GEF) des Kantons Bern erreichen und kann weiter eine Demenzabteilung mit Demenzgarten realisieren und anbieten. Und sie kann das Areal mit einem öffentlich zugänglichen Innenhof mit Dorfplatzcharakter - notabene weitgehend verkehrsfrei - beleben. Sie kann ihr Areal unter der Prämisse „Verdichtung nach innen“ nachhaltig entwickeln etc.
2. Da während dem Mitwirkungsverfahren keine Eingaben und bei der öffentlichen Auflage keine Einsprachen eingegangen sind, geht die GPK davon aus, dass das Erweiterungsvorhaben der Grünau AG von der betroffenen Bevölkerung akzeptiert ist.
3. Die Grünau AG erhält mit einem Volks-Ja Planungs- oder Rechtssicherheit für ihr Vorhaben.

Abschliessend noch eine Bemerkung: Die GPK hatte einige wenige Verständnisfragen zum Geschäft gestellt und erhielt von der Verwaltung klärende Antworten. Ich gehe davon aus, dass diese in die Fraktionssitzungen ebenfalls eingeflossen sind und verzichte deshalb darauf, auf die Fragen nochmals einzugehen. Mitunter als Klammerbemerkung wurde auch genau dieser Widerspruch diskutiert, welcher als Antrag der Mitte-Fraktion vor euch liegt. Nämlich betreffend Wärmeverbund, welcher nach ZPP Nr. 1/4 zwingend für alle Gebäude zu verwenden ist. Es hat jedoch ein Gebäude, welches bereits eine Wärmeversorgung mit Pelletheizung betreibt. Und hierzu haben wir die Antwort erhalten, dass man, auch wenn es in der ZPP Nr. 1/4 heisst, dass alle Gebäude mit Fernwärmeheizung ausgestattet werden müssen, dies hier erst geltend machen wird, wenn an dieser Pelletheizung etwas geändert oder massiver saniert werden müsste. Darum hat die GPK zu diesem Thema keinen Antrag gestellt. Den Antrag, wie er hier vorliegt, haben wir so nicht diskutiert. Dies seitens GPK.

Ich erlaube mir hier noch kurz die Meinung der FDP-Fraktion kund zu tun, da diese ganz kurz ist: Die FDP folgt der Meinung der GPK und wird diesem Geschäft einstimmig zustimmen.

Parlamentspräsident Mathias Rickli hält fest, dass das Eintreten auf das Geschäft nicht bestritten wird.

Fraktionssprecherin Mitte-Fraktion Sandra Röthlisberger, glp: Das Planungsgeschäft ZPP Nr. 1/4 Grünau steht für ein durchwegs gelungenes Planungsverfahren. Die ZPP und die Vorschriften bilden ein stimmiges Resultat. Wir danken insbesondere der Planungsabteilung für diese gute Arbeit. Der

Änderungsantrag auf der Tischvorlage ist rein redaktioneller Art. Die Mitte-Fraktion stimmt deshalb dem Antrag des Gemeinderats zu.

Zwei Aspekte wollen wir hervorheben: Erstens zeigt das Beispiel Grüna, dass wirtschaftlich notwendiges Wachstum innerhalb eines historisch bedeutenden Ensembles bei einer sorgfältigen Herangehensweise möglich ist. Neubauten nehmen Bezug auf den Bestand, integrieren sich und schaffen Kontinuität. Die Denkmalpflege bewilligt im Gegenzug den Rückbau des erhaltenswert eingestuftes Gebäudes. Zweitens erfährt das Areal eine Öffnung. Die durchlässige Fusswegverbindung ist auch eine Quartierverbindung. Auch die mögliche gemeinschaftliche Nutzung, ja gar die soziokulturelle Nutzung, welche im Haus 305 vorgesehen ist, stellt einen Mehrwert für das Quartier dar.

Noch ein Hinweis zur Botschaft: Die Abbildungen in der Botschaft sind unterschiedlich ausgerichtet. Geordnete Pläne und Modellabbildungen würden die Lesbarkeit und Orientierung verbessern.

Der Änderungsantrag der Tischvorlage beabsichtigt die inhaltliche Präzisierung in der Botschaft. Im Anhang unter Ziffer 4.4 steht: „Die gesamte Wärmeversorgung ist über den bestehenden Nahwärmeverbund zu gewährleisten.“ Dies steht im Widerspruch zum Abschnitt Verkehr und Energie: „Die Bauten sind dem Wärmeverbund einer Pellet-Wärmeerzeugungsanlage angeschlossen. Ausnahme bildet das Gebäude Ecke Seftigen-/Weyerstrasse, welches über eine eigene Pelletheizung verfügt.“ Die Redaktionskommission wird beauftragt, diesen Widerspruch zu beseitigen.

Zum Fazit: Das Alters- und Pflegeheim Grüna kann sich mit dieser Grundlage für die Zukunft rüsten. In unserer Region gibt es derzeit zu wenige Demenzstationen. Die neue Demenzabteilung an dieser guten Lage ist daher sehr willkommen. Die Mitte-Fraktion glp, EVP, CVP, BDP stimmt dem Antrag 1 und 2 zu, bittet aber auch um Zustimmung zum Änderungsantrag betreffend Botschaft.

Fraktionssprecherin Christina Aebischer, Grüne: Auch die Grüne-Fraktion steht der Änderung dieser baurechtlichen Grundordnung positiv gegenüber. Denn das Projekt, welches hinter diesem Geschäft steht, begrüßen wir sehr. Es entspricht einem klaren Bedarf, dass das Wohn- und Pflegeheim Grüna um- und ausgebaut werden kann und insbesondere begrüßen wir die Verbesserung des Angebots für Demenzzranke, vor allem auch durch die Anlage eines Demenzgartens. Im Quartier in Wabern hat sehr gute Informationsarbeit stattgefunden. Wir haben es gehört, es gab auch eine Mitwirkung und es hat keine Einsprachen gegeben. Dies erachten wir als sehr positiv. Die Planung des Bauprojekts bringt auch Verbesserungen für die Bevölkerung im Quartier: Die vermehrte Durchlässigkeit des Areals für Fussgänger und Fussgängerinnen und die gemeinsame Nutzung dieses weitgehend verkehrsbefreiten Parks mit Teich und grossen Bäumen. Und es wurde bereits gesagt, es konnte eine einvernehmliche Lösung mit dem Heimatschutz gefunden werden. Auch der Forderung nach Nutzung von nachhaltiger Energie entspricht dieses Projekt durch seinen Anschluss an den Wärmeverbund mit Pellet-Anlagen und mit der vorläufig weiteren Nutzung der bestehenden Pelletheizung für das separate Gebäude. So entspricht dies zeitgemässen Standards. Ein kleiner Schönheitsfehler ist aus unserer Sicht, dass ein geringer Mehrverkehr an der Looserstrasse zu erwarten ist. Es wäre vielleicht besser gewesen, die Zufahrt von der Nordseite her in die Einstellhalle zu realisieren. Aber dies ist lediglich ein Detail. Die Grüne-Fraktion sieht das vorliegende Projekt rundum positiv und wird die ZPP-Änderung einstimmig unterstützen.

Fraktionssprecher Ruedi Lüthi, SP: Ich kann es vorweg nehmen, auch die SP stimmt einstimmig dem Änderungsantrag der baurechtlichen Grundordnung zu, wie auch der Botschaft, welche der Stimmbewölkerung vorgelegt werden soll.

Wir begrüßen, dass diese Heimplätze für aktuelle und auch zukünftige Ansprüche verbessert und modernisiert werden. Bei der Mitwirkung hatte es keine Organisation und auch keine Personen, welche sich beteiligt haben und auch bei der Öffentlichen Auflage gab es keine Einsprachen. Das zeigt, dass die Bevölkerung und auch die direkt Betroffenen gut informiert worden sind. Wir können im Bericht des Gemeinderats lesen, dass die Informationsveranstaltung der Direktion Planung und Verkehr sicherlich ein guter Beitrag dazu geleistet hat. Dies ist vielleicht auch für die anderen Gemeinderäte und die anderen Direktionen ein Hinweis, dass wenn sie solche Geschäfte haben, die Bevölkerung über solche Informationsveranstaltungen wirksam erreicht werden kann. Es wurde auch darauf hingewiesen, dass die lokale Zeitung, also der Wabern Spiegel über dieses Thema orientiert hat. In diesem Zusammenhang gilt es zu erwähnen, dass diese Zeitung von den Vereinen Wabern und Spiegel und von den Sponsoren finanziert wird. Diese Zeitung wird kostenlos innerorts verteilt. Heute gibt es noch einen symbolischen Beitrag der Gemeinde von CHF 1'000, welcher nun aber gestrichen werden wird. Diese Informationen sind sicherlich gut investiert, wenn man dies nicht allzu gross ändert.

Ich komme zum Vorhaben: Nebst der Wohn- und Pflegeheimerweiterung soll auch ein öffentlicher Dorfplatz mit Cafeteria entstehen. Das ist sicherlich eine tolle Sache für die Heimbewohnerinnen und

–bewohner, aber auch für die Waberer. Es wird auch darauf hingewiesen, dass auf die Forderungen der Denkmalpflege Rücksicht genommen wird und dass die schützens- und erhaltenswerten Gebäude so weiter bestehen werden. Das ist sicher gut so, doch es nützt uns nichts, wenn die Gebäude geschützt werden und nichts für die Umwelt gemacht resp. verbessert wird. Und damit komme ich zu meinem negativen Punkt: Es ist aus unserer Sicht unverantwortlich und unseren Nachkommen gegenüber verantwortungslos, dass auf neuen Gebäuden keine Solarkollektoren installiert werden müssen. Dies ist hier nämlich nicht vorgesehen. Es sollten nicht nur die Gebäude geschützt werden, sondern auch die Natur. Bei Änderungen der baurechtlichen Grundordnung wie hier bei der ZPP, sollte die Auflage selbstverständlich sein, dass man auch bei schützenswerten Gebäuden Vorschriften macht und auch diese Dachflächen nutzt, damit diese der Umwelt etwas bringen. Neue Gebäude mit Dachflächen ohne Solarkollektoren sind aus ökologischer Sicht nicht mehr zu verantworten. Neue Dächer ohne Solarkollektoren sind nicht mehr zeitgemäss und eine verpasste Chance für die Natur und den Menschen gegenüber. Die SP hofft, dass die Grünau AG vielleicht noch freiwillig diese Korrektur macht und noch Kollektoren plant. Von der Gemeinde möchten wir, dass es für diese bei weiteren ZPP-Planungen in Zukunft selbstverständlich sein wird, dass solche Auflagen gemacht werden. Mit diesen Hoffnungen und Erwartungen der SP, welche ich aufgezählt habe, werden wir, wie bereits erwähnt, dem Antrag einstimmig zustimmen.

Christian Burren, Gemeinderat: Ich danke vorweg dem GPK-Sprecher Beat Haari bestens für seine korrekte Wiedergabe dieses Geschäfts. Ich danke euch für die positive Aufnahme und ich nehme an, dass der Dank an die Planungskommission durch unseren Gemeindeplaner höchstpersönlich an seine Mitarbeiter weitergegeben wird. Vielen Dank auch von meiner Seite her.

Den Hinweis zur Ausrichtung der Pläne in der Botschaft mit dem Nordpfeil nehme ich gerne auf. Das wäre tatsächlich besser. Alles was die Lesbarkeit eines solchen Dokuments verbessert, probieren wir selbstverständlich zu erfüllen.

Noch ein Wort zum Antrag Tischvorlage. Beat Haari hat dies bereits relativ gut wieder gegeben: Dies ist rein textlich gesehen ein Widerspruch, doch in sich in der Sache ist es kein Widerspruch, weil hier eine gewisse Bestandsgarantie gilt. Die Pelletheizung jüngerer Datums, welche in einem bestehenden Gebäude vorhanden ist, kann vorläufig weiter bestehen bleiben. Doch wenn an dieser Heizung etwas geändert wird oder ein gröberer Umbau ansteht, dann muss auch dieses Gebäude der Fernwärme angehängt werden. Ich bin hier aber absolut offen, wenn die Redaktionskommission diesen textlichen Widerspruch bereinigen kann. Wir bieten die Hand und haben nichts dagegen.

Zu Ruedi Lüthi noch zur Verordnung von Solaranlagen ohne Wenn und Aber: Wir sind in Köniz noch nicht so weit, dass wir diese einfach allen verordnen. Ich denke, dass gerade was die Heizung angeht, das Projekt mit Holz auf einem nachwachsenden Rohstoff, also auf erneuerbarer Energie aufbaut. Und ich denke auch, dass die Grünau AG sich gut überlegen wird, ein nachhaltiges Projekt zu realisieren - und davon, dass es ein solches geben wird, bin ich überzeugt, auch wenn vielleicht nicht überall dort, wo es möglich wäre, Sonnenkollektoren eingeplant sind. Doch es ist nicht so, dass wir solche bisher grundsätzlich verordnet hätten.

So viel von meiner Seite zu dieser Vorlage. Ich danke bestens, wenn diese so genehmigt wird.

Beschluss

1. Mit 38 zu 0 Stimmen und 0 Enthaltungen beantragt das Parlament den Stimmberechtigten, folgende Beschlüsse zu fassen:
 - a. Der Änderung der baurechtlichen Grundordnung mit der neuen Zone für Planungspflicht ZPP Nr. 1/4 «Grünau» wird gemäss vorgelegtem Entwurf zugestimmt.
 - b. Der Gemeinderat bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Änderung.
2. Das Parlament beauftragt die Redaktionskommission den Widerspruch zwischen dem Botschaftstext S. 9 zum Wärmeverbund und den Vorschriften, S. 17, Ziffer 4.4, zu beseitigen. (Abstimmungsergebnis: Mehrheit offensichtlich)
3. Das Parlament genehmigt die Botschaft an die Stimmberechtigten und den Wortlaut der Abstimmungsfrage mit dem Auftrag an die Redaktionskommission (vgl. Beschlussziffer 2) (Abstimmungsergebnis: einstimmig)

PAR 2019/73

Mengestorf; Schulhaus Sanierung und Ausbau; Variantenentscheid Projektierungskredit

Genehmigung; Direktion Sicherheit und Liegenschaften; Abteilung Gemeindebauten

1. Ausgangslage

Am 27. August 2019 hat das Parlament den Antrag des Gemeinderates „Mengestorf; Schulhaus Sanierung und Ausbau, Dachstock und Untergeschoss; Projektierungskredit“ zurückgewiesen.

Zudem wurde folgendem Antrag „Grüne/SP/SVP“ zugestimmt: „Dem Parlament ist eine Projektierung in Varianten vorzulegen, die eine der gesamtheitlichen Betrachtung der Schulraumsituation „Sternenberg“ gerecht werdende Beschlussfassung zulassen. Konkret soll neben Varianten zu verschiedenen Ausbauvorhaben mindestens eine Variante vorgelegt werden, die ausschliesslich die notwendigen Sanierungen des Schulhauses berücksichtigt“.

Gleichentags wurde eine Motion eingereicht: V1829 Motion (SVP) „Zeitgemässe Schulraumsanierung und Erweiterung Schulhaus Mengestorf“. Das Parlament hat diese Motion am 19. März 2019 erheblich erklärt. Die Motion verlangt grundsätzlich den gleichen Auftrag, (kostengünstigere) Varianten ausserhalb des bestehenden Gebäudes zu prüfen.

2. Schulkreis Sternenberg

Entwicklung Schüler- und Klassenzahlen der Schule Sternenberg

Zum Schulkreis Sternenberg gehören die vier Schulstandorte Mengestorf, Niederscherli, Oberscherli, Mittelhäusern.

Allgemeines

In den vorliegenden Darstellungen sind lediglich die Zahlen der Schülerinnen und Schüler (SuS) der Eingangs- und Primarstufe abgebildet. Von sämtlichen Standorten wechseln die SuS nach der 6. Klasse in die Sekundarstufe I nach Niederscherli oder dann als Spez.Sek.-SuS in die Lerbermatt (für Schuljahr 2019/20: 2 SuS). Der aktuelle Klassenbestand der Sek.stufe I in Niederscherli bleibt auf jeden Fall erhalten.

Für die Folgejahre (Schuljahr 2019/20 bis Schuljahr 2021/22) wurden auch die jeweils für die Schuljahre aktuellsten Geburtsjahrgänge (jeweils 1.8.20xx bis 31.07.20xx) berücksichtigt (s. Tabelle 1).

Geburtsjahrgänge

Grundsätzlich kann gesagt werden, dass die Geburtsjahrgänge der nächsten Schuljahre im Steigen sind. Bei den kleineren Schulstandorten sind diese Zahlen jedoch häufig schwankend. Auf ein Jahr mit relativ grossem Jahrgang folgt dann wieder eines mit kleineren Zahlen. Die Tendenz zeigt derzeit jedoch auch hier nach oben. Diese Zahlen sind bis zum Schuljahr 2021/22 in der zweiten Tabelle enthalten.

Geburtsdatum	Eintritt KG/BS (Schuljahr)	Menges- torf	Nieder- scherli	Ober- scherli	Mittel- häusern	Total
01.08.2014 - 31.07.2015	2019/20	6	19	9	10	44
01.08.2015 - 31.07.2016	2020/21	10	23	11	5	49
01.08.2016 - 31.07.2017	2021/22	12	21	9	16	58
01.08.2017 - 31.07.2018	2022/23	11	24	6	13	54
01.08.2018 - 31.07.2019*	2023/24	6	16	10	4	36

* unvollständig (Stand: 01.05.2019)

Die Zahlen der Schuljahre 2022/23 und 2023/24 sind in der Gesamttabelle (s. nächste Seite) nicht abgebildet.

SuS- und Klassenzahlen

Die SuS- und Klassenzahlen sehen im Schulraum Sternberg wie folgt aus:

Entwicklung SuS-Zahlen Sternberg												
		6. Kl.	5. Kl.	4. Kl.	3. Kl.	2. Kl.	1. Kl.	KG 2	KG 1	Klassen		
						Basis4	Basis3	Basis2	Basis1	5./6.	3./4.	BS 1-4
Mengestorf	2018/19	11	7	12	13	6	3	4	6	1	1	2
						6	4	4	5			
	2019/20	7	12	13	12	7	8	11	6	1	1	2
	2020/21	12	13	12	7	8	11	6	10	1	1	2
Niederscherli	2021/22	13	12	7	8	11	6	10	12	1	1	2
	2018/19	11	8	12	9	5	6	7	3	2	2	3
						7	3	7	4			
	2019/20	15	24	19	18	13	19	13	19	2	2	3
Oberscherli	2020/21	24	19	18	13	19	13	19	23	2	2	3
	2021/22	19	18	13	19	13	19	23	21	2	2	3
	2018/19	6	13	7	8	5	4	3	3	1	1	2
						3	3	2	5			
Mittelhäusern	2019/20	13	7	8	8	7	5	8	9	1	1	2
	2020/21	7	8	8	7	5	8	9	11	1	1	2
	2021/22	8	8	7	5	8	9	11	9	1	1	2
Mittelhäusern	2018/19	8	14	8	8	5	7	7	9	1	1	1
						0	7	9	10			
	2019/20	14	8	8	5	7	7	9	10	1	1	1
	2020/21	8	8	5	7	7	9	10	5	1	1	1
	2021/22	8	5	7	7	9	10	5	16	1	1	2
										4.-6.	2.-3.	BS1-BS3

Bei der Betrachtung von Tabelle 2 ist Folgendes zu beachten: Aufgrund der unterschiedlichen Schuleintrittszahlen muss unter Umständen die Neuorganisation von Klassen ins Auge gefasst werden (z.B. statt 3./4. Klasse → 2./3./4. Klasse) oder dann mittels SuS-Verschiebung eine Klasse ergänzt wird (z.B. Einteilung SuS von Niederscherli nach Oberscherli im Schuljahr 2021/22).

Mit solchen Eventualmassnahmen ist sichergestellt, dass die Vorgaben der Erziehungsdirektion (Richtlinien für Schülerzahlen) eingehalten werden und der bisherige Klassenbestand -und somit auch der Fortbestand des Standortes - nicht gefährdet ist. In Mittelhäusern muss zu gegebener Zeit sogar die Eröffnung einer zweiten Basisstufenklasse ins Auge gefasst werden.

Fazit

Aufgrund der aktuell vorliegenden Zahlen ist sichergestellt, dass in den nächsten Jahren der Schulraum der einzelnen Standorte der Schule Sternberg ausgelastet ist.

3. Schulhaus Mengestorf

Das Schulhaus Mengestorf ist im Jahr 1915 erbaut und 1978 renoviert worden. Im Mengestorf werden Schülerinnen und Schüler (SuS) vom Kindergarten bis zum 6. Schuljahr (Basisstufe und Primarstufe) in vier Klassen unterrichtet. Mindestens 15 Lehrpersonen (zum grossen Teil in Teil-Pensen) unterrichten gesamthaft durchschnittlich 78 Kinder. Die aktuellen SuS-Zahlen sind für die nächsten Jahre stabil; es sind keine zusätzlichen Klassen nötig.

Schulraum-Analyse / Raumprogramm

Die Schulraum-Analyse (Gegenüberstellung Soll –Ist) zeigt zum Teil grosse Differenzen zum Richtprogramm auf.

Die Schulleitung und die Besteller-Abteilung sind sich bewusst, dass im Bestand nicht alle Mankos erfüllt werden können. Darum einigten sich die Schulleitung und BSS auf eine, den Gegebenheiten angepasste Bestellung, die den Bedarf im Hinblick auf den LP21 erfüllt. Mit einem Mehrzweckraum können verschiedene Bedürfnisse abgedeckt werden.

Konkret fehlen der Schule ein multifunktionaler (z.B. auch für Spezialunterricht) Gruppenraum für die Primarklassen, ein Arbeits- und Aufenthaltsbereich für die Lehrpersonen, Garderoben und Duschen für Schul- und Freizeitsport, sowie ein polyvalent nutzbarer Mehrzweckraum. Eine, für die Schule

wünschenswerte Aula ist nach Schulraumprogramm erst ab zehn Klassen vorgesehen: Ebenso ist eine Einfachturnhalle für vier Klassen nicht vorgesehen.

4. Auftrag aus dem Parlament und aus der Motion V1829 (SVP)

Die Aufträge aus der erwähnten Parlamentsdebatte laufen zum Teil diametral auseinander; als Maximalforderung soll der Schulraum mit einem (doppelstöckigen) Pavillon-Neubau massiv vergrössert werden, von anderer Seite wird der Schule zugemutet ohne zusätzlichen Schulraum auszukommen; einzig war sich das Parlament im August 2018 einzig, dass das Schulhaus saniert werden soll (zumindest das Dach) und, dass der Standard aus Kostengründen minimal gehalten werden soll.

5. Varianten zum Schulhaus Mengestorf

Die zuständige Fachabteilung hat einen externen Auftrag für die Untersuchung von 6 Varianten in Auftrag gegeben.

Nebst dem schon vor Jahresfrist präsentierten Vorprojekt mit dem Ausbau des Dachgeschosses und dem Sockel im UG (Variante A) werden je ein eingeschossiger (Variante B1) und ein zweigeschossiger (Variante B2) Neubau am Standort des früheren Biotops und heutigen Spielplatzes aufgezeigt. In Variante B1.1 wird der eingeschossige Neubau als Alternative auf dem Allwetter- resp. Viehschauplatz dargestellt.

Variante C zeigt die Möglichkeit eines Anbaus an das bestehende Schulhaus auf. Aufgrund der Stellung des Schulhauses und der Fensteranordnung der gut orientierten Unterrichtsräume macht ein Anbau nur beschränkt Sinn.

Eine reine Sanierung, mit Raumoptimierung innerhalb des bestehenden Schulhauses, wird in der Variante D dargestellt.

In allen Varianten B1 bis D (ohne A) wird auf einen Dachausbau (Warmdach) verzichtet, das Dach wird als Kaltdach saniert. Die Räume im Dachgeschoss werden geringfügig und zweckmässig angepasst (Varianten B1 bis D). In allen Varianten ist eine umfassende Sanierung des bestehenden Schulhauses vorgesehen; Alle öffentlich zugänglichen Räume werden barrierefrei erreichbar sein (Vertikalerschliessung durch Lifteinbau, gem. Stellungnahme procap; resp. Norm SIA 500).

In einem umfassenden Bericht (Beilage 1) „Studium von Lösungsmöglichkeiten“ werden die Varianten mittels schematischen Plänen, Beschrieben, Modellfotos und Kennzahlen vorgestellt und verglichen.

Im hintersten Teil der Berichtes befinden sich die eingeholten Stellungnahmen der Fachstellen Procap (Hindernisfreies Bauen) und Berner Heimatschutz (Landschaftsschutz) sowie Einschätzungen des Brandschutzexperten und des Bauinspektorates.

Varianten im Quervergleich

Gegenüberstellung von Kosten, Grundmengen, Kostenkennwerte sowie nach Vorteilen, Nachteilen und Risiken.

Siehe Anhang dieses Antrages (Tabellen)

6. Finanzen

Die Finanzierung des Ausführungsprojektes wird sich aufteilen in die Aus- und Umbaukosten einerseits, und in die Sanierungskosten (aufgelaufener Unterhalt) andererseits.

Die Projektierungskosten basieren auf den Kostenschätzungen für die verschiedenen Varianten (+/- 25%); inkl. MWSt.

Die Projektierungskosten setzen sich aus folgenden Aufwendungen zusammen:

- Honorare: (Architekt, Bauingenieur / Holzbauingenieur, Haustechnikingenieure (HLSE), Spezialisten (Brandschutz, Bauphysik, Akustik)
- Sondierungen (bestehendes Gebäude, Baugrund)
- Nebenkosten, Gebühren, Unvorhergesehenes.

Mit den Projektierungskosten werden ein Bauprojekt mit Kostenvoranschlag (+/- 10%) sowie die Baugesuchs-Unterlagen erarbeitet.

Investitionsplanung

Im IAFP 2019 sind für die Jahre 2019 bis 2021 CHF 2'700'000 eingestellt.
Der Betrag muss je nach Variantenentscheid für die Realisierung für die Jahre 2021 (2022) entsprechend angepasst werden.

7. Termine

Variantenentscheid, Genehmigung Projektierungskredit	August 2019
Projektierung: Bauprojekt und Kostenvoranschlag	September 2019 bis April 2020
Kreditantrag GR / Parlament	Sommer 2020
Realisierung voraussichtlich	2021 (2022)

8. Stellungnahmen / Empfehlungen

Nebst den im Bericht der Architekten eingeholten Stellungnahmen (Brandschutz, procap, Berner Heimatschutz, Projektverfasser) hat die Fachabteilung die 6 Varianten der Bau- und Planungskommission an deren Sitzung vom 2. Mai vorgelegt (Protokollauszug: Beilage 1.3 der BPK-Sitzung vom 02.05.2019). Zudem wurde die Schulleitung Sternenberg aufgefordert Rückmeldungen zu den Varianten aus dem Kollegium einzuholen (Beilage 1.2, LK vom 27.3.2019).

Aufgrund der verschiedenen Stellungnahmen gilt es, die machbaren von den wünschbaren Varianten zu unterscheiden. Es ist wenig sinnvoll, voraussichtlich nicht bewilligungsfähige Varianten am Parlament vorzuschlagen.

Bei den verbleibenden Varianten gilt es die prognostizierten Kosten dem Nutzen für die Schule gegenüber zu stellen. Beim Nutzen sind insbesondere die Hauptnutzflächen sowie das jeweilige Verhältnis HNF/GF zu beachten. *Siehe Anhang diese Auftrages (Tabelle)*

Auch wenn die durch die Motionäre bevorzugten Varianten sich als nicht realisierbar / voraussichtlich nicht bewilligungsfähig erweisen, hat das „Studium von Lösungsmöglichkeiten“ doch eine, wenn auch nicht kostengünstigere, zweite Möglichkeit (B1.1) aufgezeigt.

Die Fachabteilungen BSS und GBAU sowie der Gemeinderat empfehlen darum dem Parlament die Varianten A weiter zu bearbeiten (zurückgewiesenes Vorprojekt August 2018).

9. Folgen bei Ablehnung des Geschäfts

Schon bei der Rückweisung des Geschäftes vor Jahresfrist war im Parlament die Sanierung des Schulhauses Mengestorf unbestritten. Mehrheitlich wurde auch attestiert, dass dringender Platzbedarf besteht.

Ohne Realisierung einer der erarbeiteten Varianten (A, B1, B1.1, B2, C) bleiben die unbefriedigenden Raumverhältnisse im Schulhaus bestehen; bei erneuter Ablehnung des Geschäfts oder der Wahl von Variante D (Sanierung ohne Ausbau) würde die Chance verpasst, die anstehenden Sanierungen mit einem Ausbau zu verknüpfen und damit mit einem cleveren Konzept die vorhandenen Raumreserven auf lange Zeit optimal zu nutzen.

Die anstehenden Unterhaltsarbeiten an der Gebäudehülle (ins. Dachsanierung) und der Haustechnik (insb. Sanitäre und elektrische Installationen) müssten beim Gemeinderat separat (als gebundene Ausgabe) beantragt werden.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Parlament, aus der vorliegenden Machbarkeitsstudie die Variante A weiter zu bearbeiten und folgenden Beschluss zu fassen:

Variante A: Sanierung, Ausbau Dach und Sockel im UG

Für das Schulhaus Mengestorf Sanierung und Ausbau, Dachstock und Sockel im Untergeschoss, wird ein Projektierungskredit von CHF 220'000 (inkl. MwSt. zuzüglich allfälliger Teuerung) zu Lasten Konto Nr. 3750.5040.1500 „Schulhaus Mengestorf Sanierung und Ausbau“ bewilligt.

Köniz, 26. Juni 2019

Der Gemeinderat

Beilagen

- 1) *Bericht des Architekten: Studium von Lösungsmöglichkeiten*
- 2) *Rückmeldung der Lehrerschaft zu den Varianten (LK vom 27.03.19)*
- 3) *Bau- und Planungskommission (Protokollauszug der BPK-Sitzung vom 2.05.2019)*

Diskussion

GPK-Referent Adrian Burren, SVP: Zuerst vielen herzlichen Dank dem Gemeinderat und der Verwaltung für das umfassende Papier, welches wir erhalten haben. Es enthält viele Informationen. Die Verwaltung hat zudem am 8. August zu einem Informationsanlass eingeladen, an welchem sich interessierte Parlamentarierinnen und Parlamentarier vor Ort einen Eindruck des Geschäfts machen konnten.

Ein kurzer Rückblick: Das Parlament hat am 27. August 2018 - und nicht 2019 wie im Antrag unter Punkt 1 steht – das Geschäft Schulhaus Mengestorf zurück gewiesen. Dies mit dem Antrag, Varianten vorzulegen, welche eine gesamtheitliche Betrachtung des Schulraums Sternenbergs gerecht werdende Beschlussfassung zulassen. Zudem wurde die Motion 1829 eingereicht, welche Ausbauvarianten ohne Mehrkosten, aber mit Mehrwert gefordert hat. Wirklich neu ist am heutigen Geschäft daher nur, dass wir über Varianten sprechen. Der Kern des Geschäfts bzw. der Platzmangel und der aufgestaute Unterhalt ist immer noch derselbe, wie vor einem Jahr. Mir haben dieses Geschäft in der GPK auch lebhaft und intensiv diskutiert und sind während der Diskussion auch etwas vom Kern des Geschäfts abgeschweift. Die grundsätzliche Erkenntnis dieses Abschweifens war, dass gemäss Schulraumstrategie der Schulstandort nicht in Frage steht. Dies hat das Parlament in seiner ersten Diskussion im August 2018 diskutiert und auch so akzeptiert. Ein entsprechender Antrag der GPK 2018 erhielt daher im Parlament auch nur eine Stimme. Die angrenzenden Schulstandorte hätten auch nicht die Kapazität, die vier Klassen aufzunehmen. In der GPK-Sitzung vom 12. August 2019 stellten wir daher den Schulstandort auch nicht in Frage. Wir sind der Auffassung, dass mit der Schule Mengestorf die obere Gemeinde gestärkt wird. Ich verzichte auf die Wiedergabe des Parlamentsantrags. Ich gehe davon aus, das Geschäft ist bekannt.

Noch einige Präzisierungen für das bessere Verständnis in der anschliessenden Diskussion, also Sachen, die ihr so im Antrag nicht findet: Die Tagesschule dieses Schulstandorts befindet sich zurzeit in Niederscherli. Die eingereichte Motion 1829 hat die Erfüllungsfrist nicht erreicht und wird nicht mit einbezogen. Und der Heimatschutz hat sich zu den Varianten B und C negativ geäussert. Er würde gegen diese Projekte allenfalls Einsprache erheben, was ein Prozessrisiko bedeutet. Erst in der Folge wurde die Variante B1.1 entwickelt. Dies für das Verständnis für diese spezielle Nummerierung. Die Variante A – also die ursprüngliche Variante – hat sich gegenüber dem vergangenen Jahr etwas verändert: Es sind zusätzliche 16m² für eine zweite Garderobe dazu gekommen.

Summe summarum empfiehlt die GPK nach dieser eingehenden Diskussion dem Parlament mit 6 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung dem Antrag des Gemeinderats zuzustimmen.

Parlamentspräsident Mathias Rickli hält fest, dass das Eintreten auf das Geschäft nicht bestritten wird.

Fraktionssprecher Dominic Amacher, FDP: Das Schulhaus Mengestorf hat sich während der letzten 12 Monate zu einem populären Thema entwickelt. Es macht den Finanzen und der Spez.Sek. schon beinahe Konkurrenz. Wir hoffen, wir können heute Nägel mit Köpfen machen, damit in der Akten Mengestorf endlich Klarheit herrscht und vom Parlament nicht weitere Verzögerungen und Kosten produziert werden.

Zuerst möchten wir der Verwaltung für diesen Informativen Bericht danken. Mit den verschiedenen Varianten und den dazugehörigen Fakten haben wir uns eine fundierte Meinung bilden können. Unserer Auffassung nach, ist der Auftrag vollumfänglich erfüllt worden. Es liegen verschiedene und unserer Meinung nach valable Varianten vor.

Unser Fazit bleibt gegenüber dem Vorjahr unverändert: Die FDP-Fraktion wird dem Gemeinderatsantrag einstimmig folgen. Dies aus folgenden Gründen:

- Die bauliche Notwendigkeit ist unbestritten.
- Die letzten Sanierungen wurden im Jahr 1978 ausgeführt.
- Die Infrastruktur entspricht nicht mehr den heutigen Ansprüchen.

- Wie mehrmals bestätigt und dokumentiert worden ist, bleiben die SuS-Zahlen stabil. Es sind in Mengestorf keine zusätzlichen Klassen notwendig.
- Ausserdem funktioniert der Austausch innerhalb der Schule Sternenberg auf allen Stufen gut.

Wir hörten es bereits von der GPK, dass beispielsweise die Tagesschule der Schule Sternenberg in Niederscherli ist. Die FDP steht weiterhin mit Überzeugung für das dezentrale Schulsystem ein. Es würde uns befremden, wenn hier wieder eine Diskussion zu den Bildungsstandorten lanciert werden würde. Die Schule Mengestorf ist genug herangenommen, beinahe schon geprügelt worden. Zum Glück sind die Leute in und um die Schule Mengestorf geduldig geblieben. Den Familien und den Mitarbeitenden dieser Schule gebührt deswegen ein ganz besonderer Dank.

Die Variante A erfüllt die erwähnten Anforderungen sehr gut und liegt in der Region der eingestellten Mittel im IAFP. Zusätzlich wird diese Variante von der Schule getragen, trotz Wunsch nach einem freistehenden Neubau. Und auch für die externen Nutzer, die Vereine, entstehen keine Nachteile. Die im Bericht aufgelisteten Vorteile sprechen für sich, insbesondere die Argumente „Schulbetrieb unter einem Dach“ und „geringere Betriebskosten“ konnten uns überzeugen. Die Varianten B sind schlicht und einfach zu teuer und sie sind voraussichtlich auch nicht bewilligungsfähig. Zudem wollen wir nicht auf Reserve bauen, denn Räumlichkeiten auf Vorrat zu bauen würde inklusive Projektierungskosten CHF 1.7 Mio. mehr kosten. Und diese Mehrkosten stehen definitiv nicht im Einklang mit unseren finanzpolitischen Zielen. Auch die im Bericht definierten Risiken dürfen bei dieser Variante nicht vergessen gehen. Ausserdem erachten wir es nicht zwingend als Nachteil, dass kein Reserveraum vorhanden ist. Man muss sich bewusst sein, dass ein Erweiterungsbau, so wie es in der Variante B vorgesehen ist, auch zu einem späteren Zeitpunkt immer noch realisiert werden kann. Vielleicht auch in einer anderen Form. Wir verbauen uns diesbezüglich im wahrsten Sinne des Wortes mit der Variante A noch nichts. Und an Ideen wird es auch künftig nicht scheitern. Die Varianten C und D standen bei uns eigentlich gar nicht zur Debatte, weshalb wir hier nicht näher darauf eingehen.

Ein Risiko sehen wir jedoch in der Kostengenauigkeit von +/- 25%. Wir befinden uns in der Vorprojektierungsphase. Diese grobe Kostenschätzung entspricht zwar im bauüblichen Ablauf, trotzdem bitten wir hier den Bauherrn - in diesem Fall die Gemeinde Köniz – die Anlagekosten von knapp CHF 3 Mio. einzuhalten. Idealerweise können auch die eingestellten Mittel eingehalten werden. Doch darüber können wir dann ja noch abstimmen. Die Zustände im Schulhaus Mengestorf sind eine Zumutung. Lassen wir die Leute nicht mehr länger warten und stimmen dieser vernünftigen Variante A zu, statt noch mehr Ärger und Kosten mit Machbarkeitsstudien zu generieren.

Die FDP wird dem Antrag des Gemeinderats folgen und der Variante A und dem Projektierungskredit einstimmig zustimmen.

Fraktionssprecherin Dominique Bühler, Grüne: Für die Grüne-Fraktion gehört das Vorgehen verschiedene Varianten sowie Vor- und Nachteile zu prüfen zu einer sorgfältigen Ausarbeitung eines Investitionsprojekts. Wir erwarten vom Gemeinderat, dass die Geschäfte sauber und transparent ausgearbeitet werden, um dem Parlament die Werkzeuge zu geben, Entscheide auf soliden Grundlagen zu treffen. Der Gemeinderat hat diese Aufgabe nun nachgeholt und dem Parlament gut dokumentierte Varianten vorgelegt. Wir danken dem Gemeinderat für die Ausarbeitung der verschiedenen Varianten zum Schulhaus Mengestorf, welche auch die Sicht der Schulleitung widerspiegelt. Für die Grüne-Fraktion ist es wichtig, dass sich die Sanierung des Schulhauses Mengestorf mit dem Bedarf an Schulraum und den pädagogischen Bedürfnissen decken. Wir sind allerdings weiterhin der Meinung, dass die vom Gemeinderat vorgeschlagene Variante A, den Schulraumbedarf in Mengestorf nicht deckt und einem modernen Unterricht nicht gerecht werden kann. Die Schule braucht mehr Platz, um sich entfalten zu können. Die Räume sind und bleiben klein. Der Schulraum im Untergeschoss ist qualitativ nicht hochwertig und es stellt sich weiterhin die Frage, ob genügend Platz für eine Tagesschule vorhanden ist, welche auch in Mengestorf wachsen wird. Die vorgeschlagene Variante A ist keine visionäre Lösung, sondern eher eine verpasste Chance. Ein Schulhaus wird teuer saniert, obwohl wir wissen, dass der Platzbedarf nicht gedeckt ist.

Die Grüne-Fraktion beantragt, dass der Gemeinderat nicht an der Variante A, sondern an der Variante B1.1 weiter arbeitet. Diese Variante deckt die pädagogische Bedürfnisse der Schule und ist genehmigungsfähig von Seiten Heimatschutz und seitens Bau- und Planungskommission. Der Weiler Mengestorf ist eine schöne Gegend. Generell zeichnet sich das ganze Einzugsgebiet der Schule durch stattliche Bauernhäuser, gepflegte Stöckli und durch idyllische Landschaft aus. Es wird aber auch gelebt in Mengestorf und darum ist es wichtig, dass auch für zukünftige Generationen Schulraum zur Verfügung steht.

Als letztes Wort: Wir sind weiterhin erstaunt, warum ein Zusatzaufwand entstanden ist und eine teure Machbarkeitsstudie veranlasst worden ist, um Varianten zu prüfen und Abklärungen zu treffen, welche

schon von Anfang an hätten in Betracht gezogen werden müssen. Wir fragen uns, warum solche Abklärungen, welche die Basis für tragfähige Entscheidungen sein müssten, nicht bereits vorhanden waren und aus einer Schublade gezogen werden konnten.

Parlamentspräsident Mathias Rickli: Ich bitte dich zu präzisieren, ob du einen Antrag gestellt hast. Wenn ja, müsste mir dieser noch schriftlich abgegeben werden.

Fraktionssprecher Mitte Fraktion, Lucas Brönnimann, glp: Besten Dank für diese tolle Auslegung dieser verschiedenen Varianten. Ich fand es sehr spannend für einmal die verschiedenen Varianten zu sehen und mich mit verschiedenen Arten und Blickwinkeln auseinander zu setzen. Die Vorteile der Variante A wurden von Sandra Röthlisberger anlässlich der letzten Beratung dieses Dossiers am 27. August 2018 ausführlich dargelegt. Darum erspare ich es mir, darauf weiter einzugehen und verweise vollumfänglich auf das entsprechende Protokoll. Ich beschränke mich deshalb auf die Nachteile der übrigen Varianten.

Variante B: Diese beinhaltet im Allgemeinen eine deutliche Vergrösserung des Raums. Dort spricht man von 50% mehr Raum bzw. von 100% mehr Raum für das kleine Schulhaus Mengestorf. Vor knapp 20 Jahren ging ich dort selber zur Schule. Wir waren noch 80 Schüler für dieselbe Grösse. Heute sind es 40 Schüler und es sind keine grossen Schwankungen beim Wachstum anzunehmen. Ich frage mich deshalb, weshalb ein heutiger Schüler dreimal oder bei Variante B2 gar viermal mehr Platz braucht, als ich damals. Dazu kommt, dass wir uns dort in der Landwirtschaftszone befinden und kein grosses Bevölkerungswachstum anzunehmen ist, insbesondere weil nicht mehr gebaut werden kann.

Variante C: Der Anbau bringt nicht viel. Zwar bringt er etwas mehr Raum, doch verteilt auf verschiedene Flächen, welche nicht spezifisch genutzt werden können. Die Nutzbarkeit des neu gewonnenen Raums ist also eher beschränkt.

Variante D: Die reine Sanierung gefällt mir zwar von den Kosten her, doch ich denke, dies wäre definitiv eine verpasste Chance, insbesondere, wenn das Dach schon an die Hand genommen wird, warum dann nicht auch gleich weiter gehen.

Die Mitte-Fraktion unterstützt deshalb den Antrag des Gemeinderats und setzt sich damit auch für die Variante A ein.

Ich habe aber noch zwei kleine Punkte, welche ich noch erwähnen möchte: Erstens habe ich mich bei der Vorbereitung dieses Geschäfts gefragt, wieso bei einer Schulhaussanierung die Kosten immer so viel höher sein müssen. Zweitens möchte ich mich noch gegen die Variante B1.1 stark machen, welche den Fussballplatz vor dem Schulhaus belegen würde, welche die belebte Zone des Dorfes und auch der Schüler ist. Dort trifft man sich zum Fussball spielen und der Platz ist vom ganzen Schulhaus im Grunde am meisten besetzt. Es wäre doch schade, genau dieses Dorfzentrum zu verlieren, welches man an anderen Orten so mühsam mit grossen Investitionen probiert aufzuwerten.

Fraktionssprecherin Cathrine Liechti, SP: Die SP-Fraktion dankt dem Gemeinderat für diese Vorlagen und für die verschiedenen Varianten, welche jetzt gut übersichtlich und transparent dargelegt sind. Die SP-Fraktion kann jetzt der Variante A zustimmen und damit dem Gemeinderat folgen.

Es ist jetzt ersichtlich, dass mit der Variante A eine gute Lösung vorliegt, welche mit dem Heimatschutz vereinbar ist, aber auch im Verhältnis zu den voraussichtlichen Schülerzahlen in Mengestorf steht. Die Sanierung des Schulhauses kann mit einer leichten Verbesserung der Raumsituation durchgeführt werden. Mit der möglichen Variante B1.1 ist der ganze Bedarf sogar noch ausbaufähig. Die SP-Fraktion wünscht sich in Zukunft vom Gemeinderat, dass gerade wenn es um Bauten und um Sanierungen von Schulhäusern geht, zuvor eine gesamtheitliche Schulraumplanung in der gesamten Gemeinde gemacht und ermittelt wird, welche pädagogischen, kulturellen aber auch finanziellen Aspekte im Vordergrund stehen. Die Schulstrategie sieht dezentrale Bildungsstandorte vor - was wir auch nicht in Frage stellen - welche für die Schülerinnen und Schüler viel Qualität bedeuten. Aber dabei muss man sich auch immer bewusst sein, dass dies auch viele teure Investitionen bedingt. Aus diesem Grund ist eine gesamtheitliche Planung bei solchen Geschäften umso wichtiger.

Fraktionssprecher Heinz Nacht, SVP: Wir waren uns nicht ganz einig mit dem Fraktionsvotum. Ich muss trotzdem noch kurz mitteilen, was die Fraktion der SVP hierüber diskutiert hat. Ich weiss, wir sind in der Minderheit und werden auch keine grossen Chancen haben. Doch eines muss trotzdem gesagt sein: Für uns ist es nicht einfach ein Nullsummen-Spiel resp. die gesamten Aufwände, welche wir und die Verwaltung betrieben haben, waren nicht für Nichts. Dominique Bühler hat es gesagt und wir werden sicherlich auch ihren Vorstoss unterstützen.

Etwas was mich selber, aber auch unsere Fraktion extrem geärgert hat ist, dass die Verwaltung sehr negativ zu allen anderen Ideen, welche gekommen sind gestanden ist. Es kommt mir vor, wie damals, als ich gebaut habe. Ich habe bisher einige Häuser gebaut und ich hatte immer dasselbe Problem gehabt, wenn ich mit meinen Ideen zur Verwaltung ging: Immer hiess es zuerst „Herr Nacht, das geht primär nicht“. Und da musste ich mich immer etwas auf die Hinterbeine stellen, was ich mir gewohnt bin. Doch bei einer Gemeinde ist dies etwas komplizierter. Doch mir tut es im Herzen extrem weh, wenn unsere Verwaltung einfach von Anfang an nur das Negative bei den Projekten mit den Nebenbauten sieht.

Ich möchte zu den Kosten sagen, dass diese Nebenbauten klar mehr Geld kosten. Doch vergleichen wir mal, was wir jetzt für dieses kleine Schulhaus verbuttern. Und setzt mal die Kosten welche für den Mehrplatz im Ried investiert werden ins Verhältnis zu den Kosten, welche hier mit gut einer Million mehr geschaffen würde. Es wurde gesagt, man schaffe Platz auf Vorrat. Wir haben dieses Gefühl eigentlich nicht. Wenn man die Botschaft zu Ende gelesen hat, dann sieht man, dass wenn man die Kinder und Lehrer der Schule Mengestorf fragt, diese es begrüsst hätten, wenn sie etwas mehr Platz erhalten würden. Wie gesagt, die Kosten liegen im Verhältnis für das, was man erhält. Von Seiten der SVP daher einfach die Enttäuschung, dass die Verwaltung extrem negativ reagiert und aus unserer Sicht beinahe schon eine Verweigerung macht, andere Ideen überhaupt aufzunehmen.

Wie bereits gesagt, unterstützen wir den Vorschlag von Dominique Bühler und werden dort so gut wir können, weiter kämpfen.

Adrian Burren, SVP: Sandra Röthlisberger hat es im vorherigen Geschäft ZPP Grünuu schön gesagt: In der Zusammenarbeit mit der Denkmalpflege und dem Heimatschutz ist vieles möglich, man muss nur wollen. Und dies ist etwas, welches wir in diesem Geschäft etwas vermissen. Man will überhaupt keine anderen Sachen.

Noch kurz zu Lucas Brönnimann: Es sind derzeit 81 Schüler an der Schule und nicht nur 40.

Wir diskutieren hier über ein Schulhaus. Wie es der Name sagt, ein Haus für die Schule. Es liegt in einer Zone für öffentliche Nutzung. Das Gebäude wurde vor 100 Jahren gebaut, um zeitgemäss Kinder zu unterrichten. Es wurde einfach zu klein, denn wir sitzen nicht mehr in einer Bankreihe, wie dies bei meiner Grossmutter noch der Fall war. Wir brauchen mehr Platz als früher. Warum fragen wir nicht grundsätzlich diejenigen, welche das Schulhaus brauchen? Nämlich die Kinder und Lehrer? Nein, wir fragen den Heimatschutz, das Bauinspektorat, die Excel Tabelle mit den Geburtsjahrgängen und anderes. Wir denken in Monaten und Jahren und nicht in Jahrzehnten oder Jahrhundert. Warum kann man nicht wie früher, wie vor 100 Jahren, als das alte Schulhaus gegenüber der Strasse zu klein wurde – auch das war früher bereits der Fall – ein modernes zeitgemässes Schulhaus bauen? Hell, mit grossen Räumen, grosszügig und langlebig und intelligent. Das muss man 100 Jahre später eingestehen, es wurde intelligent gebaut. Vor 100 Jahren waren die Bauernhöfe in Mengestorf auch nur 100 Jahre weniger alt. Sie waren damals schon alle über 200 Jahre alt. Also hat man vor 100 Jahren in ein altes Dorf einen monumentalen, modernen Bau erbaut. Man hat nicht auf eine Excel-Tabelle geschaut, auf den Heimatschutz, auf das Bauinspektorat, sondern man hat in erster Linie geschaut, was wollen die Schüler und was haben diese für Bedürfnisse. Heute sagt die Excel-Tabelle, dass es ausreichen sollte, dass wenn man unten im Boden und unter dem Dach herausholt, was gerade möglich und nötig ist. Das nenne ich „Hand in den Mund-Strategie“. Dies ist selten über Dekaden nachhaltig und auch langfristig nicht günstiger. Was ist, wenn neue Erkenntnisse, neue Bedürfnisse kommen, von welchen wir heute noch gar nichts wissen? Mir fehlt in diesen Diskussionen immer der Gedanke an die Schüler und an die Zone. Warum will man den Schülern ihren heissgeliebten Hartplatz nehmen? Weil der Heimatschutz offenbar wichtiger ist als das Kind. Warum ist es ein Tabu, ein Biotop oder Teile davon zu Schulraum umzufunktionieren? Es handelt sich hier um kein Naturschutzgebiet? Es ist eine Zone für öffentliche Nutzung. Und das Biotop steht noch nicht einmal ein Vierteljahrhundert. Hat denn die zeitgemässe Schulform in Mengestorf weniger wert? Warum bauen wir nicht wie früher vor 100 Jahren? Modern, zeitgemäss, hell mit grossen Räumen? Nicht teuer wie im Ried, wo sich einige Architekten austoben konnten. Haben diese dort in erster Linie an die Schüler gedacht? Oder eher an ihr eigenes Ego? Ich bin gespannt, ob dies funktioniert und in 100 Jahren noch funktional sein wird, wie unser Dorfschulhaus in Mengestorf. Wir müssen nicht teuer bauen – das kann jeder. Wir müssen hier intelligent, nachhaltig, zeitgemäss bauen und auch endlich beginnen, so zu denken.

Ich habe noch eine Frage an Gemeinderat Thomas Brönnimann: Er soll mir doch bitte erklären, wie die Umzäunung des Sportplatzes in die freie Landschaftskammer passt. Denn wenn wir einen Zaun aufstellen müssen, welcher über 2m hoch ist, ist dies ein Bauwerk und benötigt eine Baubewilligung. Und dann ist dies nicht mehr eine freie Landschaftskammer. Dies wurde in der Ortsplanungsrevision so definiert und ich verstehe diesen Satz nicht, dieser ist wohl noch wichtig.

Sandra Röthlisberger, glp: Das Variantenstudium hat erhärtet, dass die Variante A die beste Lösung ist. Das Dossier bietet denn auch ein sehr umfassendes Argumentarium. Auch die Begehung am 8. August hat dieses Bild bestätigt. Dass auch mit dieser Variante ein zeitgemässer Schulbetrieb durchaus möglich ist, hat uns Schulleiter Samuel Meier vor Ort bekräftigt.

Ich möchte einzelne Punkte zum Bauvorhaben aus meiner Sicht noch ergänzen, ohne mein Votum nochmals zu halten: Der ausgebaut Dachraum bietet zwar nur unwesentlich mehr Nutzfläche, die Öffnung des Dachraumes macht den Raum jedoch sehr grosszügig und vielseitig nutzbar. Hohe Räume haben zudem eine deutlich höhere Personenauslastung. Die Nutzfläche ist also nicht alleine massgebend. Schon heute sind die Lehrkräfte angehalten, die Räumlichkeiten mehrfach zu nutzen. Wir haben dies vor Ort gesehen, diese machen das sehr gut. Das ist aber per se kein Nachteil. Dies sollte bei allen teuren Infrastrukturen die Regel werden. Das Schulhaus bleibt in seiner Kompaktheit erhalten. Die Lebenszykluskosten sind bei einem kompakten einheitlichen Baukörper geringer, als wenn eine Anlage mit verschiedenen Schulhaustypen unterhalten werden muss. Die Anlagekosten sind doch nur rund ein Drittel der Kosten über die Lebensdauer in 40 Jahren. Und noch ein Wort zum historischen Umfeld: Die Fachgremien der Denkmalpflege sowie der beratende Heimatschutz beurteilen die gebaute Umwelt und Bauvorhaben im historischen Kontext nach qualitativen Kriterien. Die Grundlage bildet das Natur- und Heimatschutzgesetz und kantonale Regelwerke. Der frühzeitige Einbezug der Fachstellen beugt bösen Überraschungen im Baubewilligungsverfahren vor. Bei den Varianten mit Neubauvolumen muss man mit den vorliegenden Stellungnahmen, das Verfahrensrisiko als erheblich einschätzen. Volumen, Landschaft und Setzung spielen bei der Beurteilung entscheidende Rollen. Bedarf und Nutzung sind in dieser Beurteilungshierarchie tatsächlich zweitrangig. Dennoch sehen wir bei der Variante A, dass ortsbauliche Qualität und hohe Nutzbarkeit vereinbar sind. Ich bitte in diesem Sinne, dem Projektierungskredit mit der Variante A zuzustimmen.

Thomas Brönnimann, Gemeinderat: Es ist knapp ein Jahr vergangen, seit wir dieses Geschäft hier in diesem Rahmen diskutiert haben und ihr dieses dem Gemeinderat mit Auflagen zurückgewiesen habt. In der Zwischenzeit hat meine Direktion, konkret die Abteilung Gemeindebauten, nach bestem Wissen und Gewissen Varianten entwickelt, geprüft und bewertet und diese dem Gemeinderat vorgelegt, welcher sich wiederum nach bestem Wissen und Gewissen seine Meinung gebildet hat. Ihr seht nun das Resultat. Wir kommen wiederum zum gleichen Antrag, wie vor einem Jahr.

Ich danke der FDP-Fraktion, der Mitte-Fraktion und der SP-Fraktion für die gute Aufnahme des Geschäfts und ihre Würdigung.

Der Fraktionssprecherin der Grünen, Dominique Bühler, muss ich mitteilen, dass der Gemeinderat primär Realpolitik betreibt und wir die visionären Lösungen und deren Finanzierung gerne euch Parlamentarierinnen und Parlamentarier überlassen. Ihr wisst haargenau, dass wir, was das Budget angeht, mitten in der Aufgabenüberprüfung und in einer Investitionspriorisierung sind. Daher ist es natürlich selbstverständlich, dass wir nebst dem Einzelprojekt auch immer die Gesamtsicht würdigen müssen. Und da ist es nun halt Tatsache, dass dort nach der heutigen Prognose weder ein Ausbau mit Tagesschule drin liegt noch eine Aula oder ähnliche Wünsche. Und es ist zwar nett gemeint, die Lehrer und die Kinder zu fragen, doch dies überlassen wir doch lieber Weihnachten, um die Kinder zu fragen was sie sich wünschen. Denn hier übernehmen wir als Politiker unsere Verantwortung und konzentrieren uns auf das Machbare und nicht auf irgendwelche wünschbaren Visionen und Luftschlösser, welche dann halt eben Luftschlösser bleiben. Wir wollen Nägel mit Köpfen machen.

Ich nehme auch gleich Stellung zum Antrag der Grünen: Aus meiner Sicht ist es im Moment nicht opportun, dass Projekt B1.1 weiter zu verfolgen. Allenfalls äussert sich dann noch mein Gemeinderatskollege Hans-Peter Kohler dazu. Rein vom Projekt her würde dieses, falls sich unsere Prognose bezüglich Schülerzahlen als falsch erweisen würde, auch in Zukunft möglich bleiben. Wir verbauen uns da nichts. Doch aktuell ist es nicht opportun, dies weiter zu verfolgen, weshalb ich mich da aus Sicht des Gemeinderats getraue zu sagen, dass dieser Antrag abgelehnt werden sollte.

Ich komme zur Kritik aus Teilen der SVP-Fraktion und vom Einzelsprecher Adrian Burren: Würde sich die Kritik nur an mich richten, dann könnte ich diese wohl unkommentiert an mir abprallen lassen und würde sagen „weiterarbeiten und nach vorne schauen“. Da sich diese Kritik aber auch an die Verwaltung richtet, muss ich hier doch unmissverständlich festhalten, dass diese Kritik unfundiert ist und jeglicher Grundlage entbehrt. Bei den Bemerkungen von Adrian Burren würde ich sogar das Wort in den Mund nehmen, dass dies polemische Bemerkungen sind und ich es bedauere, dass diese im Könizer Parlament so gemacht werden. Ich glaube die Unterlagen, welche wir euch geliefert haben, zeigen, dass wir den Auftrag des Parlaments sehr ernst genommen haben und gerade auch, weil wir uns dem Vorwurf, wir würden dies nur auf unsere Mühle prüfen, verwehren wollten. Wir waren

dadurch auch gezwungen, einen Teil der Machbarkeitsstudien extern zu vergeben. Hinzu kommt noch, dass meine Abteilung Gemeindebauten mit all den laufenden Projekten sowieso ziemlich am Limit läuft.

Ich komme zum Schluss: Danke nochmals, ich glaube, es hat sich trotzdem gelohnt, auch wenn hier die Exekutive und das Parlament etwas miteinander gerungen haben. Ich nehme aus diesem Dialog das Positive heraus. So können wir nämlich nach bestem Wissen und Gewissen über ein gut fundiertes Projekt entscheiden. Ob dies nun heisst, dass wir in Zukunft bei weiteren Projekten so viele Varianten werden bringen müssen, nur damit ihr so umfassende und vertiefte Entscheidungsgrundlagen auf Stufe Parlament habt, das ist eine Frage, welche ich zumindest offen lassen möchte. Das müsst ihr in euren Fraktionen diskutieren, denn das kostet natürlich auch immer etwas. Und andere Projekte sind in der Pipeline, wie zum Beispiel das alte Schulhaus Schliern, der Ausbau Tagesschulbedarf und das Projekt Oberwangen. Die Verwaltung wäre vermutlich durchaus bereit, dies zu leisten oder mit externen Aufträgen zu organisieren, doch es ist dann schon eine Abwägung, wie wir dies im Sparkontext handhaben wollen.

Zuletzt noch die Frage von Adrian Burren wegen diesem Zaun: Dazu kann ich nur so viel sagen, dass es diesen Zaun aus praktischen Gründen braucht.

Hans-Peter Kohler, Gemeinderat: Ich ergänze gerne noch etwas: Es ist so, dass diese Schulraump lanung und die Schülerzahlen ein kontinuierlicher Prozess ist, welchen wir konstant machen und mit welchem wir in der Verwaltung auch entsprechende Erfahrungen haben. Selbstverständlich könnte man sich auch einmal täuschen, aber dort, wo wir keine Anhaltspunkte haben, dass sich die Schülerzahlen in nächster Zeit verändern, ist es natürlich auch unsere Pflicht, darauf hinzuweisen. Wir wissen wo wir stehen, doch dies ist nicht wegen der Finanzen so entschieden worden, sondern die Planung der Schülerzahlen und des Schulraums wird überall genau gleich gehandhabt. Wir haben in Mengestorf nichts anderes angewendet. Doch wenn wir sehen, dass es nicht wahrscheinlich ist, dass mehr Schulraum benötigt wird, dann können wir nicht einfach mehr Schulraum bauen. Das wäre unverantwortlich, jedoch nicht nur wegen der Finanzen. Ich war auch froh um den Hinweis betreffend die Mehrfachnutzung, welche bereits heute gemacht wird. Das Ganze ist eine Dauerplanung und wir sind da dran und hoffen, dass wir uns nicht täuschen.

Dominique Bühler, Grüne: Vielen Dank an Thomas Brönnimann für seine Ausführungen. Doch irgendwie ist meine letzte Frage, welche ich gestellt habe, immer noch nicht ganz beantwortet. Ich habe etwas provokativ gefragt, weshalb diese Varianten nicht aus einer Schublade heraus gezogen werden konnten, als wir diese verlangt haben. Diese Frage steht für mich immer noch im Raum. Warum werden bei der Planung solcher Investitionsprojekte solche Varianten nicht ausgearbeitet und mittels einer simplen Excel-Tabelle mit Vor- und Nachteilen aufgelistet?

Adrian Burren, SVP: Ich muss meine Polemik auch nochmals etwas verteidigen. Natürlich habe ich bewusst so argumentiert. Die Schule Mengestorf hätte 500m² mehr Schulraum zu Gute, wenn sie neu gebaut würde. Bis im letzten Jahr - korrigiert mich, wenn dies nicht so stimmt – stand im Schulraumkonzept, dass die Schule keinen nennenswerten Schulraum braucht. Und jetzt plötzlich sagen alle, es ist zu eng, es ist zu klein. Vor einem Jahr waren wir die einzigen, welche dies gesagt haben. Dass wir jetzt so argumentieren und etwas wollen, was langfristig Sinn macht, gescheit ist und nicht einfach nur das Minimum gegeben wird, weil nicht allzu laut danach verlangt wird, dass stört uns. Wir hätten 500m² mehr zu Gute, das ist eine Tatsache.

Noch zu diesem Zaun: Natürlich ist dieser notwendig, das ist uns bewusst. Doch meine Frage war klar: Gehört ein Fussballplatz mit einer 5m hohen Umzäunung zur freien Landschaftskammer, wie dies im Bericht beschrieben ist? Denn das Gebäude, welches südlich des Hauptgebäudes geplant wäre, sei eine Störung in der freien Landschaftskammer. Das Gebäude steht vor dem Fussballplatz, wo der Zaun wesentlich weiter hinaus ragt, als dieses Gebäude. Deshalb ist es für uns wichtig, ob dieser Zaun zur freien Landschaftskammer zählt oder nicht.

Thomas Brönnimann, Gemeinderat: Ich entschuldige mich bei Dominique Bühler, dass ich auf diese Frage keine Antwort gegeben habe. Die Antwort ist relativ einfach: Diese Schublade, in welcher diese Varianten drinnen sind, gibt es nicht. Gerade hier hat es sich gezeigt, dass die Ausarbeitung solcher Varianten einen beträchtlichen Aufwand mit sich bringt. Ich habe es gesagt, das Parlament und die Fraktionen können darüber diskutieren, welche Varianten- und Ausarbeitungsstandard sie wollen, um über ein Geschäft entscheiden zu können. Wir können dies liefern.

Ich glaube aber nicht, dass es nur Zufall oder Glück war, dass ein erfahrener Abteilungs- und Projektleiter diese Variante vorgeschlagen hat, welche heute erneut beantragt wird. Er hatte sicherlich schon damals in seinem Kopf gewisse Sachen durchdacht, welche jetzt zu Papier gebracht, bewertet und für welche nun Pläne gezeichnet wurden. Da ist wohl einfach viel Expertisen- und Erfahrungswissen eingeflossen. Dies hat dazu geführt, dass wir bereits im ersten Antrag dasselbe Projekt beantragt haben, welches wir auch heute als Gemeinderat vorschlagen. Ob man dadurch darauf schliessen kann, dass wir euch in Zukunft immer solche Unterlagen liefern, das ist an euch zu diskutieren. Das muss ich offen lassen. Aber eine solche Schublade, die gibt es nicht. Solche Arbeiten muss man zuerst leisten und dabei stellt sich die Frage, ob diese sich lohnen oder ob die Richtung eines Projekts nach einer ersten Experteneinschätzung von Fachleuten auf der Hand liegt.

Noch zur Frage betreffend der freien Landschaftskammer: Da muss ich mit einem Schmunzeln sagen, dass ich nicht freier Landschaftskammer-Experte bin. Ich kann diese technische Frage nicht beantworten. Man müsste diese den entsprechenden Fachleuten stellen. Dies wären dann wohl wieder jene, welche in der Direktion von Christian Burren sind. Vielleicht möchte er noch etwas sagen. Ich selber kann dazu nicht mehr sagen, glaube aber, dass diese Frage für den Antrag nicht matchentscheidend ist.

Dominique Bühler, Grüne: Ich danke Thomas Brönnimann nochmals für seine Ausführungen. Ich möchte noch sagen, dass es zwar schön ist, dass ihr einen sehr erfahrenen Abteilungsleiter habt, doch auch diese Personen werden pensioniert. Und vielleicht wäre es nicht so schlecht, wenn man sich eine solche Schublade anschaffen würde.

Und was ich noch sagen wollte und vergessen habe ist, dass Sandra Röthlisberger noch darauf hingewiesen hat, dass es gemäss Schulleiter genügend Schulraum habe. Das ist so, das hat er nicht sehr enthusiastisch so gesagt. Auch wurde mehrmals gesagt, dass man es sich im Schulhaus Mengestorf *einrichten könne*. Also, dass man mit der Variante A genügend Schulraum habe, um sich einzurichten. Ich habe mich gefragt, dass wenn beispielsweise in Wabern gesagt worden wäre, „wir Schulleiter können es uns *einrichten*“, ob dies dann genau gleich aufgenommen worden wäre, wie in Mengestorf?

Adrian Burren, SVP: Ich beantrage einen Sitzungsunterbruch.

Adrian Burren, SVP: Die SVP-Fraktion stellt den Antrag, dass man die Variante B1 zur Abstimmung bringt. Die Variante mit einem Neubau auf dem anscheinend freien Landschaftskammern-Areal hinter dem 5m hohen Maschendrahtzaun.

Thomas Brönnimann, Gemeinderat: Nur noch ganz kurz. Das was ich für den Antrag B1.1 gesagt habe, das gilt auch für diesen Antrag. Hier kommt noch hinzu, dass es gemäss allen Einschätzungen eine Tatsache ist, dass bei dieser Variante die Einsprache des Heimatschutzes nahezu garantiert wäre. Und Adrian Burren hat es in seinem Votum ja selber gesagt, dass diese Variante ein Prozessrisiko beinhaltet und da der Gemeinderat diese Variante sowieso nicht möchte, empfehle ich euch, auch diesen Antrag abzulehnen.

Beschluss

Dem Antrag auf Sitzungsunterbruch wird zugestimmt.
(Abstimmungsergebnis: 18 dafür, 11 dagegen)

Beschluss

1. Bei der Gegenüberstellung der Anträge obsiegt der Projektierungskredit von CHF 220'000 für die Sanierung und den Ausbau nach Variante A.
(Abstimmungsergebnis: 24 Stimmen für Variante A, 9 Stimmen für Variante B1, 5 Stimmen für Variante B1.1. Das absolute Mehr beträgt 20 Stimmen.)
2. Für das Schulhaus Mengestorf Sanierung und Ausbau, Dachstock und Sockel im Untergeschoss (Variante A), wird ein Projektierungskredit von CHF 220'000 (inkl. MwSt. zuzüglich allfälliger Teue-

rung) zu Lasten Konto Nr. 3750.5040.1500 „Schulhaus Mengestorf Sanierung und Ausbau“ bewilligt.
 (Abstimmungsergebnis: einstimmig)

PAR 2019/74

Niederwangen, Stegenweg, Wasserleitungersatz und Teilstrassensanierung

Kredit; Direktion Umwelt und Betriebe und Direktion Planung und Verkehr

Dem Parlament werden mit diesem Geschäft zwei Kreditbeschlüsse von CHF 132'000.00 zu Lasten der Spezialfinanzierung Wasser und CHF 138'000.00 zu Lasten dem steuerfinanzierten Individualverkehr unterbreitet. Da beide Kredite im Strassenabschnitt am Stegenweg in Niederwangen investiert werden und in einem engen Zusammenhang stehen, sind sie in einem Kredit von CHF 270'000.00 zu bewilligen. Diese Summe liegt im Kompetenzbereich des Parlamentes.

1. Ausgangslage

1.1. Wasserleitungersatz

Die bestehende Graugusswasserleitung im Strassenabschnitt Stegenweg 1 bis 15 in Niederwangen stammt aus dem Jahr 1949. Auf dem Leitungsabschnitt von ca. 110 m ereigneten sich in den letzten 20 Jahren drei Defekte. Zusammen mit dem Alter und Material der Leitung ergibt sich daraus nach dem Planungsinstrument der Wasserversorgung „Erneuerungsplanung öffentliches Leitungsnetz“ (2015) für den betroffenen Leitungsabschnitt die erste Sanierungspriorität. Diese Priorität löst einen Ersatz innert weniger Jahre aus. Aufgrund der grossen Zahl an diesem Leitungsabschnitt Betroffenen sollte der Ersatz vor weiteren Defekten realisiert werden.

1.2. Teilstrassensanierung

Beim Stegenweg in Niederwangen handelt es sich um eine Quartierstrasse, sie erschliesst eine grössere Anzahl von Wohnhäusern im nordöstlichen Teil von Niederwangen. Der Strassenzustand ist gemäss dem Managementsystem „Logo“ im betroffenen Perimeter kritisch bis schlecht. Mit dem Wasserleitungersatz und den entsprechenden Strassenaufbrucharbeiten ergibt sich die Möglichkeit, kostenoptimiert den gesamten Belag und wo erforderlich die Fundation zu erneuern. Eine Planübersicht zum Projektperimeter findet sich in der Beilage.

1. Projekt

1.1. Wasserleitungersatz

Von der Kreuzung Stegenweg / Wangentalstrasse / Hallmattstrasse bis auf Höhe der Liegenschaft Stegenweg 15 werden ca. 110 m Graugussleitung aus dem Jahr 1949 ersetzt. An beiden Seiten ist der betroffene Leitungsabschnitt mit Leitungen jüngerer Datums verbunden. Die bestehende Wasserleitung weist einen Innendurchmesser von 150 mm (DN 150) auf, was den hydraulischen Berechnungen zufolge nicht mehr angemessen ist. Somit wird die neue Leitung mit einem Innendurchmesser von 125 mm verlegt.

An den betroffenen Leitungsabschnitt sind drei Hausanschlüsse angeschlossen, von denen bereits zwei neueren Datums sind. Ein älterer Hausanschluss aus dem Jahr 1949 wird im Rahmen des Projektes auf öffentlichem Terrain ersetzt. Mit den Liegenschaftsbesitzern der angrenzenden Parzelle ist die Wasserversorgung in Kontakt um einen eventuellen Leitungersatz der privaten Wasserleitung auf privatem Terrain (mit Kostendeckung durch die Eigentümer) zu klären. Am zu ersetzenden Leitungsabschnitt wird ein älterer Hydrant ersetzt.

Die Lage der neuen Leitung entspricht grundsätzlich der heutigen. Die drei daran angeschlossenen Gebäude werden während der Bauzeit mittels Anschlussprovisorien versorgt.

1.2. Teilstrassensanierung

Im Sanierungsperimeter weist die Strasse eine Breite zwischen 5.30 und 5.60 m auf, der Abschnitt ist mit einem Fahrverbot für Motorwagen belegt. Die Verkehrsbelastung ist mit gut 400 Fahrzeugen pro Tag gering. Nach dem Strassenaufbruch, verursacht durch den spezialfinanzierten Wasserleitungersatz, wird eine Fahrbahnfläche von rund 250 m² vom Werkeigentümer mit neuem Belag versehen. Mit dem vorgelegten Kredit zur Strassenerneuerung soll die verbleibende Strassenfläche von rund 630 m² im gleichen Zug mit neuem Belag überzogen werden. Damit können die Synergien, welche sich durch den Leitungersatz ergeben, optimal genutzt werden. Wo nötig werden die Fundation sowie die Randabschlüsse erneuert. Insbesondere beim Fundationsersatz wird situativ entschieden, wo ein solcher erforderlich ist. Bei den Kostenberechnungen wurde von einem Bedarf von rund 450 m² ausgegangen. Bei den Randabschlüssen wird mit einem Ersatz von rund 150 m gerechnet. Können diese Arbeiten wie geplant ausgeführt werden, kann in diesem Abschnitt mit einer Lebensdauer des Belages von 20-30 Jahren gerechnet werden.

1.3. Drittprojekte

Bei verschiedenen Werkleitungseigentümern (DZ Abwasser, BKW, upc, Swisscom) wurde der jeweilige Sanierungsbedarf im Stegenweg abgefragt. Im Rahmen der Projektkoordination ergab sich das hier beschriebene Projekt, bei dem sowohl die Strasse als auch die Trinkwasserleitung erneuert werden.

2. Finanzen

2.1. Wasserleitungersatz

Für den Wasserleitungersatz ist gemäss Kostenvoranschlag des Ingenieurbüros mit folgenden Kosten zu rechnen:

Tiefbauarbeiten	CHF	80'000.00	
Materialkosten für Leitungen und Armaturen	CHF	20'000.00	
Ingenieurhonorar	CHF	18'000.00	
Baunebenkosten	CHF	2'000.00	
Unvorhergesehenes/ Reserve ca. 10%	CHF	12'000.00	

Total exkl. MWST **CHF 132'000.00**

Die Rohrlegearbeiten werden von der Wasserversorgung in Eigenleistung ausgeführt. Die Genauigkeit des Kostenvoranschlags ist mit $\pm 10\%$ angegeben. Preisbasis für den Kostenvoranschlag ist Februar 2018. Eine allfällige Teuerung müsste aufgerechnet werden.

Die Spezialfinanzierung Wasser rechnet die Mehrwertsteuer effektiv ab. Der Kredit wird exklusive MWST beantragt, da die anfallende MWST von ca. CHF 10'000 als Vorsteuerabzug geltend gemacht und nicht dem Kredit belastet wird. Die Finanzierung erfolgt über die reglementarischen Gebühren resp. aus der Spezialfinanzierung Wasser.

Im aktuellen Investitionsplan sind für den Wasserleitungersatz im Stegenweg die Beträge von CHF 30'000.00 für das Jahr 2019 und CHF 150'000.00 für das Jahr 2020 eingestellt.

2.2. Teilstrassensanierung

Für die Teilstrassensanierung ist gemäss Kostenvoranschlag des Ingenieurbüros mit folgenden Kosten zu rechnen:

Baukosten	CHF	90'000.00	
Ingenieurhonorar	CHF	16'000.00	
Baunebenkosten	CHF	10'000.00	
Unvorhergesehenes/ Reserve ca. 10%	CHF	12'000.00	

Total	CHF	128'000.00	
MWST 7.7% gerundet	CHF	10'000.00	

Total inkl. MWST **CHF 138'000.00**

Im aktuellen Investitionsplan ist für das Jahr 2020 in der Kontengruppe 2420. Individualverkehr ein Betrag von CHF 100'000.00 und 2021 ein Betrag von CHF 40'000.00 eingestellt.

2.3. Beantragter Kredit, Zusammenstellung

Teilkredit Wasserleitungersatz exkl. MWST	CHF	132'000.00
Teilkredit Teilstrassensanierung inkl. MWST	CHF	138'000.00
Gesamtkredit	CHF	270'000.00

3. Folgen bei Ablehnung

3.1. Wasserleitungersatz

Auf dem zu erneuernden Leitungsabschnitt aus dem Jahre 1949 ereigneten sich in der Vergangenheit überdurchschnittlich viele Defekte. Aufgrund der ersten Sanierungspriorität, und insbesondere der erhöhten Defekthäufigkeit besteht das Risiko, dass auch in Zukunft vermehrt Schäden auftreten, wenn die Leitung nicht ersetzt wird. Schäden führen zu hohen Betriebskosten, verursacht durch Piketteinsätze, Wasserverluste und Reparaturarbeiten. Wegen des Gefälles der Strasse muss zudem mit einem grossen Schadensausmass bei einem Defekt gerechnet werden. Die Defektanfälligkeit stellt ausserdem die Versorgungssicherheit in Frage und tangiert die Anwohnenden über die Zumutbarkeit.

3.2. Teilstrassensanierung

Wie bereits erwähnt, können die sich ergebenden Synergien mit dem entstehenden Strassenaufbruch durch den Wasserleitungersatz nicht genutzt werden. Es entstehen am Stegenweg zwei Fugen auf einer Länge von rund 110 m, welche den alten mit dem neuen Belag mittels Fugenband verbinden. Nach rund 5-10 Jahren muss dieses Fugenband ausgegossen werden, da sonst Wasser und Salz in die tieferen Schichten gelangen und dort Schaden anrichten kann. Aufgrund des schlechten Belagzustandes wird der verbleibende Belag mit weit höheren Kosten zu einem späteren Zeitpunkt ersetzt werden müssen.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Parlament, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Für das Projekt Niederwangen, Stegenweg, Wasserleitungersatz und Teilstrassensanierung wird ein Gesamtkredit von CHF 270'000.00 (zuzüglich allfälliger Teuerung) bewilligt. Der Kredit setzt sich zusammen aus:
 - Teilstrassensanierung (steuerfinanziert): Kredit von CHF 138'000.00 (inkl. MWST, zuzüglich allfälliger Teuerung) zu Lasten Konto 2420.5010.0651 (Niederwangen, Stegenweg, Teilstrassensanierung).
 - Wasserleitungersatz (spezialfinanziert): Kredit von CHF 132'000.00 (exkl. MWST, zuzüglich allfälliger Teuerung) zu Lasten Konto 5550.5031.4651 (Niederwangen, Stegenweg, Wasserleitungersatz).

Köniz, 03.07.2019

Der Gemeinderat

Beilagen

- 1) Orthofoto mit Projektperimeter 1:2'000
- 2) Folgekosten Wasserleitungersatz
- 3) Folgekosten Teilstrassensanierung

Diskussion

GPK-Referent Roland Akeret, GLP: Es geht um die Wasserleitung am Stegenweg zwischen den Hausnummern 1 und 15, welche in einem sehr schlechten Zustand ist. In den vergangenen 20 Jahren musste diese Leitung dreimal repariert werden. Im gleichen Perimeter ist aber auch die Strasse sanierungsbedürftig. Sie ist in einem sehr schlechten Zustand. Darum sollen nun die Leitung und die Strasse gemeinsam saniert werden. Für die sanierte Leitung wird mit einer Lebensdauer von 80 Jahren gerechnet. Der Strassenbelag soll schlussendlich 20 bis 30 Jahre halten. Würde nur die Leitung repariert, gäbe es zwischen dem bestehenden schlechten Belag links und rechts vom Reparaturstreifen 210m lange Fugenbänder. Diese müssten alle 5 bis 10 Jahre wieder saniert werden und die eh schon schlechte Strasse würde mit einem zusätzlichen Flickern garniert.

Für die gleichzeitige Realisierung der Projekte spricht aber auch, dass ein Teil der Strassensanierung schlussendlich über den Wasserleitungersatz finanziert wird. Der Gemeinderat beantragt deshalb auch, beides, also die Sanierung der Wasserleitung und der Strasse, in einem Gesamtkredit über CHF 270'000 zu bewilligen. Für die Teilsanierung der Strasse sind steuerfinanziert CHF 138'000 inkl. MWST vorgesehen. CHF 132'000 soll der Wasserleitungersatz kosten. Dieser Betrag wird über die Spezialfinanzierung Wasser abgerechnet. Beide Beträge sind im Investitionsplan eingestellt. Die GPK empfiehlt einstimmig, dem Antrag des Gemeinderats zuzustimmen.

Nun noch etwas Kleines: Heute ist das Wort Excel mehrmals gefallen und ich habe mir angewöhnt, immer wenn ich eine Excel Tabelle vor mir habe, prüfe ich die Plausibilitäten. Und so habe ich auch die beiden Anhänge angeschaut und die Zahlen miteinander verglichen. Doch ich habe es nicht auf die Reihe gekriegt. Schlussendlich hat sich herausgestellt, dass bei der Teilsanierung irgendwie noch zeitliche Abgrenzungen enthalten sind, welche nicht ersichtlich waren. Daher meine Bitte an die Verwaltung und an den Gemeinderat: Gestaltet doch diese Tabellen so, dass man solche Abgrenzungen von Anfang an sieht. Und dann – und das mag jetzt kleinlich wirken – komme ich noch zu den Ansätzen der Zinsberechnungen. Denn diese sind nur auf eine Stelle genau dargestellt. Rechnet man hier wieder, dann ergeben sich wiederum Differenzen. Wären die Zahlen auf zwei Stellen genau aufgeführt, wäre der Betrag in den meisten Fällen auf einen Blick nachvollziehbar.

Parlamentspräsident Mathias Rickli hält fest, dass das Eintreten auf das Geschäft nicht bestritten wird.

Fraktionssprecherin Iris Widmer, Grüne: „Logisch“ denkt man zuerst, wenn man dieses Geschäft liest. Wasserleitungen müssen ersetzt werden und dann sanieren wir doch auch gleich noch die Strasse. Das Strassenmanagementsystem Logo verlangt dies ja auch so, denn dieses diagnostiziert ja einen kritischen bis schlechten Strassenzustand. *Nein* sagt die grüne Fraktion zu dieser als zwangsläufig dargestellten Logik. Auch wenn das System dies so sagt, so muss man doch immer noch in der Realität schauen, wie der Strassenzustand tatsächlich ist und wie die Verhältnisse im konkreten Fall wirklich sind. Eine Delegation von uns hat die Strasse besichtigt und diese scheint in einem guten Zustand zu sein, auf jeden Fall nicht schlechter, als andere Quartierstrassen. Hier muss man bedenken, dass es sich um eine Quartierstrasse mit gut 400 Durchfahrten pro Tag handelt. Diese Strasse ist also sehr gering belastet. Vergleicht man dies mit Köniz innerorts, beim Bläuacker, dort haben wir ca. 1'600 Fahrten pro Tag. Das ist ganz klar ein anderer Fall. Das, was eine Strasse effektiv belastet, das ist der Schwerverkehr. Dieser beansprucht den Belag sehr stark, nicht aber die Autos. Schwerverkehr gibt es jedoch in diesem Quartier, abgesehen von einem wöchentlichen Kehrtraktfahrzeug, nicht. Auf dieser Strasse kann man noch lange so weiter machen - das System Logo hin oder her. Diese Strasse tut es noch lange. Wichtig ist nur, dass man die Strasse ordnungsgemäss unterhält und das Fugenband dann auch wirklich macht, wie dies in der Ziffer 4.2 denn auch steht. Es handelt sich hier um einen klassischen Fall eines Könizer Goldrandes. Einen solchen können und wollen wir uns angesichts unserer knappen Gemeindefinanzen nicht leisten. Schaut euch einmal die Folgekosten an: Gut CHF 7'400 pro Jahr während der nächsten 20 Jahre für ein unbedeutendes Nebensträsschen – ich wiederhole: Ein unbedeutendes Nebensträsschen. Und vergleicht diesen Betrag mal mit jenen Beträgen, über welche wir uns im Rahmen der Aufgabenüberprüfung streiten. Aus unserer Sicht kann man mit diesen CHF 7'400 sehr viel Sinnvolleres finanzieren. Nein, sagen die Grünen zu einer solchen unnötigen Teilstrassensanierung und verlangen eine separate Abstimmung über diesen Punkt. Wir bitten euch und danken euch für die Unterstützung.

Noch als Letztes: Wir sind im Grunde sehr froh, ist ein solches Projekt auch mal ins Parlament gekommen, da der Kompetenzrahmen überschritten ist. Die Grünen haben sich gefragt, wie viele gleich gelagerte Projekte es denn sonst noch in der Verwaltung gibt, bei welchen einfach sinnlos Strassen

saniert werden und wo sinnlos Goldränder gepflanzt werden. Wir bitten den Gemeinderat wirklich, hier genauer hinzuschauen und sich beim Entscheid nicht alleine von der Logik eines mechanischen Systems leiten zu lassen.

Parlamentspräsident Mathias Rickli: Danke Iris Widmer. Ich halte fest, dass ein Antrag auf getrennte Abstimmungen über die Teilstrassensanierung und den Wasserleitungsersatz vorliegt.

Fraktionssprecher David Burren, SVP: Zuerst dachte ich, dass ich nichts sagen will, aber nun ist es doch ganz gut, kann ich etwas dazu sagen. Denn wir sehen dies etwas anders, als Iris Widmer dies gerade dargelegt hat. Es ist ja bekannt, dass nichts ewig hält. Dies ist so sicher, wie die nächste Weihnacht. Und wenn wir die Strassensanierung nicht in diesem Zusammenhang in Angriff nehmen, dann weiss ich nicht, was man denn soll. Ich weiss nicht, ob eure Leute sich fachtechnisch so weit aus dem Fenster hinaus lehnen und wirklich beurteilen können, wie diese Strasse in zwei Jahren aussehen wird. Da verlasse ich mich hier nun doch – wenn auch nicht immer – auf die verschiedenen Verwaltungen, welche dies beurteilt haben. Ansonsten müssen wir aufhören. Denn es ist wirklich ein ausgewogenes und nachvollziehbares Projekt. Wenn wir die Wasserleitung sanieren und hierfür die Strasse aufreissen, dann macht es absolut Sinn, die Strasse wie vorgeschlagen gleich zu sanieren. Alles andere wäre wirklich „bireweich“.

Klar würden es die Finanzen danken, wenn die Strasse nicht gemacht werden würde. Und wenn die Wasserleitung jetzt nicht saniert werden müsste, dann würde man die Strasse vielleicht noch nicht machen, da gebe ich euch völlig Recht. Doch in diesem Zusammenhang macht es wirklich Sinn und ist nachvollziehbar. Und die Strassensanierung ist steuerfinanziert und die Wasserleitung ist spezialfinanziert. Die Synergien können in meinen Augen so super genutzt werden. Was ganz gut gemacht wurde ist, dass die privaten Werkleitungseigentümer angefragt und ins Projekt einbezogen wurden. Es ist vorbildlich, wie dies hier präsentiert wird und da kann ich den zuständigen Gemeinderäten ein Kränzchen winden.

Das einzige an den Kosten, bei welchem ich etwas Mühe habe, sind die Ingenieurhonorare. Doch da kann ich natürlich wenig dazu tun, aber ich stelle fest, diese sind massiv. Das musste ich mal sagen. Für uns ist es im Grossen und Ganzen ein gut nachvollziehbares Projekt, das transparent und übersichtlich präsentiert wurde. Diesem können wir auch mit der angespannten Finanzlage der Gemeinde zustimmen, denn später kommt das Ganze sicherlich nur teurer.

Vanda Descombes, SP: Die SP-Fraktion ist klar der Meinung, dass eine separate Abstimmung über die beiden Kredite nicht notwendig ist, da es einen inhaltlichen Zusammenhang zwischen den beiden Sanierungsvorhaben gibt. Darum werden wir, falls es zu einer getrennten Abstimmung kommt, der Teilstrassensanierung zustimmen.

Ob eine Strassensanierung notwendig ist oder nicht und inwieweit dies eine Goldrandsanierung ist, können wir als Laien meistens nur schlecht beurteilen. Zumindest ich würde mir dies auf jeden Fall nicht zutrauen. Dazu gibt es Instrumente und dazu gibt es für mich auch eine Verwaltung, welche das Wissen und das Know-how haben muss. Und wir erwarten, dass die Verwaltung uns nur Sanierungsvorhaben vorschlägt, welche auch wirklich notwendig sind, welche einen Synergiegewinn erlauben und bei welchen eine nachträgliche Sanierung viel teurer käme. Wir erwarten auch, dass die Verwaltung solche Sanierungsvorhaben prüft und zwar unter Berücksichtigung einer Sparmassnahme, welche sie sich selber auferlegt hat: Nämlich die Strassensanierungen im Standard zu senken. Die SP unterstützt das Geschäft so wie es vorgeschlagen ist.

Iris Widmer, Grüne: Ich möchte gerne nochmals etwas sagen, nachdem uns „Bireweichheit“ vorgeworfen wurde. Auf was stützen wir uns jetzt, wenn wir hier einen Entscheid fällen? Wenn wir es so handhaben, wie Vanda Descombes es erwähnt hat und die Entscheidung immer der Verwaltung überlassen, dann können wir im Grunde gleich abdanken, denn dann braucht es uns nicht. Und wenn wir den Entscheid dem mechanischen System Logo überlassen, dann braucht es uns hier auch nicht mehr. Ich habe nichts gegen das System Logo, das ist ein Anhaltspunkt, aber dann muss man wie gesagt noch einmal klar hinschauen, in welchem Zustand die Strasse ist und wie sie genutzt wird. Und wie gesagt, auf dieser Strasse hat es keinen Schwerverkehr. Und der Schwerverkehr ist jener, welcher die Beläge der Strassen belastet und beansprucht und eine Sanierung sehr schnell nötig macht. Aber auf die Sanierung dieses unbedeutenden Nebensträsschen kann wirklich verzichtet werden und diese kann auch zu einem späteren Zeitpunkt gemacht werden, wenn diese dann wirklich notwendig ist. Wie gesagt: Ihr müsst euch überlegen, ob ihr euch auf ein mechanisches System verlassen wollt. Dann glaubt ihr an das System und dann sanieren wir immer dann, wenn es das System sagt. Doch

dann brauchen wir unser Hirn nicht mehr einzuschalten. Gegen das wehren wir uns und deshalb stehen wir hier vorne und sagen nein zu diesem Projekt.

Kathrin Gilgen, SVP: Wie Iris Widmer gesehen hat, als sie mit ihrer Delegation dort war, ist die Umgebung sehr ländlich. Wenn ihr noch etwas weiter gelaufen wärt, dann wäre die Landwirtschaftszone gekommen. Es gibt daher doch noch etwas mehr Schwerverkehr als nur der Kehrriktwagen. Die grossen Traktoren der Landwirtschaft mit den Anhängern, gehen dort auch viel hoch, denn das müssen sie zwangsläufig.

Erica Kobel, FDP: Ich habe eine Frage an den Gemeinderat: Aus den Unterlagen heraus ist nicht ersichtlich, was es die Gemeinde kostet, wenn lediglich der Aufbruch der Strasse repariert wird? Dies im Vergleich zum Gesamtbetrag? Ich bin nämlich nicht so sicher, dass man hier so viel Geld spart. Grundsätzlich bin ich auch nicht dafür, dass man Goldränder macht und jede Strasse saniert, da bin ich mit Iris Widmer absolut einig. Doch diese Strasse wird aufgerissen, also muss sie so oder so wieder geflickt werden. Und ob dies denn wirklich günstiger kommt, das wage ich zu bezweifeln, doch ich weiss es nicht.

Hansueli Pestalozzi, Gemeinderat: Merci vielmals für die gute Aufnahme zumindest vom Wasserteil dieses Geschäfts, welcher der Auslöser war. Wir haben hier eine alte brüchige Leitung, welche schon dreimal gebrochen ist und wir befürchten, dass diese erneut brechen wird. Gerade auch weil diese Strasse in einer Steigung liegt, kann ein Wasserleitungsbruch doch erhebliche Folgeschäden verursachen. Wie bei allen Geschäften, wenn so etwas in Angriff genommen wird, fragen wir selbstverständlich die Strasseneigentümer und auch alle anderen Leitungseigentümer, ob sie auch Sanierungsbedarf haben. In diesem Fall hat der Strasseneigentümer, in diesem Fall die Direktion von Christian Burren Bedarf angemeldet, sie möchten die Synergien nutzen und die Strasse auch gleich sanieren. Dadurch gibt es Gesamtkosten von über CHF 200'000, weshalb das Geschäft überhaupt hier im Parlament vorliegt. Was den Strassenbereich anbelangt, überlasse ich dies gerne Christian Burren, doch Erica Kobel hat eine Frage gestellt, wie die Kosten wären, wenn die Strasse nur gerade wiederhergestellt würde, also nur gerade die Leitung ersetzt werden würde. Dies sind die Kosten gemäss Teilkredit Wasserleitungsersatz, also der Betrag von CHF 132'000. Das ist die Wiederherstellung der Strasse im Bereich des Grabens, welchen es für die Wasserleitungssanierung braucht. Dieser ist ca. 1.5m breit. Da wird die Leitung verlegt, dann wird eine neue saubere Fundationsschicht gemacht, die Tragschicht wird erneuert und es wird auf diesen 1.5m der Deckbelag neu gemacht, plus das Fugenband. Diese Kosten müssen wir so oder so zahlen, da wir der Auslöser sind. Dies ist ein Kostenteiler, welcher mit dem Strassenteil abgemacht ist, das heisst, wir zahlen ihnen einen Teil und diese machen dann die gesamte Strasse.

Christian Burren, Gemeinderat: Selbstverständlich sage ich hier auch noch einige Worte dazu. Hansueli Pestalozzi hat es jetzt gerade erwähnt: In diesen CHF 132'000 vom Wasserbau, ist ein Teil des Strassenbaus enthalten. Und es ist ja so, dass wenn wir dies gemeinsam machen und die Synergien nutzen, dann geht ein Teil dieser Strassensanierung zu Lasten der Spezialfinanzierung. Mit seinen CHF 132'000 muss Hansueli Pestalozzi einen Teil übernehmen, welche danach die CHF 138'000 finanzieren. Wir sprechen hier über Bruttokredite.

Zum Schwerverkehr: Wie Kathrin Gilgen bereits klargestellt hat, ist der Kehrriktwagen ein kleiner Teil des Schwerverkehrs, welcher hier durchfährt. Wenn ihr schauen wollt, was mit einer Strasse passiert, wenn man das Gefühl hat, diese sei optisch noch gut und macht deshalb nichts daran und lässt so den optimalen Sanierungszeitpunkt verstreichen, dann könnt ihr dies am Beispiel des Sportwegs sehen. Dort sind wir in dieser Situation und ihr erhaltet Anschauungsunterricht. Die Aussage, wir sparen jährlich CHF 7'400, das stimmt so natürlich nicht. Der Unterhalt einer frisch sanierten Strasse ist natürlich wesentlich tiefer, als von einer Strasse, welche geflickt und in einem sehr schlechten Grundzustand ist. Diese Rechnung geht natürlich nicht auf, denn wir haben einen wesentlich höheren Unterhalt, wenn wir die Strasse jetzt noch zusätzlich für den Wasserbau schwächen. Wird dieser Strassenabschnitt saniert, so haben wir einige Jahre keine zusätzlichen Kosten.

Und dann noch etwas zum mechanischen System Logo: Wenn wir uns einzig auf dieses mechanische System verlassen würden und all jene Strassenabschnitte sanieren würden, welche als sehr schlecht, also rot, taxiert werden, dann käme ich mit einem Werterhalt von CHF 800'000 jährlich nicht aus. Dann müsste ich wesentlich mehr haben. Wir verlassen uns absolut nicht nur auf dieses mechanische System. Ihr könnt mir glauben, meine Leute gehen raus und da wird teilweise bevor wir Werterhalt machen, Sondierbohrungen vorgenommen, um zu schauen, wie der Untergrund ist. Das Logo nimmt

ja einzig die Oberfläche als Anhaltspunkt. Wir überprüfen dies natürlich sehr wohl und der Stegenweg ist eine solche Strasse, bei welcher auf den ersten Blick der Eindruck entsteht, dass es noch gar nicht so schlimm sei. Aber wenn der Punkt überschritten ist, dann ist es eben angebracht, dass diese Sanierung jetzt zusammen mit dem Wasserbau geschieht. Denn dann haben wir einen Teil spezialfinanziert und nicht alles nur auf der Steuerrechnung. Daher bitte ich euch, dem Antrag der Grünen nicht Folge zu leisten und den Antrag des Gemeinderats zu unterstützen.

Iris Widmer, Grüne: Ich sehe, dass das Logosystem doch nur ein Anhaltspunkt ist. Ich möchte aber trotzdem noch sagen, dass dies hier nicht dieselbe Situation ist, wie beim Sportweg. Ich erwarte nicht, dass ihr hier wie beim Sportweg einfach nichts macht. Ich würde dann schon erwarten, dass der normale Unterhalt gemacht wird und dass dieser etwas kostet ist klar, doch dieser beläuft sich auch nicht auf CHF 7'500. Und würden wir nur die Leitung ersetzen, dann hätten wir auf einem Drittel der Strasse immerhin eine neue Strasse.

Beschluss

Der Antrag der Grünen auf getrennte Abstimmungen über die Teilstrassensanierung und den Wasserleitungersatz wird abgelehnt.

(Abstimmungsergebnis: Mehrheit offensichtlich)

Beschluss

Für das Projekt Niederwangen, Stegenweg, Wasserleitungersatz und Teilstrassensanierung wird ein Gesamtkredit von CHF 270'000.00 (zuzüglich allfälliger Teuerung) bewilligt. Der Kredit setzt sich zusammen aus:

- Teilstrassensanierung (steuerfinanziert): Kredit von CHF 138'000.00 (inkl. MWST, zuzüglich allfälliger Teuerung) zu Lasten Konto 2420.5010.0651 (Niederwangen, Stegenweg, Teilstrassensanierung).
- Wasserleitungersatz (spezialfinanziert): Kredit von CHF 132'000.00 (exkl. MWST, zuzüglich allfälliger Teuerung) zu Lasten Konto 5550.5031.4651 (Niederwangen, Stegenweg, Wasserleitungersatz).

(Abstimmungsergebnis: einstimmig)

PAR 2019/75

V1701 Postulat (Jugendparlament) „Zeitgemässe Abfallentsorgung in Köniz“

Abschreibung; Direktion Umwelt und Betriebe

1. Ausgangslage

Die Motion wurde am 17.05.2017 als Postulat erheblich erklärt. In seiner Antwort wies der Gemeinderat auf das bestehende, dichte Netz von Abfallbehältern im Liebefeldpark und die zahl-reichen zeitgemässen Entsorgungsmöglichkeiten für Wertstoffe in der Gemeinde Köniz hin (Recyclingsammelstellen). Die bestehende Abfallsammel-Infrastruktur wird entsprechend den finanziellen Möglichkeiten laufend den Begebenheiten der Siedlungsentwicklung angepasst und unterhalten. Grundsätzlich gilt, dass jeder Betrieb/Betreiber eines Areals oder einer Anlage selber für eine zeitgemässe Abfallentsorgung und die entsprechende Infrastruktur, den Betrieb und Finanzierung zuständig ist. Zur Veranschaulichung einige Beispiele: Siedlungsabfälle aus Haushalten und Unternehmen liegen in der Verantwortung des Dienstzweigs Abfallbewirtschaftung und Deponie (DZAD), die Kleinabfälle an den Bushaltestellen fallen in den Zuständigkeitsbereich des Dienstzweigs Unterhalt (DZU), für die Abfallbewirtschaftung auf dem Gurten (Park im Grünen) ist die Betreiberin Migros zuständig und die Abfälle der Liegewiese im Eichholz liegen im Zuständigkeitsbereich des Sportamtes der Stadt Bern. Im Liebe-

feld Park ist der Dienstzweig Landschaft für die Abfallbewirtschaftung verantwortlich und wenn Events stattfinden, obliegt die Abfallbewirtschaftung dem Verursacherprinzip entsprechend beim Veranstalter. Diese raumspezifische Zuteilung der Zuständigkeiten ist etabliert und sinnvoll, da sie durch die direkt beteiligten Stakeholder definiert wird und Synergien mit anderen anfallenden Arbeiten genutzt werden.

Im Liebefeldpark wurden als Massnahme zu Gunsten einer zeitgemässen Abfallentsorgung die Hauptachsen der Fusswege mit grösseren Abfalleimern ausgerüstet. Für die täglichen Unterhaltsarbeiten beauftragt die Gemeinde externe Hilfskräfte des NAK (Neue Arbeitsplätze für Könizerinnen und Könizer), welche aus den Sachmitteln des Dienstzweiges Landschaft finanziert werden. Bei schönem Wetter fallen im Park jedoch so viele Abfälle an (sei es in den Abfalleimern oder durch Littering), dass die Ressourcen für die Reinigungsarbeiten nicht ausreichen, um den Park rund um die Uhr sauber zu halten.

Zum Vergleich: Bei der öffentlichen Liegewiese Eichholz hat die zuständige Betriebskommission ganz andere Abfallentsorgungsmassnahmen definiert. Aufgrund der enormen Abfallmengen (insb. Gummibote) wurden im Jahr 2015 alle 40 Abfalleimer durch 3 voluminöse Behälter für Gemischtabfall ersetzt (Deckelmulden 6m³). Glas kann daneben in 770 Liter Containern separat entsorgt werden. Die separate Sammlung von Alu und PET wird im Randbereich der Liegewiese angeboten, wo sie auch funktioniert. Neben der angepassten Abfallinfrastruktur wurden für die Wochenenden zudem die Broncos mit der Aufsicht gegen Littering beauftragt. Die genannten Massnahmen haben sich an diesem speziellen Standort bewährt.

Anlässlich des politischen Vorstosses hat der Gemeinderat die Durchführung eines Testbetriebs zur separaten Sammlung von Wertstoffen im Liebefeldpark in Aussicht gestellt. Dieser wurde während den Sommersaisons 2017 und 2018 als Zusammenarbeit der Dienstzweige Abfallbewirtschaftung (DZAD) und Landschaft (DZLS) durchgeführt. Das Projekt wurde sehr kurzfristig und mit einem minimalen Budget lanciert und mangels personeller und finanzieller Ressourcen wurde der Versuch auf den Park beschränkt. Auf die Prüfung von Separatsammlungen in weiteren öffentlichen Räumen musste verzichtet werden.

Die Wertstoffsammelstelle im Liebefeld Park wurde im Bereich der „Bar Campo“ platziert und bestand aus Containern für Glas, PET und Alu. Die per Ende 2018 ausgewerteten Ergebnisse des Versuchsbetriebs werden nachfolgend erläutert.

2. Erkenntnisse aus dem Pilotbetrieb Liebefeld Park

Der zweijährige Pilotbetrieb während den Sommermonaten führte zu folgenden Erkenntnissen:

Positiv

- Die separaten Fraktionen waren sauber getrennt. Dies lässt auf die Akzeptanz des Trennsystems schliessen.
- Die Wahl der Fraktionen Alu/Weissblech, PET, Glas hat sich bewährt. Es gab keine Hinweise die dafür sprechen, zusätzliche oder andere Fraktionen zu sammeln
- An der Sammelstelle wurden über die gesamte Betriebszeit keine Spuren von Vandalismus festgestellt.

Neutral

- Positive Effekte der Separatsammlung auf die umgebenden Abfalleimer zeigten sich nur im unmittelbaren Umkreis der Sammelstelle. Ab 20 m Distanz wurde die Sammelstelle nicht benutzt und die Abfälle wurden gemischt in den bestehenden Abfalleimern entsorgt.
- Bei der Abteilung Umwelt und Landschaft sind keine Reaktionen aus der Bevölkerung eingegangen. Die Trennbehälter wurden weder positiv noch negativ wahrgenommen oder kommentiert.

Negativ

- Die Separatsammlung hatte insgesamt keine positive Auswirkung auf die Menge oder die Verteilung der Abfälle in den bestehenden Abfalleimern des Parks.
- Das Littering im Park nahm durch den Pilotbetrieb nicht ab. Recycling und Littering sind zwei unterschiedliche Themen, welche in keinem Zusammenhang stehen.

- Trotz der Sammelstelle wurde Glas und PET in den normalen, nächstgelegenen Abfalleimern entsorgt.
- In den Glas- und Alu-Sammelbehältern wurde ein sehr hoher Anteil von Wertstoffen aus Haushaltungen festgestellt. Die Sammelstelle wurde in diesem Sinne als zusätzliche Recyclingsammelstelle der Gemeinde benutzt obwohl sie für Abfälle, die im Park anfallen gedacht war. Es wurden vereinzelte Privatfahrzeuge beobachtet, welche nur für die Entsorgung von Wertstoffen im Park Halt machten.
- Die Gesamtmenge der gesammelten Wertstoffe ist viel kleiner als zu Beginn erwartet und das Verhältnis von Aufwand und Ertrag durch die Wertstoffe fiel ernüchternd aus. Mit den gesammelten Wertstoffen wurde praktisch kein Ertrag erzielt (siehe Kapitel Finanzen).
- Positive Effekte der Separatsammlung auf die Ökobilanz können nicht nachgewiesen werden. Es kann nicht hergeleitet werden, ob die Verwertung der Wertstoffe die verbrauchte Energie für die verursachten Transporte kompensiert.

3. Schlussfolgerungen

Der Wille zum Trennen ist da

Aus der Reinheit der gesammelten Fraktionen lässt sich schliessen, dass die Bevölkerung für die separate Sammlung von Wertstoffen sensibilisiert und um die sortenreine Trennung der Wertstoffe bemüht ist. Im direkten Umkreis der Sammelstelle war eine erhöhte Trennungsbereitschaft zu erkennen. Aus der Tatsache, dass die Wirkung der Sammelstelle nur in der unmittelbaren Umgebung (Umkreis von 20m) spürbar war, lässt sich schlussfolgern, dass für das Funktionieren einer Separatsammlung kurze Wege und somit eine hohe Dichte an Trennbehältern, gute Sichtverbindungen zur Sammelstelle und eine hohe „Trennbereitschaft“ der Bevölkerung nötig wären.

Recycling hilft nicht gegen Littering

Die Beobachtungen aus dem Versuchsbetrieb sowie jene von anderen Gemeinden lassen erkennen, dass eine Separatsammlung von Wertstoffen in keinerlei Zusammenhang mit Littering steht. Im öffentlichen Raum werden trotz maximaler Dichte von Abfalleimern Abfälle achtlos liegen gelassen (gelittert) und dieses Verhalten kann durch eine Separatsammlung nicht beeinflusst werden. Littering ist ein landesweit bekanntes gesellschaftliches Problem, welches standortspezifische und umfassende Bekämpfungsmassnahmen erfordert. Präventionsmassnahmen wie Informationsaktionen erweisen sich leider oft als kaum wirksam. Das Beispiel Eichholz zeigt jedoch, wie dem Littering mit der ungetrennten Sammlung von Abfall (Mulden) und der Aufsicht durch die Broncos erfolgreich entgegengewirkt werden kann.

Der Vergleich mit der SBB

Ein öffentlicher Grünraum ist nicht mit einem Bahnhof vergleichbar. Während ein Bahnhof mit funktionaler Infrastruktur auf Transitpassagiere und hohe Passantenströme ausgerichtet sein muss, steht im Park die Erholungs- und Verweilfunktion im Vordergrund. Vor diesem Hintergrund unterscheiden sich nicht nur die Anforderungen an die Abfallsammel-Infrastruktur, sondern auch die Möglichkeiten der „Möblierung“ des Raumes. Der Entscheid der SBB, nur noch Abfallbehälter mit getrennten Fraktionen in höchster Dichte einzusetzen kann nicht als richtungsweisend für alle öffentlichen Räume, insbesondere nicht für Grünanlagen mit Erholungsfunktion und hohem Anspruch an Ästhetik betrachtet werden. Für die Etablierung von Separatsammelstellen sind dafür geeignete Räume ausfindig zu machen und es kann nicht grundsätzlich davon ausgegangen werden, dass ein bewährtes Sammelsystem beliebig auf andere Räume oder Raumtypen übertragen werden kann.

Ökobilanz

Abfälle nach Fraktionen zu trennen ist nicht automatisch ein Beitrag zum Umweltschutz. Um getrennt gesammelte Wertstoffe dem Recyclingprozess zuzuführen wird sehr viel Energie für Transport, Sortierung und Aufbereitung benötigt, so dass es eine genaue Prüfung braucht um beurteilen zu können, ob aus einer Separatsammlung wirklich ökologische Vorteile resultieren. Um Schlüsse bezüglich Ökologie zu ziehen, müssen alle energetischen und rohstoffrelevanten Aufwände den erreichten Einsparungen gegenübergestellt werden. Diese komplexe Analyse konnte im Rahmen des Pilotversuchs nicht vorgenommen werden. Im vorliegenden Fall resultiert mit grosser Wahrscheinlichkeit kein ökologischer Vorteil.

Aufwand und Ertrag

In der Diskussion um separate Wertstoffsammlungen im öffentlichen Raum ist zu beachten, dass die separat gesammelten Wertstoffmengen im Verhältnis zu den Gesamtsammelungen der Gemeinde Köniz verschwindend klein sind. Jährlich werden über die Recyclingsammelstellen der Gemeinde Köniz 1227 Tonnen Glas farbengetrennt rezykliert. Die Sammelmenge des Pilotversuchs betrug über zwei Sommer insgesamt 3 Tonnen Mischglas, welches gegenüber dem farblich getrennten Glas minderwertig ist. In der Gegenüberstellung von Zusatzaufwand (Personal- und Sachkosten) und Ertrag schneidet der Betrieb der Separatsammlung im Park negativ ab. Selbst in der Stadt Bern, wo an 12 zentralen und stark frequentierten Standorten die Separatsammlung im öffentlichen Raum getestet wurde, fallen die Sammelmengen der getrennten Abfallsysteme im Vergleich zu den Wertstoffmengen der Recyclingsammelstellen vernachlässigbar klein aus, wobei sie grossen zusätzlichen Aufwand generieren.

Erfahrungsaustausch mit Bern

Die Gemeinde Köniz steht im direkten Austausch mit dem Tiefbauamt der Stadt Bern, welches die Separatsammlung im öffentlichen Raum während 1.5 Jahren getestet hat. Aus dem Versuch resultieren eigens für die Stadt Bern designte Trennbehälter, welche an stark frequentierten Stellen im öffentlichen Raum, mehrheitlich aber in den öffentlichen Gebäuden eingesetzt werden. Die Behälter im öffentlichen Raum werden täglich zweimal mit einem eigens dafür beschafften Elektrofahrzeug geleert. Die manuelle Kontrolle der Abfälle zeigte, analog zu den Erkenntnissen im Liebefeldpark, dass die Wertstoffe zwar sauber getrennt eingeworfen werden aber dass auch ein relativ grosser Anteil aus den Haushaltungen stammt. Bern plant in den kommenden Jahren eine Erhöhung der Separatsammlungsbehälter im öffentlichen Raum. Auch die Stadt Bern stellt fest, dass eine Separatsammlung mit sehr hohen Kosten verbunden ist und hat sich bewusst entschieden, dies im Sinne von „service public“ zu finanzieren.

4. Finanzen

Mit der Sammlung von rezyklierbaren Wertstoffen Erträge zu erwirtschaften und damit die zusätzlichen Betriebs- und Unterhaltskosten einer Separatsammlung zu decken ist bei den aktuellen Wertstoffpreisen nicht möglich. Der Erlös für 3 Tonnen Altglas, welche während zwei Sommersaisons im Park gesammelt wurden lag unter CHF 100.-. Für Alu/Weissblech bewegt sich der Preis pro Tonne im Bereich von CHF 100.-. Im Rahmen des Versuchsbetriebs im Park wurden insgesamt 72 kg Aluminium / Weissblech gesammelt.

Die Bewirtschaftung der Sammelstelle im Park erforderte spezielle Transportfahrten mit entsprechendem Personal- und Fahrzeugaufwand. Der Aufbau eines erweiterten Angebots zur separaten Sammlung von Abfällen aus dem öffentlichen Raum wird aus finanziellen Gründen nicht weiterverfolgt. Sowohl die Betriebs- als auch die Investitionskosten liegen in keinem Verhältnis zum Ertrag.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Parlament, folgenden Beschluss zu fassen:

Das Postulat wird abgeschrieben.

Köniz, 26. Juni 2019

Der Gemeinderat

Beilagen

Antwort des Gemeinderats vom 26. Juni 2017

Diskussion

Parlamentspräsident Mathias Rickli: Bei diesem Geschäft handelt es sich um einen Vorstoss des Jugendparlaments. Dieses hat diesen Vorstoss eingereicht und das Parlament hat diesen am 26. Juni 2017 als Postulat erheblich erklärt. Das Jugendparlament Köniz hat das Recht, sich hier eingangs zur Behandlung dieses Geschäfts und zur Abschreibung zu äussern. Es freut mich, dass das Jugendparlament davon Gebrauch macht und ich begrüsse hier Rayhan Huber und Rafael Beetschen.

Erstunterzeichner Rayhan Huber und Rafael Beetschen, Vertretung Jugendparlament: Als erstes möchten wir uns dafür bedanken, dass wir im Namen des Jugendparlaments Köniz unseren Standpunkt zur Abschreibung von unserem Postulat heute mitteilen dürfen. Gerne möchten wir uns zudem schnell vorstellen: Wie bereits gesagt wurde, ich bin Rayhan Huber, ich bin 14 Jahre alt und seit letztem Herbst im Jugendparlament Köniz und komme vom Gemeindeteil Liebefeld. Ich bin Rafael Beetschen, ich bin 15 Jahre alt und ich bin auch seit letztem Herbst im Jugendparlament Köniz und komme aus dem Gemeindeteil Köniz.

Das Jugendparlament Köniz hat am 9. Januar 2017 eine Motion zum Thema Abfallentsorgung und Kehrichttrennung eingereicht. Diese Motion wurde in ein Postulat umgewandelt und der Gemeinderat beantragt nun die Abschreibung des Postulats. Wir stehen heute hier vorne und wollen gerne erklären, weshalb das Jugendparlament an seinem Postulat festhält. Abfall und Kehricht haben einen grossen Einfluss auf die Umwelt und die Lebensqualität. Der Schaden, welcher durch eine unangemessene Entsorgung entstehen kann, wird sehr oft unterschätzt. Nicht nur der Einfluss auf die Umwelt und unsere Lebensqualität ist gross, auch das Gemeindebild kann unter unangemessener Abfallentsorgung leiden. Dies waren auch die Gründe, weshalb sich das Jugendparlament entschieden hat, zu diesem Thema einen Vorstoss einzureichen. Wir sind schon einige Male nach der Sitzung am Abend gemeinsam nach Hause gelaufen und haben überfüllte Abfalleimer und Abfall auf der Strasse gesehen und uns daran gestört. Es ist klar, dass jeder Mensch für seinen Abfall selber Verantwortung mittragen muss, doch in der Praxis nehmen viele Leute ihre Verantwortung leider nicht sehr ernst und machen es sich sehr gemütlich, in dem sie ihren Abfall irgendwie und irgendwo entsorgen. Da wir die Einstellung all dieser Leute nicht ändern können, versuchen wir dort anzusetzen, wo es möglich ist und genügend und genügend grosse Abfalleimer aufzustellen, welche regelmässig entleert werden, damit sich der Kehricht nicht ausserhalb des Kehrichteimers stapelt, wie dies regelmässig an den Bushaltestellen der Fall ist. Ausserdem sollte eine Trennung des Abfalls auch ausserhalb des eigenen Zuhauses und der Sammelstellen möglich sein. Es gibt nur sehr wenige Leute, welche sich die Mühe machen, mit ihrem Kehricht extra zu den Sammelstellen zu gehen um den Abfall zu trennen. Und die leere PET-Flasche wird kaum zur Entsorgung mit nach Hause genommen. Uns ist bewusst, dass dies bei vielen Leuten keine gute Einstellung ist, doch es ist nun mal so und wir wollen uns deshalb dafür einsetzen, dass die bestmögliche Abfallentsorgung und Kehrichttrennungsstellen geschaffen werden. Dies damit die grosse Distanz zur Sammelstelle nicht mehr als Ausrede für eine unangemessene Abfallentsorgung gelten kann. Köniz ist bereits heute vorbildlich, was die Entsorgung des Kehrichts angeht, wie dies die Antwort des Postulats aufzeigt. Doch dies heisst nicht, dass man es nicht noch besser machen könnte. Gerade in dieser Zeit, in welcher der Klimawandel ein so stark diskutiertes und aktuelles Thema ist, ist es unserer Meinung nach ein sehr schlechtes Signal des Könizer Parlaments, wenn ein Postulat zu einem so wichtigen Thema einfach abgeschrieben wird. Köniz muss, was die Klimapolitik angeht, Fortschritte machen. Unserer Meinung nach ist diese Abschreibung aber ein Rückschritt. Die Abfalltrennung ist ein wichtiger Aspekt des Klimaschutzes. Der Klimaschutz ist dem Jugendparlament sehr wichtig und wir gedenken, uns auch in Zukunft dafür auszusprechen.

Noch eine kurze Rückmeldung zum Pilotversuch im Liebefeldpark: Wir sind der Ansicht, dass der Standort nicht optimal gewählt war. Gerade bei den Bushaltestellen wäre der Standort viel optimaler gewesen, denn dort sind die meisten Leute, welche unterwegs und im Stress sind und Essen und Trinken. Dort macht es Sinn, dass Abfallkübel mit Trennungsmöglichkeiten vorhanden sind. Beim Warten auf den Bus haben die Leute auch Zeit, um genauer hinzuschauen, in welches Kübelfach sie ihren Abfall entsorgen müssen.

Dass mehr Abfalleimer mit Trennungsmöglichkeiten in Köniz mehr Aufwand generieren, ist uns bewusst. Aber die Sorge für unsere Umwelt ist mit Aufwand verbunden und für einen besseren Klimaschutz sollte dies in Kauf genommen werden. Insbesondere von einer Gemeinde mit einem Energie-label Gold kann dies erwartet werden.

Vielen Dank nochmals, dass wir uns hier äussern durften und einen schönen Abend.

Fraktionssprecher Michael Lauper, SVP: Unsere Fraktion hat bereits bei der Erheblichkeitserklärung des Postulats im Juni 2017 geahnt, dass die Trennung der verschiedenen Abfälle in einem schlechten Verhältnis zwischen Aufwand und Ertrag steht. Zudem hat sich bewahrheitet, dass es an Selbstverantwortung der Leute mangelt. Da schafft die separate Sammlung der Abfälle leider keine Abhilfe. Es kann nicht sein, dass in Abständen von weniger als 20m Abfallbehälter aufgestellt werden müssen. Wir sind der Ansicht, dass das Problem des Litterings nicht durch Recycling gelöst werden kann. Aus diesen Überlegungen schreiben wir das Postulat ab.

Fraktionssprecher Grüne, Simon Stocker, Junge Grüne: Vorab freut es mich aussergewöhnlich hier sein zu dürfen und euch alle kennen zu lernen. Ich bin sicher, wir werden im Plenum und auch persönlich noch einige spannende Diskussionen haben. Besonders freue ich mich auf die hitzigen Diskussionen. Dann möchte ich dem Jugendparlament und besonders den beiden mutigen jungen Rednern für dieses Postulat gratulieren, welches sie eingereicht und hier heute verteidigt haben.

Jetzt zum Thema: Die Grüne-Fraktion begrüsst den Testbetrieb im Liebefeldpark und auch die Art und Weise, wie dieser hier präsentiert wurde. Es ist beispielsweise schön zu sehen, dass die gesammelten Abfallfraktionen einen hohen Reinheitsgrad aufgewiesen haben. Dies ist nämlich in anderen Ländern, wo getrennt gesammelt wird, häufig ein Problem. Die Tatsache, dass Aluminium und auch Glas aus den Haushaltungen stammen, zeigt uns, dass der Wunsch der Leute für das recyceln da ist und eventuell sogar mehr Recycling-Stellen eingeplant werden sollten. Auf der anderen Seite sind wir über die ängstliche und sehr, sehr kurzsichtige Schlussfolgerung des Gemeinderats enttäuscht. Ja, es ist natürlich so, dass die Bewirtschaftung eines einzelnen Kehrichtbehälters nicht rentabel sein kann und auch die Ökobilanz je nachdem fragwürdig ist. Aber aus diesem Grund, das ganze Projekt abzuschliessen, das können wir nicht verstehen. Es geht hier darum, ein grösseres Konzept zu entwickeln und überall in Köniz an stark frequentierten Orten getrennte Sammelbehälter zu installieren. Das wäre ein einfacher, meiner Meinung nach sogar überfälliger Schritt in die Zukunft und in Richtung Kreislaufwirtschaft. Stoffliches Recycling der existierenden Materialien hier in der Schweiz ist ein zentraler Punkt in einer ökologischen Gesellschaft und macht uns auch unabhängiger von Ressourcen aus dem Ausland.

Wie der Gemeinderat schreibt, hat die Stadt Bern bereits eigene, speziell für sie designte Abfallbehälter aufgestellt und will die Separatsammlung ausweiten. Das Ganze wird als Service Public finanziert und wir bedauern es hier sehr, dass Köniz hinten nach hinkt und jetzt sogar ganz aussteigen möchte. Unserer Ansicht nach gibt es ein grosses Potential für eine Zusammenarbeit mit Bern, welche zum Beispiel die Sammelroute mit dem Elektrosammelfahrzeug auch gleich nach Köniz ausweiten könnte. Auch in Köniz sehen wir in Zukunft, dass die Gemeindefahrzeuge elektronisch unterwegs sind. Die Ökobilanz einer gut koordinierten Sammlung eines Trennsystems ist nämlich wissenschaftlich ziemlich sicher positiv.

Wir sehen jedoch keinen Sinn darin, dass der Gemeinderat innert kurzer Frist erneut zum gleichen Thema einen Bericht verfassen muss, wenn das Postulat aufrechterhalten bleibt. Deshalb werden wir dem Antrag des Gemeinderats folgen. Die Grüne-Fraktion wird jedoch am Thema Abfall und insbesondere am Thema Kreislaufwirtschaft dran bleiben und auf anderen Wegen wieder aufgreifen. Wir wären auch bereit, mit dem Jugendparlament allfällig eine Motion zu starten.

Fraktionssprecherin Cathrine Liechti, SP: Die SP-Fraktion dankt dem Gemeinderat ebenfalls für diesen ausführlichen Bericht. Der Gemeinderat scheint das Anliegen des Jugendparlaments wirklich ernst genommen zu haben, was mich als ehemalige Jugendparlamentarierin sehr freut. Die Pilotphase im Liebefeldpark wurde durchgeführt, vielleicht gemäss Jugendparlament etwas am falschen Ort. Die Ergebnisse zeigen leider auf, dass eine solche Sammelstelle für die Gemeinde Köniz ein sehr tiefes Kosten-Nutzen-Verhältnis aufweist. Es ist klar, dass Plätze und Pärke in der Gemeinde Köniz weniger frequentiert sind, als beispielsweise an SBB-Bahnhöfen. Vielleicht wäre es noch ein bisschen mehr an den Bushaltestellen. Mit der Stadt Bern scheint das Ganze auch nicht vergleichbar zu sein: Dort gehört die Abfalltrennung zum Service Public. In Köniz wird halt immer gerechnet. Wäre in diesem Bereich eine Zusammenarbeit mit der Stadt Bern denkbar, zielführend und synergienutzend? Wir wissen es im Moment noch nicht.

Weiter ist dem Jugendparlament wohl bewusst, dass das Recycling nicht Littering vermindert, sondern das Anliegen war vielmehr, dass man mehr Entsorgungsmöglichkeiten im öffentlichen Raum hat und dabei auch noch den positiven Effekt des Recyclings nutzen könnte.

Ja, Abfallpolitik ist ein sehr, sehr wichtiges Thema und wird eine immer grössere Herausforderung. Abfall ist das Endprodukt des Verbrauchs. Das Wichtigste bei der Abfallpolitik wäre, beim Verbrauch anzusetzen – also den Abfall nach dem Prinzip „No single-use“ zu vermindern. Würden Einwegge-

schirr, Einwegverpackungen etc. erst gar nicht verbraucht werden, könnte ein guter ökologischer Effekt entstehen. Dazu gehört eben auch das Mehrweggeschirr an Anlässen der Gemeinde Köniz, aber auch die Sensibilisierung der Bevölkerung wäre ein ganz wichtiger Punkt dazu. Die SP-Fraktion ist weiterhin unzufrieden mit der Abfall-Recycling-Situation in Köniz, sieht im Moment jedoch auch keinen Mehrwert an einer Nichtabschreibung und folgt daher dem Antrag des Gemeinderats. Vielen Dank dem Jugendparlament für dieses gute Postulat und an diesem Thema werden wir auch zukünftig gerne weiter arbeiten.

Kathrin Gilgen, SVP: Es ist nicht so, dass der Vorsteher dieser Direktion etwas gegen Recycling, gegen Kehrrichttrennung oder gegen die Verminderung des Abfalls hätte. Daher können wir schon davon ausgehen, dass dieser Bericht fundiert ist. Es ist schön, die Jungen zu sehen, wie sie Elan haben, etwas zu machen. Und ich will den Abfall auch nicht den Jungen anhängen, das ist über jedes Alter hinweg ein Problem. Braucht den Elan bei euren Kollegen. Geht in die Schulen und sensibilisiert dort, dass dies geändert werden soll. Ihr seid in einem Alter, dass ihr in 10, 15, oder 20 Jahren - ich weiss nicht genau und ich will niemanden zu nahe treten – auch mal Kinder habt. Das was hier mit dem Abfall, mit dem Littering abgeht, das ist eine Erziehungsfrage. Macht es dann mal besser.

Ruedi Lüthi, SP: Das was Kathrin Gilgen gerade gesagt hat, hat mich dazu bewogen, nach vorne zu kommen. Und zwar ist es noch nicht so lange her, als wir von der SP eine Motion für Mehrweggeschirr eingereicht haben. Dann ging genau dieselbe Diskussion los: Es rentiere nicht, etc. und zum Schluss hat man das Ganze in ein Postulat umgewandelt, weil man gesehen hat, dass man dies beispielsweise an Schulfesten nicht durchführen könne. Dort wäre im Grunde Potential da. In der Zwischenzeit schreibt der Kanton vor, dass bei Anlässen mit über 500 Personen Mehrweggeschirr notwendig ist und das gilt auch für Köniz. Ich glaube, hier könnte man bedeutend mehr machen und man müsste nicht immer warten, bis die anderen etwas machen. Genau dasselbe mit der Stadt Bern: Da haben wir schon lange gesagt, dass man mit dieser mehr zusammenarbeiten sollte. Diese haben sogar ein System, mit welchem Mehrweggeschirr zur Verfügung gestellt wird, welches wir brauchen könnten. Doch Köniz hat dies bisher nicht beansprucht und als man es mal getestet hat, machte man dies mit einem Partner in Basel und sagte danach, das sei viel zu aufwendig. Es hat hier noch Potential und wir sind hier nicht mehr Musterschüler sondern langsam im Rückstand.

Gemeinderat Hansueli Pestalozzi: Vielen Dank für diese angeregte und spannende Diskussion und besten Dank dem Jugendparlament für ihre Initiative. Kathrin Gilgen hat von der Erziehungsfrage gesprochen. Ich stimme mit ihr da sehr überein und zumindest in einem Punkt hat unser Versuch gezeigt, dass diese Erziehung greift: Ich war selber erstaunt, als man festgestellt hat, dass beim Pilotversuch wirklich sauber getrennt worden ist. Im Fachjargon spricht man hier von „wenigen Fehlwürfen“. Ich finde dies ein lustiges Wort: „Fehlwürfe“. Aber zumindest hier greift diese Erziehung und wenn man separate Sammelmöglichkeiten bereitstellt, dann wird auch korrekt separat gesammelt. Im Ausland hat man das Gefühl, dies sei etwas weniger der Fall.

Was wir aber auch gesehen haben ist, dass sämtliche Abfalleimer ein Trennsystem aufweisen müssten. Denn nur, weil der Abfall getrennt entsorgt werden könnte, macht niemand zusätzliche Meter zu Fuss. Wir haben gesehen, das geht etwa für 20 Meter und dann ist fertig. Und es gibt auch keinen Zusammenhang zwischen Separatsammlung und Littering.

Das Hauptproblem für uns war, dass bei diesem Versuch sehr wenige Wertstoffe separat gesammelt werden konnten. Und einige davon erst noch aus den Haushaltungen. Und hier muss ich mir wirklich Gedanken machen, denn wenn die ökologische Belastung für eine Separatsammlung höher ist, als der ökologische Gewinn, dann bin ich der Ansicht, dass der Umwelt eher geschadet wird, als geholfen. Ihr habt es gesagt: Die Separatsammlung macht an Orten Sinn, welche wirklich stark frequentiert sind und sehr viel Abfall anfällt. Solche Orte haben wir in Köniz jedoch nicht allzu viele. Im Bahnhof Bern ist das eine ganz andere Situation. Wo wir in Köniz eine in etwa vergleichbare Situation haben, ist im Sommer im Eichholz. Dort wird zumindest das Glas, das PET und das Aluminium separat gesammelt.

Für mich muss es wirklich klar erwiesen sein, dass eine solche separate Sammlung einen ökologischen Gewinn ergibt und die Logistik muss so aufgebaut sein, dass die Umwelt entlastet und nicht noch zusätzlich mit zusätzlichen Fahrten belastet wird. Bewusst habe ich jetzt vom ökologischen Gewinn gesprochen. Denn schaut man das Ganze finanziell an, dann ist die finanzielle Bilanz bei diesen tiefen Preisen bei den Wertstoffen noch sehr viel schlechter. Und weil im Moment kein ökologischer Mehrwert zu erwarten ist und dies finanziell für uns auch fast nicht tragbar ist, musste ich sagen, dass wir dies vorläufig dabei bewenden lassen. Aber es ist mir wichtig zu betonen, dass dies nichts daran

ändert, dass unser Fernziel 100% Recycling ist. Doch dann möchte ich wirklich dort beginnen, wo grössere ökologische Effekte erzielt werden können und dies ist beim Hauskehricht der Fall – also der Abfalltrennung zu Hause. Schweizweit haben wir eine Recyclingquote von zirka 54%. In Köniz liegt diese bei 50%. Diese ist dank der Kehrichtsackgebühren so hoch. Wir sind nicht Europameister in der Abfalltrennung, denn es gibt andere Länder, vor allem nordische und auch Deutschland, welche deutlich höhere Recyclingquoten haben.

Was man bei uns feststellt ist, dass im Hauskehricht 32% Grün-, Rüst- und Lebensmittelabfälle enthalten sind. Gerade Lebensmittelabfälle und die ganze Diskussion um Food Waste zeigen, dass hier das ganz grosse ökologische Potential drin steckt. Stellt euch vor, was dies für eine ökologische Belastung ist, all diese Lebensmittel herzustellen und dann landen davon rund 16% im Kehricht. Wenn ökologisch etwas gemacht werden soll, dann müsste man diese Quote reduzieren und im Hauskehricht die Recyclingquote erhöhen.

Was ebenfalls gesagt wurde und das gehört auch zur Erziehung, ist: Abfall vermeiden. Wenn ihr unsere Publikationen lest und unser Abfallmerkblatt anschaut, dann steht dies an oberster Stelle. Vermeidung von Abfällen ist die absolut ökologischste Variante. Dabei ist das Mehrweggeschirr natürlich ein Punkt: Auch hier muss wieder die Ökobilanz angeschaut werden. Hierzu ein kleines Beispiel: Im Park gab es in diesem Frühling ein Konzert der „Delinquent Habits“. Wir hatten zwar gesagt, dass Mehrweggeschirr verwendet werden muss, doch es wurden dann trotzdem Plastikbecher genommen, also Wegwerfbecher. Die Organisatoren wurden dann aber selber bestraft, weil diese am Tag nach dem Konzert den ganzen Park von den Plastikteilen dieser Wegwerfbecher, welche zertreten worden waren, säubern mussten. Erst kürzlich gab es im Park ein Konzert von „Lo & Leduc“: Es waren auch wieder weit über 1'000 Personen anwesend und dort wurde Mehrweggeschirr verwendet und die Leute wurden gut informiert, dass diese bitte nichts an den Boden werfen sollen, auch keine Zigarettens-tummeln. Soweit ich gesehen habe, war der Park nach dem Konzert noch absolut sauber. Dies ist für mich der Weg, welcher gegangen werden muss und das fällt unter die Stichworte „Erziehung“ und „Information“. Abfall vermeiden ist das absolut Zentrale und wir versuchen dies auch an einem kleinen Ort mit unserer Gartenmöbelaktion.

Das Zweite ist die Abfalltrennung, darüber haben wir intensiv gesprochen. Wenn wir denn mal mit Bern kooperieren können und diese Sammellogistik von getrennten öffentlichen Abfallbehältern soweit optimieren können, dass es wirklich einen ökologischen Gewinn gibt, dann bin ich der erste, welcher in diese Richtung gehen will.

Der Dritte Punkt ist die Abfallverwertung: Diese sollte vor allem umweltschonend sein und gerade bei unserer Kehrichtverbrennungsanlage wird sehr viel Energie aus dem Abfall wieder gewonnen. Ich denke, es ist die beste Variante, wenn der Abfall nicht vermieden werden kann, diesen so zu verwerten. Und es kommt dann auch dem Klima zu Gute, so wie unsere Energiezentrale Forsthaus im Moment funktioniert.

Rayan Huber und Rafael Beetschen, ihr habt gesagt, Abfall nicht zu trennen, sei ein schlechtes Signal für den Klimaschutz. Solange es unter dem Strich ökologisch mehr schadet als nützt, diesen separat zu sammeln, denke ich, dass dies kein Beitrag zum Klimaschutz ist. Simon Stocker hat den Weg ja bereits etwas aufgezeigt: Wenn wir elektrische Gemeindefahrzeuge haben, mit welchen die Sammellogistik klimaneutral durchgeführt werden kann, dann sieht dies anders aus.

Ruedi Lüthi, zum Thema Mehrweggeschirr: Das ist etwas was jetzt auch vom Kanton her neu weiter verfolgt wird und ich denke, die grosse Diskussion wird sein, wie machen wir dies an den Schulfesten. Auch hier kommt wieder das Thema Erziehung und ich denke, hier haben die Schulen eine grosse Aufgabe vor sich und hier müssen wir dran bleiben, damit diese Schulfeste zumindest mittelfristig auch mit Mehrweggeschirr durchgeführt werden können.

Parlamentspräsident Mathias Rickli: Auch von meiner Seite her nochmals herzlichen Dank an das Jugendparlament für diesen Vorstoss. Ich freue mich, wenn dieses aktiv ist und bei uns hier Vorstösse einreicht.

Beschluss

Das Postulat wird abgeschrieben.

(Abstimmungsergebnis: Mehrheit offensichtlich)

PAR 2019/76

V1907 Richtlinienmotion (CVP, EVP, glp, SP, Junge Grüne, Grüne) „Eine Wohnbaustrategie für die Gemeinde Köniz“

Beantwortung; Direktion Planung und Verkehr

Vorstosstext

Der Gemeinderat erarbeitet eine Wohnbaustrategie für die Gemeinde Köniz. Er legt darin Ziele für das Wohnraumangebot fest und legt dar, wie diese erreicht werden sollen. In der Wohnbaustrategie geht der Gemeinderat insbesondere auf folgende Fragen ein:

1. Wie viel Wohnraum wird in den nächsten 20 Jahren in der Gemeinde Köniz benötigt und in welcher Qualität? Wie effizient wird der vorhandene Wohnraum in Köniz heute genutzt?
2. Mit welchen formellen und informellen Instrumenten und wo wirkt der Gemeinderat darauf hin, dass der Wohnraumbedarf gedeckt wird?
3. Wie berücksichtigt der Gemeinderat unterschiedliche soziodemografische Gruppen (z. B. Einkommen, Alter, urban/ländlich) und ihre jeweiligen Bedürfnisse? Wie und wo will der Gemeinderat insb. Art. 51 BauR (Gegenvorschlag zur Könizer Wohninitiative) umsetzen?
4. Welche Auswirkungen hat die Wohnbaustrategie auf andere Handlungsfelder der Gemeindepolitik?

Begründung

Das Thema Wohnraum steht immer wieder auf der politischen Agenda der Gemeinde Köniz. Insbesondere für ältere Personen und Familien mit Kindern ist es oft eine Herausforderung, geeignete, finanzierbare Wohnungen zu finden. Die Gemeinde hat verschiedene Möglichkeiten, um die Situation zu verbessern, und befasst sich daher regelmässig mit einzelnen Bauprojekten unterschiedlicher Grösse sowie mit einzelnen Instrumenten, mit denen sie auf den Wohnbau Einfluss nehmen kann. Seit Februar 2017 hat sie zudem den Auftrag und die ausdrückliche Möglichkeit, bezahlbaren Wohnraum zu fördern (Art. 51 BauR, vorbehaltlich gerichtlicher Bestätigung). Was ihr jedoch fehlt, ist eine Strategie, die in umfassender Weise Ziele, Handlungsbedarf und zu ergreifende Massnahmen darstellt und so den einzelnen politischen Geschäften und Vorschlägen einen Rahmen gibt. Diese Strategie soll nach Ortsteil differenziert sein und eine übergeordnete Sicht bei der Umsetzung künftiger Wohnbauprojekte ermöglichen. Folgende Aspekte sollen u. a. behandelt werden:

Zu Punkt 1: Die Wohnbaustrategie gibt, möglichst pro Ortsteil, Auskunft über den Bedarf an Wohnraum, über die zugrundeliegenden Annahmen betreffend das Bevölkerungswachstum, über die nachgefragte Wohnfläche pro Person und über die heutige Leerwohnungsziffer.

Zu Punkt 2: Die Wohnbaustrategie thematisiert u. a. die Nutzung folgender Instrumente: Rahmenkredit zum Erwerb von Liegenschaften, Baurechtvergabe, eigene Bautätigkeit, Nutzung der Liegenschaften im Finanzvermögen; baurechtliche Instrumente (Baureglement, Nutzungsplan, Überbauungsordnungen), Einbezug von und Anreize für Private zur Unterstützung der Ziele der Wohnbaustrategie, Informations- und Sensibilisierungskampagnen; überkommunale Zusammenarbeit. Sie bezeichnet Areale, die für die Zielerreichung besonders relevant sind.

Zu Punkt 3: Die Wohnbaustrategie zeigt auf, wie sowohl genügend gemeinnütziger Wohnraum für den Mittelstand als auch genügend geeigneter, d. h. insb. bezahlbarer Wohnraum für Personen mit kleinerem Budget bereitgestellt wird, welche Ziele hierfür in den nächsten 20 Jahren bestehen und welche Massnahmen aus Art. 51 BauR wo zur Anwendung kommen. Sie legt dar, wie und wo der Gemeinderat Wohnraum für gehobene Ansprüche vorsieht, wie eine Durchmischung der soziodemografischen Gruppen gefördert und zugleich die vorhandenen Wohnlagen steuerpolitisch gut genutzt werden können (z. B. Wachstum der Steuereinnahmen mittelfristig gleich hoch wie Bevölkerungswachstum). Sie berücksichtigt dabei unterschiedliche Wohnformen (Alters-WG, Generationenwohnungen, Cluster-Wohnungen, Kleinhaushalte etc.).

Zu Punkt 4: Die Wohnbaustrategie legt insb. die Auswirkungen dar auf die Verkehrsinfrastruktur, die Schulinfrastruktur, den Bedarf an Dienstleistungen und Einkaufsmöglichkeiten, den Grün- und Erholungsraum sowie auf die Gemeindefinanzen und den Steuerertrag.

Eingereicht

11. Februar 2019

Unterschrieben von 24 Parlamentsmitgliedern

Toni Eder, Casimir von Arx, Bernhard Zaugg, Christian Roth, Katja Niederhauser, Vanda Descombes, Franziska Adam, Astrid Nusch, Tanja Bauer, Lydia Feller, Markus Willi, Arlette Mürger, Ruedi Lüthi, David Müller, Matthias Müller, Iris Widmer, Elena Ackermann, Dominique Bühler, Christina Aebischer, Lucas Brönnimann, Sandra Röthlisberger, Roland Akeret, Cathrine Liechti, Mathias Rickli

Antwort des Gemeinderates

1. Formelle Prüfung

Mit der Erheblicherklärung dieser Motion gibt das Parlament dem Gemeinderat eine Richtlinie vor (siehe Beilage 1).

2. Ausgangslage

Das Thema Wohnen beschäftigt die Politik sowie die Bevölkerung der Gemeinde Köniz seit Jahren. Das zeigen auch die Legislaturziele des Gemeinderats, die Diskussionen innerhalb der Ortsplanungsrevision oder der Gegenvorschlag zur Initiative "Bezahlbar Wohnen in Köniz". Im Februar 2017 hat das Stimmvolk den Gegenvorschlag mit 56.5% Ja-Stimmen angenommen. Das Ja zum Gegenvorschlag verpflichtet die Gemeinde, sich für die Erstellung und den Erhalt preisgünstiger Mietwohnungen einzusetzen. So muss beim Erlass von Nutzungsplänen, die zu einer bedeutend höheren Ausnutzung führen, unter bestimmten Voraussetzungen ein Anteil preisgünstiger Wohnraum realisiert werden. Weiter können geeignete Grundstücke der Gemeinde im Baurecht an gemeinnützige Wohnbauträger abzugeben resp. diese sind bei der Landbeschaffung zu unterstützen. Der Artikel "Preisgünstiges Wohnen" im Baureglement ist noch nicht rechtskräftig, weil das Beschwerdeverfahren aktuell dem Verwaltungsgericht vorliegt.

Auch das Parlament hat verschiedentlich über weitere Vorstösse das Wohnen thematisiert resp. Geschäfte im Zusammenhang mit Wohnen diskutiert. Als Beispiele sind die hier "Bezahlbare Wohnungen an der Sägestrasse in Köniz schaffen" (V1832), die Abgabe von Land im Baurecht für das Baufeld F, Planungsgebiet Ried Ost – Quartier «Papillon», die neu definierte Stelle für Altersfragen (V1805) oder auch der Vorstoss im Zusammenhang mit der Forderung nach mehr Zwischennutzungen für Köniz (V1831) genannt.

Dem Gemeinderat ist ein ausgewogener Wohnungsmarkt in der Gemeinde Köniz ein grosses Anliegen. Er unterstützt das Anliegen der Motionärinnen und ist bereit, für die Gemeinde Köniz eine Wohnbaustrategie zu erstellen. Wohnungen werden von Menschen für Menschen gebaut. Dabei geht es nicht nur um die Wohnungsversorgung mit Quantität und Qualität, sondern auch um das unmittelbare Wohnumfeld, um die Nachbarschaft, um soziodemografische Gruppen, deren Bedürfnisse und auch um das bestehende Steuersubstrat in der Gemeinde zu behalten. Mit der Wohnbaustrategie soll ein Entwicklungsprozess angeregt werden, der Handlungsfelder und Massnahmen aufzeigt, vorhandene Konzepte wie "Konzept für eine altersfreundliche Gemeinde" oder das "Integrationskonzept" integriert und in einem Umsetzungsprogramm konkretisiert. Angestrebt wird eine Verbindlichkeit der Wohnbaustrategie, die den Weg in die Zukunft aufzeigen soll.

3. Eingliederung einer Wohnbaustrategie

Eine Wohnbaustrategie dient als Grundlage für die zukünftige, langfristige Wohnpolitik der Gemeinde Köniz; sie zeigt Handlungsfelder und Massnahmen auf, wie die Gemeinde ihre politischen Ziele und Schwerpunkte erreichen will. Unter den verschiedenen Führungsinstrumenten des Gemeinderates ordnet sich die Wohnbaustrategie unter den sektoriellen Strategien und Leitbildern ein. Diese richten sich am vorgegebenen Rahmen der übergeordneten mittel- und langfristigen Führungsinstrumente aus und dienen der Konkretisierung und Verfeinerung besonders wichtiger Zielsetzungen.

Übergeordnete Führungsinstrumente des Gemeinderates:

- Richtplan Raumentwicklung Gesamtgemeinde, 2014 (RP REGG)
- Legislaturplan 2018 – 2021

Strategien und Leitbilder (Beispielhaft):

- Energiestrategie 2010 – 2035, 2009
- Energiekonzept 2025, 2015
- Integrationskonzept 2009
- Konzept für eine altersfreundliche Gemeinde 2025
- Konzept Kind – Jugend – Familie, 2012
- Leitbild Gemeinde Köniz, 2010
- Leitbild juk – Jugendarbeit Köniz, 2016
- Raumentwicklungskonzept REK, 2007
- **Wohnbaustrategie (Motion)**

Formelle Planungsinstrumente:

- Baurechtliche Grundordnung - Ortsplanungsrevision OPR 2018
- Gegenvorschlag zur Initiative "Bezahlbar Wohnen in Köniz" (Teil des Baureglements)

Die Ortsplanungsrevision gilt als formelles Instrument, welches vor der Genehmigung durch den Kanton liegt. Aufgrund der Rechtsbeständigkeit darf/kann die nun zu erarbeitende Wohnbaustrategie in erster Linie nicht auf Anpassungen an den formellen Instrumenten zielen. Solche Anpassungen an den formellen Instrumenten sind erst im nächsten Planungshorizont wieder konkretisierbar. Dasselbe gilt für den Gegenvorschlag der Initiative "Bezahlbar Wohnen in Köniz". Die Genehmigung des AGR liegt vor und wird zurzeit im Beschwerdeverfahren am Verwaltungsgericht weitergeführt.

Die Umsetzung der Legislaturziele kann sich inhaltlich an einer zukünftigen Wohnbaustrategie orientieren. Mit dem Schwerpunkt 3 – Lebenswertes Köniz, hat sich der Gemeinderat das Ziel gesetzt, dass Köniz vielfältige Wohnquartiere mit Vorbildcharakter in der Region hat. In den Jahren 2018 – 2021 will der Gemeinderat insbesondere Entwicklungsprojekte mit Schwerpunkt Wohnen wie Rappentöri, Parzelle 10288 parallel zur Sägestrasse, 2000 Watt-Areal in Liebfeld Mitte sowie das Papillon vorantreiben und weiterentwickeln.

4. Wohnstrategie im Städtevergleich

Die grosse Bandbreite, was eine Wohnstrategie umfassen kann und wie viel Ressourcen dafür aufgewendet werden können, soll der nachfolgende Vergleich vier ausgewählter Städte bieten.

Was alle vier Strategien gemeinsam haben, ist der Wille, eine aktive Wohnbaupolitik zu betreiben. Einerseits angestossen durch Wohnbauinitiativen der Bevölkerung oder andererseits aus der Problemstellung grösserer Projekte wie Stadtentwicklung oder Ortsplanungsrevision.

4.1 Bern

Die Stadt Bern erteilte sich mit dem STEK 2016 (Stadtentwicklungskonzept) den Auftrag, eine Wohn- und Arealstrategie zu erarbeiten. Die Strategie wird interdisziplinär in der Verwaltung der Stadt Bern „In house“ unter der Federführung der Fachstelle Wohnbauförderung entwickelt. Der grosse Vorteil liegt darin, dass Wissen und Kompetenzen selber erarbeitet und angeeignet werden und nicht einem externen Fachspezialisten aus der Hand gegeben wird. Dementsprechend sollte der Massnahmenkatalog auch massgeschneidert und umsetzbar für die Stadt Bern werden. Im Oktober 2018 genehmigte der Gemeinderat die Stadt Bern die "Wohnstrategie mit Massnahmen – Wohnstadt der Vielfalt". Die Strategie orientiert sich am Zeithorizont 2030 mit Massnahmen, die sich auf die nächsten vier Jahre beziehen. Die Fachstelle Wohnbauförderung umfasst 150 Stellenprozente, geteilt auf zwei Personen.

4.2 Thun

Die Wohnbaustrategie 2030 von Thun ist sehr umfassend und gehört zu den Vorarbeiten der in Thun anstehenden Ortsplanungsrevision. Unter der Federführung des Planungsamts wurden in verschiedenen interdisziplinären Teams und externen Spezialisten vier Teilprojekte als Grundlage während zwei Jahren erarbeitet: TP1 Datenanalyse, TP2 Interviews Genossenschaften, TP3 Potentiale und Defizite

in der Raumplanung, TP4 neuer Wohnformen / nachhaltiges Wohnen. Die Wohnbaustrategie umfasst 10 Ziele, die in den nächsten 15 Jahren mit einem erwartenden Bevölkerungswachstum von 12% eine ausgewogene Stadtentwicklung gewährleisten soll. Die Ziele sollen messbar und präzise sein und Handlungsmöglichkeiten konkret aufzeigen. Auch soll die Wohnbaustrategie nicht nur von oben verordnet werden. Nun sind die Parteien, Quartierleiste und ausgewählte zusätzliche Organisationen, die sich mit dem Wohnen befassen, zu einer Konsultation eingeladen. Die Stadt Thun hat auch eine neue Anlaufstelle geschaffen. Die definitive Verabschiedung ist für August 2017 vorgesehen. Das Budget der Wohnbaustrategie 2030 belief sich auf CHF 110'000.

4.3 Luzern

Mit der angenommenen Initiative „Für zahlbaren Wohnraum“ am 17. Juni 2012 wird die Stadt Luzern in die Pflicht genommen, das Ziel der Initiative umzusetzen. Gefordert wird, dass in 25 Jahren der Anteil an gemeinnützigen Wohnungen am gesamstädtischen Wohnungsbestand 16% betragen muss. Das heisst, die Stadt hat sich aktiv für die Schaffung und den Erhalt von preisgünstigem Wohnraum einzusetzen. Die „Städtische Wohnraumpolitik II“ ist nebst dem neuen Reglement über die Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus eine Reaktion auf die Initiative und die Vorstösse des Parlaments. Der umfassende Grundlagenbericht „Städtische Wohnraumpolitik II, 2013“ analysiert den Luzerner Wohnungsmarkt und die bisherige Wohnungspolitik genau. Die Stadt Luzern hat bis anhin keine ständig aktive Wohnungspolitik betrieben, sondern jeweils auf aktuelle Probleme mit spezifischen Lösungen reagiert. Als eine Massnahme, ausgelöst durch die Initiative, hat der Stadtrat eine Fach- und Koordinationsstelle von 20 Stellenprozente bewilligt. Diese Stelle versteht sich auch als Paradig-mawechsel zugunsten einer ständigen Wohnraumpolitik der Stadt Luzern. Sie ist zuständig für Fragen der Öffentlichkeit im Zusammenhang mit der Wohnraumpolitik, ist Ansprechpartnerin für die Wohn- und Baugenossenschaften, stellt die Umsetzung der vorgesehenen Massnahmen sicher, koordiniert die interdirektionale Zusammenarbeit und gewährleistet das Controlling. Der erste Controllingbericht wird 2019 dem Grossen Stadtrat vorgelegt.

4.4 Zürich

Im November 2011 sprach sich das Zürcher Stimmvolk mit einer deutlichen Annahme des neuen wohnpolitischen Grundsatzartikels in der Zürcher Gemeindeordnung für eine künftig noch forcierte Rolle der Stadt in der Wohnpolitik aus. Bis ins Jahr 2050 soll der Anteil gemeinnütziger Wohnungen in der Stadt Zürich einen Drittel der Mietwohnungen betragen. Vor diesem Hintergrund und dem weiterhin angespannten Wohnungsmarkt entstand das „Programm Wohnen“ Juli 2012. Es umfasst auf 12 Seiten drei klare Ziele, vier Stossrichtungen und 21 präzise Massnahmen. Das „Programm Wohnen“ setzt politische Schwerpunkte und die Stadt Zürich nimmt mit dem „Programm Wohnen“ ihre aktive Rolle wahr. Nach fünf Jahren aktualisierte der Stadtrat von Zürich die Fassung im 2017 mit angepassten Zielen, Stossrichtungen und Massnahmen.

5. Finanzen

Anhand der Motion ist die Vorstellung bezüglich Umfang einer neuen Wohnbaustrategie nicht klar ersichtlich. Der Gemeinderat strebt an, im Grundsatz mit den ordentlich eingestellten Mitteln, Ressourcen und durch Projektpriorisierung eine entsprechende Wohnbaustrategie zu erarbeiten. Die Planungsabteilung hat von der durch den Gemeinderat beschlossenen Stellenaufstockung 10 – 15% über zwei Jahre für die Wohnbaustrategie eingeplant.

6. Weiteres Vorgehen

In einem ersten Schritt sollen die verschiedenen Konzepte und Strategien der Gemeinde Köniz analysiert werden: was haben wir, was sollte überarbeitet werden, was fehlt uns noch. Auch stellt sich die Frage, wie sich der Gegenvorschlag zur Initiative „Bezahlbar Wohnen in Köniz“ mit der Wohnbaustrategie verhält, ob und wie Synergien genutzt werden können.

Zu Frage 1 & 3 der Motion:

Im zu erarbeitenden Grundlagenbericht werden die Fragen 1 und 3 der Motion beantwortet. Weitere mögliche Themenstellungen sind: Entwicklung und Zusammensetzung der Wohnbevölkerung, Haushalt, wirtschaftliche Situation, Eigentümerstruktur, Bauperioden, Ableitung wichtiger Zielgruppen und Wohnraumbedarf in verschiedenen Ortsteilen, gemeinnütziger Wohnungsbau etc.

Zu Frage 2: Die Ortsplanungsrevision gilt als formelles Instrument, das aktuell im Genehmigungsverfahren ist. Aufgrund dessen kann eine Wohnbaustrategie nur auf informelle Instrumente abzielen.

Zu Frage 4: Die Handlungsfelder und Massnahmen werden mit einem Umsetzungsprogramm dem Gemeinderat vorgelegt und aufgezeigt.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Parlament, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Motion wird erheblich erklärt.

Köniz, 26. Juni 2019

Der Gemeinderat

Beilage

1) Formelle Prüfung der Motion vom 1. März 2019

Diskussion

Parlamentspräsident Mathias Rickli: Wir kommen zum letzten Traktandum des heutigen Abends. Ihr habt vorgängig entschieden, dass dieses Traktandum heute noch behandelt werden soll, was wir hiermit machen. Im Anschluss werde ich die Sitzung unterbrechen und am kommenden Montag mit den restlichen Traktanden weiter fahren. Es geht hier um die Beantwortung durch die Direktion Planung und Verkehr.

Erstunterzeichner Toni Eder, CVP: Nach so viel Kehrlicht- und Recycling-Referaten, freien Landschaftskammer-Zäunen und einer scheinbaren „bireweichen“ Strassensanierung ist dies nun doch ein Projekt, welches extrem erfreulich ist. Zuerst vielen Dank, dass der Verschiebung zugestimmt wurde und dann danke ich auch dem Gemeinderat für seine Antwort. Diese ist gut abgefasst, zeigt den Rahmen und bettet sie in übergeordneten Führungsinstrumenten ein, in die bestehenden Strategien, in Leitbilder und in alle formellen Planungsinstrumente. Die Antwort ist positiv. Plötzlich sieht es so aus, als würde man offene Türen einrennen. Die Antwort ist so sachlich abgefasst, dass ich eigentlich sicher bin, dass sogar die FDP und die SVP überzeugt sein könnten.

Nur wenig zum Inhalt, es steht ja im Grunde alles in der Antwort drin: Die Gemeinde verfügt über diverse Instrumente, um eine Wohnbaustrategie umzusetzen. Das Parlament will dies auch so. Beispielsweise wurde dem im CHF 25 Mio.-Kredit zugestimmt. Die Gemeinde hat Land und Immobilien, welche sie besitzt usw. Damit betreibt die Gemeinde so oder so Wohnbaupolitik. Mit einer solchen Strategie wird diese Politik aber etwas geordnet und sichtbar gemacht und somit besser diskutier- und auch steuerbar. Tendenziell wurde in den letzten Jahren die Ansicht salonfähig, dass Wohnbaupolitik eine staatliche Aufgabe ist. Und das unabhängig von den Parteien links oder rechts – sondern einfach deshalb, weil wohnen in einem dicht besiedelten, wohlhabenden Land mit einer Bevölkerung, welche sich frei entfalten möchte, eng mit Raumplanung, Verkehr, aber auch mit sozialen Fragen verknüpft ist.

Zur Veranschaulichung und nicht ganz ernst gemeint, aber in diese Richtung geht es: Die obere Gemeinde soll ein Naturreservat werden, Wabern soll mit einem super ausgebauten Spielplatz zum Beispiel das Könizer Kinderdorf werden, so dass alle Familien nach Wabern umgesiedelt würden und alle Naturforscher mit Tropenhut und Schmetterlingsnetz würden nach Niederscherli gehen. Dies soll niemand kritisieren, sondern ist einfach überzeichnet dargestellt.

Aber es ist spannend, wie eine solche Aufgabe genau wahrgenommen werden soll und dies kann in einer Strategie festgelegt werden. Noch etwas weiteres: Die Erarbeitung war so, wie ich mir blockfreie, sachbezogene Politik vorstelle. Das steht ja in ganz vielen Parteiprogrammen - auch bei der Mitte-Partei - und hier wurde dies gelebt: Nach einem etwas harzigen Start, haben sich die SP, die Grünen, die jungen Grünen und die Mitte zusammengesetzt und ich kann euch sagen, diese Diskussionen

waren sehr interessant und haben alle weiter gebracht. Wir besprechen hier im Parlament viele wichtige Sachen. Dieses Traktandum hier ist wirklich wichtig und diese Strategie wird die Entwicklung der Gemeinde Köniz nachhaltig prägen. Die Mitte unterstützt selbstverständlich den Antrag des Gemeinderats.

Fraktionssprecherin Erica Kobel, FDP: Lieber Toni Eder, ich muss dich leider enttäuschen und dein Eigenlob etwas durchbrechen. Ich werde dir beweisen, wie man etwas auch ganz anders anschauen kann: Die Siedlungs- und Bauentwicklung – da sind wir uns einig – ist eine der zentralen Aufgaben einer Gemeinde in der Grösse der Gemeinde Köniz. Dementsprechend sind in Köniz in der Vergangenheit auch verschiedene Massnahmen in Gang gesetzt worden. Wir werden hier nicht noch einmal alle aufzählen, das ist im Text schon vorhanden. Eine Wohnbaustrategie zu entwickeln gehört in unseren Augen zu einem der Kernbereiche in unserer Gemeinde. Und ich muss ehrlich sagen, es entsetzt uns wahrzunehmen, dass mittels Motion eine Wohnbaustrategie verlangt werden muss. Eine solche sollte doch schon längstens vorhanden sein! Im Grunde steht doch am Anfang von jeder Planung eine Strategie. Dann kann mittels Massnahmen und Projekten auf diese in der Strategie festgelegten Ziele hingearbeitet werden. Erst aufgrund einer Strategie – so habe ich es einmal gelernt – kann man eine Legislaturplanung machen. Und jetzt kommt eine solche Motion, welche eine solche Strategie verlangt und in gewissem Masse eigentlich eine Bevormundung für den Gemeinderat darstellt. Meine Frage ist, warum diese Strategie nicht schon lange besteht? Hat der Gemeinderat hier seine Aufgabe überhaupt nicht wahrgenommen? Er bringt Beispiele von verschiedensten Strategien. Doch schaut man es genau an, so war in Thun beispielsweise eine solche Strategie die Vorarbeit zur OPR. In Luzern hat eine Initiative, wie wir sie hier auch schon hatten, Arbeiten für eine Strategie im Gemeinderat selber ausgelöst. Und auch in Zürich, kamen die Behörden ganz von alleine auf die Idee, man könnte ein Programm Wohnen entwickeln.

Und dann muss ich sagen, ist das Ganze in meinen Augen mit dieser Motion komplett absurd geworden: Der Gemeinderat, welcher im Grunde schon lange arbeiten sollte, war offenbar noch froh um diese Motion. Er war froh, dass die Motionäre diese Verantwortung übernehmen und einen an und für sich schon klaren Auftrag noch einmal definieren. Und dann, so habe ich den Verdacht, kann man ja im Parlament gleich noch die Erlaubnis abholen, Stellenprozente zu bewilligen, um damit eine Aufgabe, welche in meinen Augen zur Grundaufgabe gehört, zusätzlich mitzufinanzieren. Und dann dem Parlament vorwerfen, es habe keinen Sparwillen. Der Gemeinderat strebt zwar an, im Grundsatz mit den ordentlich eingestellten Mitteln so eine Strategie zu erstellen, spricht aber dann doch noch von einer Stellenaufstockung über zwei Jahre. Was heisst das? Die FDP. Die Liberalen geht davon aus, dass die Gemeinde eine Wohnbaustrategie zu erarbeiten hat. Aber das gehört zum Grundauftrag und muss nicht mittels einer Motion eingefordert werden. Wir sind nicht bereit, eine solche Motion zu unterstützen und wir sind schon gar nicht bereit dazu, zusätzliches Geld für zusätzliche Stellenprozente auszugeben. Die FDP. Die Liberalen werden diese Motion ablehnen.

Fraktionssprecher Heinz Nacht, SVP: Toni Eder hat wirklich Recht, wir hatten relativ grosse Freude an der Antwort des Gemeinderats, im Gegensatz offenbar zu Erica Kobel. Vielen Dank der Verwaltung für ihre Antwort. Die Probleme wurden erkannt und es geht etwas, um die Wohnsituation der verschiedenen Bevölkerungsgruppen zufrieden stellen zu können. Wir wissen, dies ist nicht einfach, doch es ist gut, dass etwas läuft.

Der Fraktion der SVP ist folgendes besonders wichtig: Im Gegensatz zur Mehrheit des Könizer Parlaments ist für uns aus verschiedenen Gründen der gemeinnützige Wohnungsbau weniger dringend. Im Gegenteil: Manchmal haben wir das Gefühl, dass man damit noch mehr Ungerechtigkeit schafft. Ihr kennt mittlerweile unsere Ansicht über den gemeinnützigen Wohnungsbau. Für uns ist im Moment viel wichtiger, dass man kleinere, altersgerechte Wohnungen im Zentrum von Köniz baut. Für all die vielen älteren Leute, welche noch in viel zu grossen Wohnungen und Einfamilienhäusern in unserer Gemeinde wohnen. Es wäre doch schade, wenn diese steuertechnisch sehr interessante Personengruppe in andere Gemeinden abwandern würde, nur weil wir es nicht schaffen, ihnen guten Lebensraum zur Verfügung zu stellen. Es wäre doch super, wenn wir mehr von diesen Leuten in unserer Gemeinde halten könnten.

Fazit: Für die SVP ist es wichtig, Priorität bei den altersgerechten Wohnungen im Zentrum zu setzen. Diese dürfen von uns aus gesehen sogar etwas mehr kosten. Das macht für uns mehr Sinn, als zu stark auf den gemeinnützigen Wohnungsbau zu setzen. Wichtig ist für uns auch, dass die Gemeinde es schafft, auf die Bedürfnisse dauernd neu reagieren zu können und zu schauen, was der Markt will. In diesem Sinne hilft die Fraktion der SVP, diese Motion erheblich zu erklären.

Fraktionssprecherin Dominique Bühler, Grüne: Erica Kobel, wenn ich heute eines gelernt habe, dann kann ich sagen, dass keine Wohnbaustrategie erarbeitet wurde liegt daran, dass der Gemeinderat keine Schublade hat.

Die Grüne-Fraktion folgt dem Gemeinderat und wird diese Motion als erheblich erklären. Wohnraumentwicklung ist zu einem dringenden politischen Anliegen geworden. Nachhaltige Arealentwicklungen, durchmischte Quartiere, vielfältige Wohnformen und bezahlbares Wohnen sind gefordert. Eine gut ausgearbeitete Wohnbaustrategie gibt der Gemeindeverwaltung die nötigen Leitlinien, um Schwerpunkte zu setzen und Massnahmen im Bereich Wohnen auszuarbeiten. Wir bedanken uns beim Gemeinderat für seine Bereitschaft eine Wohnbaustrategie auszuarbeiten. Für die Grüne-Fraktion ist eine aktive Wohnbaupolitik wichtig.

Nach dem Durchlesen der Antwort des Gemeinderats haben wir einige Punkte, welche wir gerne zur Ausarbeitung mitgeben möchten: Eine Wohnbaustrategie sollte sich über einen längeren Zeithorizont von mindestens 15 Jahren orientieren. Nur so kann gewährleistet werden, dass Wohnraumentwicklung strategisch und zukunftsorientiert ist. Zweitens sollte die Erarbeitung der Wohnbaustrategie interdisziplinär geschehen. Es müssen Schwerpunkte gesetzt werden, welche über die Planungsabteilungen hinausgehen. Ich nenne als Beispiele unter anderem die Planung von autofreien Siedlungen, 2000-Watt-Areale, energieeffizientes Bauen, begrünte Fassaden und Dächer sowie Grünflächen.

Fraktionssprecher Christian Roth, SP: Vielleicht zu Beginn noch zum Thema Schublade der Hinweis an Dominique Bühler: Dank dem heutigen Entscheid zum Schulhaus Mengestorf wird der Gemeinderat künftig eine grosse Schublade zur Verfügung haben, nämlich in Mengestorf, falls er bei sich keine findet. Doch Spass beiseite: Die SP-Fraktion dankt dem Gemeinderat und der Verwaltung für die ausführliche und fundierte Stellungnahme zur Motion Wohnbaustrategie. Die SP ist erfreut dass der Gemeinderat das Anliegen umfassend und wohlwollend aufnimmt und sich bereits sehr konkrete Vorstellungen zum Prozess gemacht hat.

Ich möchte nicht nochmals alle Punkte wiederholen, ich kann viele Punkte des Erstunterzeichners Toni Eder im Grunde nur bekräftigen. Die SP begrüsst daher eine rasche Ausarbeitung, ohne dass diese Strategie an Breite verliert und die SP begrüsst auch eine verbindliche Umsetzung, welche dann mit Hartnäckigkeit und Kreativität erfolgen soll. Insbesondere interessieren die SP natürlich die konkreten Handlungsfelder, also wo die Strategie denn umgesetzt werden kann, welches die Instrumente sind und sie will wissen, wie der Gemeinderat den Gegenvorschlag der Könizer Wohninitiative, welche die Könizerinnen und Könizer im Februar 2017 angenommen haben, konkret umsetzen will. So hat zum Beispiel – und das haben meine Vorbereitungen gezeigt – die Stadt Bern bereits ein konkretes Praxisblatt zur Anwendung der Berner Wohninitiative. Das ist ganz aktuell vom Juli 2019. Dieses haben sie entwickelt, um allen Playern auf dem Wohnbaumarkt aufzuzeigen, welches die Rahmenbedingungen und was das Wissenswerte rund um die Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbau in der Stadt sind. Ein solches Praxisblatt könnte ja vielleicht auch in Köniz zur Information gut sein und die Erarbeitung eines solchen könnte vielleicht auch Eingang in die Könizer Wohnbaustrategie finden. Der Gemeinderat hat gemäss seiner Antwort ja bereits geschaut, was Bern hier macht und hat Kenntnis von einer entsprechenden Wohnbauförderungsstelle, welche 150 Stellenprozente zu haben scheint. Sehr erfreut sind wir, dass die SVP ihre Unterstützung signalisiert hat. Und gerade beim Thema ältere Menschen in Köniz und Wohnraum, welche sie bezahlen können, da haben wir eine Schnittstelle. Wir sind uns vielleicht nur nicht im Mittel und im Vorgehen einig. Ich bin aber überzeugt, dass wir hier künftig eine gemeinsame Lösung finden können.

Ich kann es mir nicht ganz verkneifen, einen Satz zur FDP zu sagen: Ich finde dies eine fantastisch abenteuerliche Argumentation der FDP: 90% Zustimmung auf der Argumentationslinie und dann keine Unterstützung der Motion. Das ist eine wahre Pirouette mit einem dreifachen Rückwärtssalto. Okay, wir können hier ja auch immer wieder etwas von der FDP lernen. Ich bin aber froh, dass sich hier doch eine Mehrheit für die Unterstützung dieser Motion findet. Für die SP ist klar, wir stimmen einstimmig zu.

Gemeinderat Christian Burren: Die Frage wurde in den Raum gestellt, ob diese Motion nicht offene Türen einrennt. Vielleicht mal die Frage: Traut ihr dem Gemeinderat zu, dass er vielleicht auch selber auf diese Idee gekommen ist, dass man dies braucht? Genau das war nämlich der Fall. Als ich diese Direktion übernommen habe, war mir vollkommen klar, dass wir in diesem Bereich etwas brauchen. Doch schön eines nach dem anderen. Und es ist auch nicht so, dass wir bis jetzt gar keine Strategien gehabt hätten. Wir haben uns sehr wohl schon vor der Ortsplanungsrevision gewisse Strategien überlegt, besonders auch was den ganzen Wohnbau anbelangt. Das Ziel war hier einfach, diese grob in

der baurechtlichen Grundordnung festzulegen. Es ist also nicht so, dass wir völlig im Blindflug unterwegs waren.

Aber ich denke, es ist ein wichtiges Instrument, dass man festlegen kann, wann die einzelnen Areale geplant werden, was man wo will und was das Ziel als Ganzes ist. Die Einigkeit, welche hier mit Ausnahme der FDP herrscht und welche sagt, ja, wir brauchen diese Wohnbaustrategie, die freut mich. Ich kann die Argumentation der FDP aber auch nachvollziehen. Man kann sagen, braucht es diese Motion? Eigentlich ist es Aufgabe des Gemeinderats so etwas zu erarbeiten. Da bin ich voll bei euch. Aber bei einem bin ich mir ganz sicher: Wenn es um die Inhalte dieser Wohnbaustrategie geht, dann ist diese Einigkeit nicht mehr ganz so gross, wie es sich hier heute Abend präsentiert. Auf diese Diskussion freue ich mich selbstverständlich.

Dominique Bühler hat gesagt, die Wohnbaustrategie sei noch nicht vorhanden, weil keine Schublade da sei. Ich habe zwar eine Schublade und ich staune stets, wie tief der Boden ist und was da alles hervor kommt, doch eine Wohnbaustrategie habe ich eben noch keine gefunden. Wir werden sicherlich darauf schauen, dass wir nicht eine Wohnbaustrategie für die nächsten 5 Jahre machen, sondern der Zeithorizont sollte im Grunde ein ähnlicher sein, wie die Lebensdauer einer Ortsplanungsrevision. Wir haben verschiedene Anliegen gehört, was alles enthalten sein müsste. Das sind wir uns bewusst. Diese Stellenschaffung, also die 10 bis 15 Stellenprozente für die nächsten 2 Jahre, das hatte der Gemeinderat bereits beschlossen, bevor dieser Vorstoss eingereicht worden ist. Das ist auch ein Indiz, dass wir hier dran sind und daher hatten wir auch nichts dagegen, diesen Vorstoss zu übernehmen. Ich danke euch für die positive Aufnahme unserer Antwort und ich bin auf den Prozess und die Inhalte gespannt, welchen wir in erster Linie im Gemeinderat diskutieren werden.

Beschluss

Die Motion wird erheblich erklärt.

(Abstimmungsergebnis: mehrheitlich)

PAR 2019/77

Verschiedenes

Folgende Vorstösse werden eingereicht:

- 1924 Motion (SP) „Köniz sozial – Mahlzeitentarife bei Tagesschulen einkommensabhängig gestalten“
- 1925 Interpellation (Grüne) „Wasserqualität in der Gemeinde Köniz“
- 1926 Motion (Mitte-Fraktion BDP-CVP-EVP-glp, Grüne, Ruedi Lüthi) „Zweirichtungsfahrzeuge für die verlängerte Tramlinie nach Kleinwabern“

Mathias Rickli, Parlamentspräsident: Nach Sitzungsschluss der Parlamentssitzung vom 24. Juni 2019 wurde noch der folgende Vorstoss eingereicht, welcher damals noch nicht erwähnt worden ist:

- 1923 Interpellation (Grünliberale, BDP) "Ökologische Bewirtschaftung von Gärten"

Zur Interpellation 1919 (Mitte Fraktion BDP, CVP, EVP, glp und Fraktion FDP) "Wie unterstützt die Gemeinde Köniz Vereine? Höhe Kulturbeiträge allgemein?" wird das Parlamentsbüro noch beraten, ob es der Verlängerung, welche der Gemeinderat eingegeben hat, zustimmen will. Das Ergebnis der Abstimmung im Parlamentsbüro werde ich am kommenden Montag bekannt geben. Ebenso werde ich dann mitteilen, wie das Parlamentsbüro die Dringlichkeit der Motion 1926 „Zweirichtungsfahrzeuge für die verlängerte Tramlinie nach Kleinwabern“ handhaben wird.

Diskussion

Hans-Peter Kohler, Gemeinderat: Eine Frage zur Jahresrechnung ist noch offen und ich wurde vom Parlamentsbüro angefragt, wie ich diese zu beantworten gedenke. Es ist etwas Kleines und ich möchte dies jetzt noch machen: Es geht um eine Frage von Matthias Müller, Stichwort „Vermietung Schul- und Sportanlagen“. Es ging darum, den Rückgang von ca. CHF 52'000 trotz neuer Tarife zu erklären. Diese Erklärung habe ich nun bereit: Die Verrechnung der Dauermieten wurden im November und Dezember 2018 gemacht. Die Verbuchung wurde konsequent nach Eingang der Zahlungen gemacht und nicht nach Ausgabedatum der Rechnung. So sind rund CHF 40'000 im Jahr 2019 verbucht worden. Ansonsten wären die Einnahmen in etwa gleich hoch wie im Jahr 2017 gewesen. Aufgrund der Gebührenerhöhung hat man 2019 nun höher budgetiert. Die genauen Auswirkungen dieser Gebührenerhöhung werden wir also erst nach Ablauf des Jahres 2019 sehen. Dies kurz als Erklärung für den Rückgang von rund CHF 50'000.

Hansueli Pestalozzi, Gemeinderat: Ihr habt hier alle Wasserflaschen mit Könizer Trinkwasser auf dem Tisch. Gleichzeitig gibt es täglich Berichterstattungen in den Medien zu Qualitätsproblemen im Trinkwasser. Ich wollte kurz darüber informieren, wie es in Köniz damit steht: In der Berichterstattung geht es vor allem um Pflanzenschutzmittel und deren Abbauprodukte im Grundwasser. Aktuell sorgt gerade das Chlorothalonil für Schlagzeilen. Dieses Chlorothalonil ist ein Fungizid, welches seit den 70er Jahren in grossen Mengen eingesetzt wird und welches vermutlich Krebs erzeugen kann. Dies steht übrigens so auf der Packungsbeilage von Novartis. Nach Anwendung dieses Fungizids zersetzt sich dieser Stoff in unterschiedliche Abbauprodukte und neu gibt es jetzt Hinweise darauf, dass das Abbauprodukt dieses Chlorothalonil eine Gesundheitsgefährdung darstellen kann. Das Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen (BLV) hat am 21. Juni 2019 einige dieser Abbauprodukte als sogenannte relevante Metabolite eingestuft. Dies bedeutet, dass für diese deutlich strengere Grenzwerte von $\geq 0,1 \mu\text{g/l}$ gelten, also ein Millionstel Gramm. Das hat nun an verschiedenen Orten zu Beanstandungen von Quelfassungen im Seeland, im Solothurnischen und im Aargau geführt. Die Wasserversorger sind nun angehalten, das beanstandete Wasser mit unbelastetem Wasser zu mischen, damit die Grenzwerte eingehalten werden können oder sie sollten innerhalb von zwei Jahren neue Leitungen bauen. Wir in Köniz haben schon im vergangenen Jahr, also 2018, umfangreiche Untersuchungen zum Rückstand von Pflanzenschutzmitteln und anderer Problemstoffen im Könizer Grund- und Quellwasser gemacht und haben uns hier am Untersuchungsrastraster des Kantons orientiert. Sämtliche Stoffe, welche untersucht worden sind, liegen entweder unterhalb der Nachweisgrenze oder dann sehr deutlich unter den Höchstwerten. Auch das Glyphosat wurde untersucht und konnte nicht nachgewiesen werden. Das war im vergangenen Jahr. Leider war in diesem damaligen Untersuchungsrastraster dieses Chlorothalonil und dessen Abbauprodukte nicht enthalten. Wir haben nun beim Kanton nachgefragt, ob hier auch Grundwasserfassungen in Köniz untersucht worden sind und das war der Fall. Die Sensematt war in der Untersuchungskampagne des Kantons enthalten und am vergangenen Freitag hat uns der Kanton auf Nachfrage über die gemessenen Werte in dieser Grundwasserfassung informiert. Diese liegen bei $0.03 \mu\text{g/l}$. Das heisst, sie sind deutlich unter dem Höchstwert von $0,1 \mu\text{g/l}$. Wir müssen also keine Massnahmen ergreifen. Die anderen Grundwasser- und Quellwasserfassungen, aus welchen wir unser Trinkwasser beziehen, werden diese Woche analysiert. Vielleicht reicht es, dass ich euch am kommenden Montag über die Resultate informieren kann. Fazit ist, dass alle bisherigen Proberesultate des Könizer Trinkwassers sehr gute Resultate zeigen und der Konsum unseres Lebensmittels Hahnenwasser also vorbehaltlos möglich und zu empfehlen ist. Noch eine Nachbemerkung: Es gibt eine Verordnung über die Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft. Dort ist bei Kartoffeln beispielsweise ein Höchstgehalt dieses Chlorothalonils von 0.05 mg/kg oder bei Stangensellerie von gar 10 mg/kg festgelegt. Das bedeutet: Der Höchstgehalt ist bei Kartoffeln 500mal und bei Stangensellerie gar 100'000mal höher, als das, was wir neu im Trinkwasser einhalten müssen.

Christian Burren, Gemeinderat: Ihr habt gehört, der Gemeinderat ist extrem schnell: Wir haben heute Abend eine Interpellation zur Trinkwasserqualität erhalten und Hansueli Pestalozzi hat diese bereits beantwortet.

Spass beiseite: Dominique Bühler fragte anlässlich der letzten Sitzung nach den Bedingungen, gemäss welcher Lärmschutzwände bewilligt werden. Wenn entlang von Verkehrswegen die Emissionsgrenzwerte der eidgenössischen Lärmschutzverordnung überschritten werden, müssen Massnahmen ergriffen werden. Und dort gibt es Ausnahmen: Wenn die Vollzugsbehörden - im Fall der Gemeindestrassen ist dies die Kantonale Fachstelle für Strassenlärm des BVE - nachweisen kann, dass diese

Massnahmen wirtschaftlich unverhältnismässig ist, es massive Betriebseinschränkungen, wie beispielsweise Sichteseinschränkungen gibt oder wenn überwiegende Interessen, namentlich vom Ortsbild-, Natur- oder Landschaftsschutz dem widersprechen würden, dann können Einschränkungen gemacht werden. Grundsätzlich ist es aber so, dass wenn die Emissionsgrenzwerte überschritten werden, dann ist der Strasseneigentümer dazu verpflichtet. Stand heute ist meines Wissens, dass wir mit unseren Gemeindestrassen so weit sind, dass wir nur noch eine einzige Lärmschutzwand erstellen müssen. Ansonsten sind wir was die Strassen in unserem Eigentum anbelangt à jour. Dies zu den Bedingungen, welche erfüllt werden müssen, damit eine Lärmschutzwand erstellt werden muss.

Annemarie Berlinger, Gemeindepräsidentin: Ich bin euch nach der letzten Parlamentssitzung noch eine Antwort schuldig, wie es mit dem Dossier Spez.Sek. weitergeht. Ihr habt es vielleicht gesehen, der Gemeinderat hat vergangenen Freitag dazu eine Medienmitteilung veröffentlicht. Ich werde hier aber gerne nochmals kurz den Inhalt dieser Medienmitteilung erläutern: Der Gemeinderat hat an der Sitzung vom 24. Juni 2019 von den Aussagen von Hans-Peter Kohler Kenntnis genommen, in welchen er gesagt hat, dass er das Dossier nicht weiter bearbeiten werde. Wir haben daraufhin im Gremium intern intensiv diskutiert, wie wir mit dieser doch ausserordentlichen Situation umgehen wollen. Es ist eine ausserordentliche Situation, welche rechtlich nicht geregelt ist. Der Gemeinderat hat in der Folge den Beschluss gefällt, dass das Dossier Spez.Sek. neu vom Gemeinderat Thomas Brönnimann als Stellvertreter von Hans-Peter Kohler weiterbearbeitet werden soll. Sprich, alles was die Umsetzung dieser Motion angeht, liegt nun unter der Federführung von Thomas Brönnimann. Es ist das erklärte Ziel des Gemeinderats, hier eine Lösung zu finden, welche der Sache dient, damit wir den Auftrag für die Umsetzung dieser Motion wahrnehmen können. Soweit meine Erklärungen zur Frage, wie es mit diesem Dossier weitergehen soll.

David Müller, Grüne: Als ich heute hier angekommen bin, habe ich mich gefreut, dass die Klimastreikbewegung auch hier in Köniz eine Petition lanciert hat und für die Ausrufung des Klimanotstandes Unterschriften gesammelt hat bzw. für das Ergreifen von Massnahmen für die Bekämpfung der Klimakrise. Ich wurde daraufhin im Gespräch darum gebeten, hier noch ein Wort darüber zu verlieren, damit jene, welche bisher noch nicht die Gelegenheit hatten, diese Petition zu unterschreiben dies noch tun können. Ich denke, die Sammlerinnen und Sammler hätten sicherlich Freude, wenn ihr und eure Freunde und Familie sie unterstützen. Die Petition ist unter <https://act.campax.org/petitions/klimanotstand-in-koniz> online zu finden. Sie werden sich über die Unterstützung sicherlich freuen und ich persönlich denke auch, dass es notwendig ist, etwas zu unternehmen. Danke.

Christina Aebischer, Grüne: Danke für die Information zum Thema Spez.Sek. Die Meinung der Grünen-Fraktion ist bereits bekannt: Wir sind mit dieser Entscheid des Gemeinderats nicht zufrieden und die Unklarheit, dass es keine rechtliche Grundlage gibt und was dies für weitere Regelungen nach sich zieht, ist für uns unbefriedigend. Wir werden daher mit einem Vorstoss kommen, denn wir hätten hier gerne Klarheit, wie dies rechtlich aussieht und wie dies für die weitere Behandlung und Umsetzung dieser Motion geregelt wird.

Wir haben es letztes Mal gehört und auch im Protokoll konnten wir es lesen: Gemeinderat Hans-Peter Kohler, hat dort seine Interessenkonflikte transparent dargelegt und angekündigt, dass er im Fall der Überweisung der Motion sein Ausstandsrecht beansprucht. Der Gemeinderat kam dem nun entgegen und hat die Zuständigkeit umverteilt. Unsere Frage wäre jetzt, ob wir davon ausgehen können, dass er denn auch im Gemeinderat, in der Schulkommission und in der Öffentlichkeit in den Ausstand tritt, wenn dieses Geschäft diskutiert wird. Dies ist eine Frage von Begrifflichkeiten, welche dann aber zu rechtlichen Fragen führt, inkl. des Kollegialitätsprinzips.

Vanda Descombes, SP: Das Thema Spez.Sek. hat die SP-Fraktion natürlich auch diskutiert und in diesen Fall sind wir schlichtweg konsterniert, dass ein gewählter Exekutivpolitiker sich weigert, ein Beschluss des Parlaments umzusetzen. Interessenkonflikte reichen nicht aus, um die Arbeit nicht zu machen. Es gibt im vorliegenden Fall weder ethische noch andere schwerwiegende Gewissensgründe, welche dieses Verhalten rechtfertigen würden. Interessenbindungen reichen hier nicht aus. Würde eine gewöhnliche Mitarbeiterin oder Mitarbeiter so handeln, dann wäre dies ein Grund für eine Disziplinar-massnahme oder eine Kündigung. Dies ist in diesem Fall nicht möglich, denn dieser Fall ist nicht vorgesehen, da ein solcher auch nicht zur schweizerischen Politikultur gehört. So etwas geht in der Schweiz nicht. Somit ist das Volk letzten Endes die Instanz zu beurteilen, ob ein solches Verhalten tolerierbar ist oder nicht. Denn dieses ist in diesem Fall die Wahlbehörde. Der Gemeinderat hat eine

pragmatische Lösung beschlossen, in dem er Thomas Brönnimann für dieses Dossier eingesetzt hat. Das ist für uns inhaltlich und in der Sache nachvollziehbar, aber als Reaktion reicht uns dies eigentlich nicht. Darum unterstützen wir das Votum der Grünen.

Erica Kobel, FDP: Ich habe nicht gewusst, dass es noch untraktandierte politische Diskussionen über dieses Verfahren hier bei der Spez.Sek. gibt. Ich weiss auch gar nicht, ob dies hier überhaupt so in Ordnung ist, das müsste man rechtlich anschauen. Doch ich bin schon sehr erstaunt über das Gebaren der Grünen Partei und der SP. Denn in der Vergangenheit habe ich x-mal von dieser Seite gehört, dass dem betreffenden Gemeinderat wenn es um die Spez.Sek. ging angekreidet wurde, dass er befangen sei und weshalb das Foto von ihm noch im Internet sei etc. Diese Vorwürfe musste er sich wiederholt von eurer Seite gefallen lassen. Und wenn nun die FDP reagiert und sagt okay, dem gehen wir entgegen um Vertrauen aufzubauen, dann ist dies auch wieder nicht gut. Irgendwie müsst ihr euch schon mal überlegen, welchen Weg ihr gehen wollt. Diese Diskussionen über dieses Verfahren erachte ich als obsolet.

Mathias Rickli, Parlamentspräsident: Ich habe noch eine Mitteilung: Ihr habt am 1. Juli eine Einladung zur diesjährigen Agglomerationstagung erhalten. Diese steht unter dem Titel „Intensiv partizipativ“ und findet am 22. November 2019 statt. Ihr könnt euch über den Link in der Mail vom 1. Juli direkt anmelden. Ich rufe euch dies nochmals in Erinnerung.

Mit dieser Information sind wir am Schluss der heutigen Sitzung angelangt. Wir werden am nächsten Montag mit dem Traktandum 7 starten und werden die Geschäfte durchziehen, so dass wir keine Geschäfte in den September mitnehmen. Die Sitzung ist geschlossen, danke vielmals.

Im Namen des Parlaments

Mathias Rickli
Parlamentspräsident

Verena Remund
Leiterin Fachstelle Parlament